30. Januar 33 — Woran scheiterte die antifaschistische Aktionseinheit? S. 9/10

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5 vom 5. Februar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Polizeiterror gegen Startbahngegner — mit Gasgranaten und Knüppeln ging die Polizei am Wochenende gegen Demonstranten auf dem Gelände der geplanten Startbahn West und in der Frankfurter Innenstadt vor. Auch eine Versammlung im Walldorfer Sportheim wurde von Polizeitruppen überfallen, die selbst ein zwölfjähriges Mädchen zusammenschlugen. 20 000 waren zu der vom Darmstädter Regierungspräsidenten verbotenen Demonstration im Mönchsbruchwald gekommen. Ein deutliches Zeichen dafür, daß der Kampf gegen die Startbahn weitergeht.

Den Unternehmerangriff auf die Löhne stoppen!

Streik für Reallohnsicherung!

Die Herren Metallkapitalisten verlangen eine dreimonatige Lohnpause. Im Anschluß daran wollen sie dann lumpige 3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung zahlen. Und das bei einer offiziellen Teuerungsrate, die zwischen 6 Prozent und 7 Prozent pendelt. Welche Unverfrorenheit! Zum dritten Mal in Folge soll die Arbeiterschaft eine Reallohnsenkung hinnehmen.

Rechnet man das sogenannte „Angebot" der Metall-Kapitalisten auf das Tarifjahr um, so bleibt unterm Strich eine Lohnerhöhung von nur 2 Prozent übrig. So weit ist es also schon gekommen, daß man es wagen kann, uns nahezu eine Nullrunde anzutragen! Offensichtlich fühlen die Unternehmer sich durch die Politiker zu einem solch extremen Vorstoß ermuntert. Die Bundesregierung hat ihnen mit ihrer Forderung nach einer Lohnkürzung im öffentlichen Dienst ja das beste Beispiel geliefert!

Es wird höchste Zeit, daß die Herrschaften endlich einen Dämpfer versetzt bekommen. Klunckers grenzenlose „Gesprächsbereitschaft" ist gewiß nicht das richtige Mittel, um das Mütchen der Lohnräuber zu kühlen. Ebensowenig die Appelle der IGM-Führer an ihre „Sozialpartner", sich doch in friedlichen Verhandlungen auf einen „tragfähigen Kompromiß" einzulassen.

Das Ziel der Kapitalisten ist es, heute schon die Weichen in Richtung auf einen direkten Lohnabbau zu stellen. Indem sie die Lohnerhöhungen von Tarifrunde zu Tarifrunde immer stärker unter die Teuerungsrate drücken und damit die Reallöhne beschneiden, soll man sich daran gewöhnen, daß es in der Krise eben auch mit den Löhnen bergab geht. Bald wird dann der Punkt erreicht sein, wo sie den nächsten Schritt tun können, nämlich bei den Tarifverhandlungen mit der Forderung nach Lohnstopp oder gar Lohnkürzung aufzutreten.

So stellen sich die Unternehmer und ihre Wasserträger in Bonn die „Bewältigung" der Wirtschaftskrise vor. Wenn durch Sozialabbau und Lohnkürzungen unser Lebensstandard massiv sinkt, können ihre Profite trotz der Krise weiterhin steigen. Das ist ihre Rechnung.

Durch die Rechnung der Lohnräuber müssen wir einen dicken Strich machen! Ob Metaller, ob ÖTV-Kollegen — wir dürfen das provokatorische, unverfrorene Auftreten der privaten wie öffentlichen Unternehmer nicht länger ohne entsprechende Protestaktionen hinnehmen.

Es liegt auf der Hand, daß die gewerkschaftliche Politik darin bestehen muß, in dieser Lohnrunde den Reallohnabbau zu stoppen. Reallohnsicherung aber bedeutet, daß die Lohnabschlüsse zumindest nicht unter der gegenwärtigen Teuerungsrate liegen dürfen. Und daß dies ohne einen ganz massiven Erzwingungsstreik zu erreichen ist, glauben höchstens noch rettungslose Traumtänzer.

Warnstreiks sind natürlich gut und notwendig. Aber sie reichen auf keinen Fall aus. Die Parole heißt in diesem Jahr: Streik für Reallohnsicherung!

Öffentlicher Dienst

Lohnkürzung muß völlig vom Tisch!

STUTTGART. — Nach dem „letzten" ließ ÖTV-Chef Kluncker sich noch auf ein „allerletztes" und schließlich auf das „aller-allerletzte" Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Baum ein. Obwohl weder Baum noch die kommunalen Dienstherren bereit waren, die angekündigten Lohnkürzungen endgültig und ein für allemal zurückzunehmen, verzichtete die ÖTV-Führung darauf, die Urabstimmung einzuleiten.

Wir wissen bei Niederschrift dieser Zeilen noch nicht, was bei dem neuerlichen „letzten Spitzengespräch" am 5. Februar herausgekommen ist. Aber allein schon die Tatsache, daß die ÖTV-Führung am 28.1. angedeutet hatte, man könnte auf eine Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst unter Umständen eingehen, sofern formal die sogenannte Tarifautonomie nicht durchbrochen würde (d.h., wenn die Lohnsenkung Gegenstand von regulären Tarifverhandlungen wird), ist alarmierend genug.

Erstens gibt es überhaupt keine Berechtigung für irgend ein Sonderopfer der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften dürfen sich in keiner Form auf etwas Derartiges einlassen. Auch nicht auf irgendwelche Verhandlungen über derartige Pläne.

Zweitens ist der ganze Vorstoß der Bundesregierung in dieser Sache darauf ausgerichtet, den Punkt Lohnabbau erstmalig ganz konkret in die lohnpolitische Landschaft einzubringen und damit — nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Privatwirtschaft — eine Art Durchbruch durch die Schallmauer herbeiführen.

Die einzig konsequente gewerkschaftliche Position ist es, die Herren öffentlichen Unternehmer vor die Alternative zu stellen: Entweder erklären sie ihren eindeutigen und vollständigen Verzicht auf jegliche Lohnkürzung oder Urabstimmung und Streik!

Die VSBD ist verboten!

Erfolg für die antifaschistische Bewegung — Jetzt muß es weitergehen!

BONN. — Am 27. Januar wurde die faschistische Bande „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) von Bundesinnenminister Baum nach Absprache mit den Länderinnenministern verboten. Das war eine notwendige, wenn auch längst überfällige Maßnahme. Ein Erfolg für die antifaschistische Bewegung in unserem Land.

In der Verbotsbegründung, die das Innenministerium der Presse gab, heißt es, die VSBD habe als Organisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung gearbeitet. Sie sei in ihrer Zielsetzung der NSDAP wesensverwandt und bestrebt, den Nationalsozialismus wiederherzustellen. Es sei bei ihr eine zunehmende Neigung zur Militanz festzustellen gewesen, durch die sie eine Signal- und Sogwirkung im gesamten rechtsextremistischen Lager ausgeübt habe.

Eine Wertung als „kriminelle" oder „terroristische" Vereinigung — wie sie gegen die verschiedenen als „linke" bezeichneten terroristischen Gruppen bei viel geringeren Anlässen sofort vorgenommen wird — unterblieb. Allerdings sitzt VSBD-Chef Busse in Haft wegen des „Verdachts" auf die Gründung einer terroristischen Vereinigung.

Daß eine solche Einstufung unterblieb, hat durchaus Auswirkungen auf die Art und Weise, wie das Verbot vollzogen wurde. Diese ist allerdings auch ganz unabhängig davon in keiner Weise zufriedenstellend.

Fortsetzung auf Seite 7

2. Bundeskongreß abgeschlossen

Volksfront-Arbeit im Aufschwung

FRANKFURT. — Der Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, der am 31. Januar in Frankfurt zu Ende ging, war ein voller Erfolg! Die Arbeit der Delegierten legte Zeugnis ab von der Lebenskraft der Organisation, und ihre Ergebnisse werden dafür sorgen, daß der Kampf für die Schaffung der Front des Volkes, die sich einem neuen 1933 und dem drohenden Weltkrieg entgegenstellt, neuen Aufschwung nimmt.

In den Entschließungen des Kongresses zum Kampf gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus, gegen die Ausländerfeindlichkeit, gegen die wachsende Kriegsgefahr und zur Haltung der Volksfront gegenüber den Gewerkschaften wurden die Schwerpunkte der Volksfront-Arbeit zum Ausdruck gebracht.

Der Kongreß orientierte die Organisation auf den Kampf für das Verbot aller faschistischen Organisationen und gegen die von der Reaktion geschürte Ausländerfeindlichkeit als Arbeitsschwerpunkte für die nächste Zeit. Der 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung am 30. 1. 1983 soll mit einer machtvollen antifaschistischen Manifestation begangen werden.

In der Frage des Friedenskampfes betonte der Kongreß die Ablehnung der Kriegspolitik beider Supermächte und ihrer Militärblöcke, die Orientierung des nationalen Kampfes auf die Neutralisierung der Bundesrepublik und ihren Austritt aus der NATO sowie die aktuell dringendste Aufgabe, die „Nachrüstungsbeschlüsse" zu kippen.

Der Kongreß hob hervor, daß die Volksfront in der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung die Hauptkraft im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sieht und unterstrich die zentrale Rolle, die den Gewerkschaften in diesem Kampf zukommt.

Unter den Delegierten waren viele aktive Gewerkschafter. „Wir begrüßen und unterstützen jede gewerkschaftliche Aktion, die sich gegen Neonazis und faschistische Tendenzen richtet", betonte der bisherige Vorsitzende Eike Hemmer in seinem Rechenschaftsbericht. Er forderte gleichzeitig die Aufhebung der skandalösen Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Bildbericht über den Kongreß auf Seite 6.

Kommentar der Woche

Die Initiative kam von ins Exil getriebenen Mitgliedern der Solidarność: Bei einem Treffen in Brüssel hatten sie die Gewerkschaften in allen Ländern dazu aufgerufen, den 30. Januar zu einem Tag des Protestes gegen die Warschauer Militärdiktatur zu machen.

Zweifellos eine richtige und auch längst überfällige Sache. Gerade in der Bundesrepublik war die windelweiche „Zurückhaltung" der DGB-Bosse zunehmend unter Beschuß geraten, hatten fortschrittliche Gewerkschafter die Organisierung von sichtbaren Solidaritätsaktionen mit den polnischen Arbeitern gefordert.

Nun ist der internationale Solidaritätstag gelaufen — Zufriedenheit aber mag sich nicht einstellen. Im Gegenteil: Es bleibt ein reichlich bitterer Nachgeschmack. Denn was da auf den Weg gebracht worden war als Tag der Arbeitersolidarität, das erstickte weitgehend unter der eisernen Umklammerung durch die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse im westlichen Lager.

Reagan, Vetter und die Polen-Solidarität

Wer sich über die Ereignisse dieses 30. Januars im Fernsehen oder aus den Zeitungen informieren wollte, der mußte den Eindruck gewinnen: Dies war der Tag des Ronald Reagan. Keine Nachrichtensendung, bei der nicht die Visage des US-Präsidenten von der Mattscheibe bleckte, Sondertermine in allen Sendern für die von ihm in Auftrag gegebene Polen-Show. Dort konnte man dann neben anderen alternden Schauspielern all diejenigen Figuren ihre Krokodilssträhnen absondern sehen, die gegenwärtig den tausendfachen Massenmord in Mittelamerika organisieren oder das faschistische Militärregime in der Türkei mit den Waffen gegen das Volk ausrüsten.

Und natürlich war auch Mister Chancellor Helmut Schmidt dabei, der in seinem besten Schulenglisch alle die Sprüche abließ, auf die er bei seinem letzten Besuch in Washington eingenordet worden war. Wer sprach noch von dem Brüsseler Aufruf der Solidarność? Reagan, seine Mafia und ihr auf Hochtouren laufender Propagandaapparat bestimmten das Bild.

Und was die DGB-Aktivitäten an diesem Tag betrifft, so ist es bezeichnend, daß sogar eine SPD-Zeitung wie die „Westfälische Rundschau" schrieb: „Der amerikanische Präsident hat zum Sammeln geblasen. Die Gewerkschaften folgen ihm." Tatsächlich mußte man bei Vetters Rede auf der zentralen Veranstaltung in Mühlheim den Eindruck gewinnen, daß es dem DGB-Chef gar nicht um die Verbundenheit mit den polnischen Gewerkschaftern, sondern vielmehr darum ging, im Nachtrab zur Politik der Schmidt-Regierung die Einheit des westlichen Lagers in der Polenfrage zu demonstrieren.

Und so war es denn auch nicht verwunderlich, daß die Ehrenplätze bei den DGB-Veranstaltungen von den Gestalten der finstersten Reaktion aus dem Freundeskreis Franz Josef Strauß besetzt waren. Die gleichen Leute, die erst vor zwei Jahren unter dem Kommando ihres Führers eine Strategie zur Zerschlagung der DGB-Gewerkschaften entwickelt hatten, machten nun Arm in Arm mit den Vetter und Co. auf Arbeitersolidarität. Und Ronald Reagan zog die Fäden.

So haben die DGB-Führer kräftig dazu beigetragen, den 30. Januar in eine Propaganda-Show für das westliche imperialistische System, in eine Kampagne für die Konfrontationspolitik der Reagan-Leute umzufälschen. Ganz nebenbei haben sie damit auch den Herren im Kreml und deren Nachläufer beispielsweise in der DKP einen hervorragenden Dienst geleistet. Denn die haben ja schon immer gesagt, daß Solidarität mit Solidarność gleichbedeutend mit Unterstützung der westlichen Kriegstreiber sei.

Und wenn jetzt allenthalben über die geringe Mobilisierung zum 30. Januar geklagt wird, dann liegt ein wesentlicher Grund für die mangelnde Beteiligung eben in der Tatsache, daß dieser Tag so stark von der imperialistischen Propaganda dominiert war. Welcher klassenbewußte Gewerkschafter will sich schon dem Verdacht aussetzen, er sei auf die Straße gegangen, weil Reagan „zum Sammeln geblasen" hat?

Die Solidarität mit den polnischen Klassenbrüdern bleibt eine wichtige Kampfaufgabe der westdeutschen Gewerkschaften. Sie kann jedoch nur verwirklicht werden, indem all den imperialistischen Heuchlern kompromißlos der Stuhl vor die Tür gesetzt wird, indem nicht nur die Verbrechen der Breschnew und Jaruzelski, sondern gleichzeitig auch die Verbrechen dieser Heuchler — sei es in Chile, Salvador oder in der Türkei — angeklagt werden. In diesem Zusammenhang muß vor allem auch von den Exil-Vertretern der Solidarność verlangt werden, daß sie sich nicht vor den Karren der westlichen Reaktion spannen lassen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Beschäftigungsprogramm"

„Vor Roßtäuschern ist zu warnen"

Schmidt drohte wieder mit Rücktritt

BONN. — Wie schon im vergangenen Sommer hat der Streit um das sogenannte Beschäftigungsprogramm auch in der letzten Woche wieder zu einer Krise in der Bonner Koalition geführt. Kanzler Schmidt drohte wieder einmal mit seinem Rücktritt. Wenn bis zu diesem Mittwoch keine Einigung über das Programm erzielt sei, wäre mit ihm „nicht mehr zu rechnen".

Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, welche konkrete Gestalt das unter dem Druck des Schmidtschen Ultimatums zustandegekommene Programm haben würde. Die Umrisse jedoch waren schon abzusehen. Und vor allem ist ja schon seit langem klar, was IG-Druck-Vorstandsmitglied Hensche in der jüngsten Ausgabe des Organs seiner Gewerkschaft schrieb: „Vor Roßtäuschern ist zu warnen. Nicht jedes Programm ist ein Beschäftigungsprogramm. Was not tut, sind öffentliche Aufträge, nicht Investitionshilfen für die Privatwirtschaft; Steuergeschenke füllen die Kassen der Konzerne, schaffen aber keine Arbeitsplätze."

Daß es bei dem Programm, um das innerhalb der Koalitionsparteien so lange gefeilscht wurde, tatsächlich nicht um wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit geht, hatten Schmidt und seine beiden Minister Matthöfer und Lambsdorff schon vor einigen Wochen klargemacht. Sie erklärten unverblümt, es sei gar nicht ihr Ziel, die Arbeitslosenzahl kurzfristig zu senken. Die Beschäftigungslage könne nur auf lange Sicht verbessert werden, und zwar durch die Verbesserung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, durch die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits sowie durch die Reduzierung der Kapital- und Arbeitskosten.

Ausschließlich in diesem Rahmen bewegte sich die Bonner Diskussion um das Programm, wobei der Streit im wesentlichen darüber geführt wurde, auf welche Weise die Werktätigen zur Finanzierung dieses Programms herangezogen werden sollten. Nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, beispielsweise durch sinnvolle öffentliche Aufträge (Wohnungsbau, Umweltschutz, Nahverkehr usw.) steht also im Mittelpunkt des Programms, sondern die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit", sprich: Finanzhilfen für die Kapitalisten, beispielsweise in Form von Investitionszulagen.

Die füllen aber nicht nur, wie Hensche richtig sagte, die Kassen der Konzerne. Sie haben auch unmittelbar negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage, weil die Unternehmer erfahrungsgemäß — und gerade in einer krisenhaften Situation wie heute — in Rationalisierungsmaßnahmen investieren. So ist das ganze also nur eine Beihilfe zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung. Und nach dem letzten Stand der Diskussion über das „Beschäftigungsprogramm" war sogar geplant, daß auch ein Teil der zu beschließenden öffentlichen Ausgaben in die „Technologieförderung" (beispielsweise durch Bezuschussung der Einführung von Mikroprozessoren) fließen soll.

Die Gewerkschaften haben also allen Grund, derartige Roßtäuscherei unter dem Namen „Beschäftigungsprogramm" abzulehnen und entschieden zu bekämpfen. Das gilt auch für die Finanzierung dieses Programms, wo sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (die letzten Endes den werktätigen Konsumenten trifft) und sogar darüber hinaus noch weitere Erhöhungen der Verbrauchssteuern abzeichneten. Zudem hat die FDP bei den Verhandlungen über der Programm als Gegenleistung für die „Gnade", daß sie ihre Zustimmung zu solchen Steuererhöhungen gibt, gefordert: Im nächsten Haushalt müssen weitere Umschichtungen zugunsten der Investitionen vorgenommen werden; ab 1984 müssen die Einkommenssteuern gesenkt werden. Nach dem Motto also: Wenn man schon den Werktätigen zusätzliche Steuern aufs Auge drückt, sollen wenigstens die Reichen steuerlich noch mehr entlastet werden.

Wie die Diskussion über die Finanzierung des „Beschäftigungsprogramms" geführt wurde, zeigte sich anschaulich an dem Vorschlag, den einige SPD-Bundestagsabgeordnete in die Debatte brachten. Sie schlugen vor, unter anderem die steuerliche Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen abzuschaffen und eine Quellenbesteuerung von Zinsen einzuführen. Diese „Horrorliste", wie es ein CSU-Abgeordneter nannte, wurde von den Unterhändlern der Koalitionsparteien nicht einmal in Erwägung gezogen. Denn wenn die Finanzierung auch umstritten war, so bestand doch in einer Sache zwischen SPD und FDP immer Einigkeit: Zahlen sollen in jedem Fall die „kleinen Leute".

Unter diesen Umständen ist das sogenannte Beschäftigungsprogramm nichts anderes als eine erneute Umschichtung von Einkommen der Werktätigen zugunsten des Kapitals. Und da ist es wahrhaftig ein Skandal, daß die Gewerkschaftsführer nicht massiv und entschieden gegen ein solches Programm auftreten. Stimmen wie die oben angeführte von Hensche muß man schon wirklich suchen. Ein staatliches Beschäftigungsprogramm, das diesen Namen auch verdient, müßte doch wenigstens zwei Elemente umfassen: Zum einen wären durch gesellschaftliche notwendige und nützliche öffentliche Investitionen tatsächlich Arbeitsplätze zu schaffen; zum anderen könnte die Finanzierung nur auf Kosten der Reichen gehen, durch höhere Besteuerung der Banken- und Konzernprofite, durch das Wegsteuern aller persönlichen Einkommen über 120 000 Mark jährlich — und natürlich auch durch die Senkung der Rüstungsausgaben.

Wenn sich die Gewerkschaftsführer nicht auf eine solche Linie verpflichtet fühlen, sondern sich auf den in Bonn betriebenen Kurs einer erneuten Umverteilung zu Lasten der Werktätigen einlassen, dann stellen sie sich wieder einmal gegen die elementaren Interessen der arbeitenden Menschen. Und das nicht nur in dieser Frage.

Die von der Bonner Koalition betriebene Roßtäuscherei hat auch noch einen anderen Gesichtspunkt. Das sogenannte Beschäftigungsprogramm wird ja nicht zuletzt deshalb aufgelegt, um staatliche Aktivitäten gegen die wachsende Arbeitslosigkeit vorzutäuschen. Und die Bonner Minister haben in den Verhandlungen, die sie mit Gewerkschaftsführern über das Programm geführt haben, unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie dafür auch eine „Gegenleistung" verlangen: nämlich, wie der Kanzler es ausdrückte, „Lohndisziplin".

Das „Beschäftigungsprogramm", das gar keines ist, soll also zusätzlich auch noch als Hebel gegen berechtigte Lohnforderungen eingesetzt werden. Auch auf diese für jedermann erkennbare Absicht haben die DGB-Führer nicht mit dem notwendigen Widerstand reagiert. Für alle Gewerkschafter muß das ein Alarmzeichen sein: Nach dem üblen Betrug mit dem sogenannten Beschäftigungsprogramm nun als „Gegenleistung" auch noch Lohnverzicht? Das darf nicht durchkommen!



„Bin gespannt, wie die das finanzieren wollen!"

Von Reagan mißbraucht

Solidaritätstag mit Solidarność

Eine äußerst schwache Beteiligung hatten die Aktionen, die am 30. Januar in verschiedenen westlichen Ländern aus Protest gegen das polnische Militärregime durchgeführt wurden. Den Grund dafür suchten selbst bürgerliche Kommentatoren in der Tatsache, daß US-Präsident Reagan den Solidaritätstag in eine amerikanische Propagandakampagne umfunktioniert hatte.

Die vom „Informationsdienst" der US-Regierung produzierte Polen-Show, in der auch Bundeskanzler Schmidt auftrat, wurde in Britannien und Skandinavien überhaupt nicht gezeigt; in der BRD allerdings brachten alle Programme in Sondersendungen ausführliche Ausschnitte.

Der DGB hatte am 30. Januar eine Reihe von Kundgebungen organisiert, an denen demonstrativ auch führende Politiker der Bonner Parteien teilnahmen. Der Vorsitzende Vetter sah bei seiner Rede auf der zentralen Veranstaltung in Mühlheim keinen Anlaß, sich von der aus Washington gesteuerten imperialistischen Propagandawelle zu distanzieren; IGM-Chef Loderer diffamierte sogar die Haltung derjenigen, die nicht nur die Militärdiktatur in Polen, sondern auch die in der Türkei verurteilten, als „doppelbödige Position" von „Extremisten."

Allerdings waren nicht alle Gewerkschaftsfunktionäre bereit, die Kundgebungen in den Dienst der imperialistischen Polen-Heuchelei zu stellen. So erklärte beispielsweise der bayrische DGB-Vorsitzende Deffner in Ingolstadt: „Wenn es um die Gewerkschaftsrechte geht, so befinden sich die Generäle Jaruzelski und Evren ganz und gar auf der gleichen Wellenlänge, denn ein Gewerkschafter hinter Gefängnismauern bleibt ein Gewerkschafter hinter Gefängnismauern. Ähnliches gilt auch für den US-Präsidenten Reagan, der zu Hause mit einer unerbittlichen Marktwirtschaft Arbeitnehmer und Gewerkschafter traktiert und nicht pingelig ist, wenn es um Militärdiktaturen im eigenen Machtbereich geht."

7 000 demonstrierten gegen Stillegung

„Der Hochofen ist unsere Zukunft"

Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung gegründet

GELSENKIRCHEN. — Gegen die Stillegung des letzten Hochofens beim zum Thyssen-Konzern gehörenden Hüttenwerk Schalker Verein demonstrierten am Dienstag vergangener Woche (26.1.) in Gelsenkirchen erneut Tausende von Bürgern. Im Anschluß an die Massendemonstration gründeten Stahlarbeiter und Gelsenkirchener Bürger eine Bürgerinitiative, die außerhalb des Betriebes für die Unterstützung des Kampfes der Belegschaft zur Erhaltung der Arbeitsplätze aktiv werden will.

Seit Mai 1981 gingen die Stahlwerker beim Schalker Verein immer wieder auf die Straße. Wiederholt kam es zu Arbeitsniederlegungen auf dem Hüttenwerk. Zunehmend solidarisierten sich auch Gelsenkirchener Bürger. So zum Beispiel durch die Teilnahme an Protestdemonstrationen. Oder durch die Unterzeichnung einer Protesterklärung gegen die Stillegung. Inzwischen wurden für diese Erklärung weit über 20 000 Unterschriften gesammelt.

All dies jedoch reichte nicht aus, um die Thyssen-Konzernherren zu zwingen, von ihren menschenverachtenden Plänen Abstand zu nehmen.

Und menschenverachtend sind diese Pläne wirklich. Die Stillegung des letzten Hochofens der einstigen „Stadt der tausend Feuer" bedeutet zunächst, daß rund 1 200 Arbeitsplätze vernichtet werden. Langfristig läuft sie darüberhinaus auf die Einstellung der gesamten Stahlproduktion in Gelsenkirchen und die Stillegung des ganzen Hüttenwerkes hinaus.

Für Gelsenkirchen ist dies eine katastrophale Perspektive. Schon heute ist jeder zehnte in dieser Stadt arbeitslos! Mit 10,3 Prozent weist der Arbeitsamtsbezirk Gelsenkirchen die zweithöchste Arbeitslosenquote unter den Ruhrgebietsstädten auf (Dortmund hat mit 10,7 Prozent die höchste).

Die Tatsache, daß der Thyssen-Konzern eine sehr gute Geschäftslage verzeichnet und im Gegensatz zu den anderen Stahlkonzernen „schwarze Zahlen schreibt" (500 Millionen Mark Gewinn vor Steuern hat der Konzern auf seiner Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgewiesen), macht den Stillegungsplan natürlich besonders empörend: Einzig und allein aus Gründen der optimalen Profitmaximierung soll Gelsenkirchen vollends zum sozialen Notstandsgebiet, zu einer wirtschaftlich zerrütteten Stadt des Elends und der Armut gemacht werden!

So wurde die Demonstration vom letzten Dienstag zur bisher größten Protestaktion gegen die Stillegungspläne beim Schalker Verein. Die Stahlwerker der Früh- und Mittagsschicht legten die Arbeit nieder. Nur ein Notdienst verblieb in dem Hüttenwerk. Als sich dann mehrere Protestzüge der Stahlwerker und solidarischer Gelsenkirchener Bürger sternförmig durch die Innenstadt bewegten, schwollen dieselben immer mehr an: Tausende reihten sich unterwegs ein! Auf dem Hauptmarkt versammelten sich dann rund 7 000 Menschen.

Parolen waren unter anderem: **„Der Hochofen ist unsere Zukunft — und die lassen wir uns von Thyssen nicht kaputtmachen!"; „Kampf den kapitalistischen Arbeitsplatzvernichtern"; „Thyssen-Bosse machen Kasse, uns Kumpel wirft man auf die Straße"; „Thyssen-Bosse seht Euch vor, sonst steht bald Ihr mal vor dem Tor".**

Auf der Kundgebung wurden tausende Exemplare eines Aufrufes zur Gründung einer Bürgerinitiative verteilt, die sich die Aufgabe stellt, den Kampf der Belegschaft für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu unterstützen. Im Anschluß an die Kundgebung fand in der Gaststätte „Bulmker-Treff" am Tor 1 des Schalker Vereins dann eine Versammlung statt, auf der diese Bürgerinitiative gegründet wurde. Sie gab sich den Namen „Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung".

Ihre erste Veranstaltung führt die Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung am 25. Februar durch. Ort: „Bulmker Treff" am Tor 1 des Schalker Vereins. Beginn: 19.30 Uhr.

Aus dem Aufruf zur Gründung der Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Es geht um Gelsenkirchen!"

„Gelsenkirchener,
heute demonstrieren wir für den Erhalt des letzten Hochofens in Gelsenkirchen, gegen die Streichung von zunächst fast 1 200 Arbeitsplätzen beim Schalker Verein, die nur der Anfang vom Ende des gesamten Werkes wäre. Die Folge: Weitere Entlassungen in den Kaufhäusern, beim Einzelhandel, zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, Gesamtarbeitslosenquote von 15 und mehr Prozent, das Sozialamt würde das wichtigste Amt der Stadt, die Kneipen würden sich leeren, immer mehr junge Leute wegziehen von hier, Überalterung, Armut, eine traurige Stadt, eine sterbende Stadt!

Dies dafür, daß eine Handvoll Aktionäre beim Thyssenkonzern, der im letzten Jahr wieder Gewinne von 500 Millionen Mark vor Steuern gemacht hat, weiterhin hohe Dividenden ausgeschüttet bekommt?! (...)

In der Stahlindustrie, der Kernindustrie von NRW, steht die Streichung von insgesamt 50 000 Arbeitsplätzen an. Daß von der Arbeitgeberpartei CDU dagegen nichts unternommen wird, verwundert nicht. Aber was hat die regierende SPD, die sich ja arbeitnehmerfreundlich nennt, effektiv dagegen unternommen? Auch nichts, zumindest nichts Entscheidendes.

Warum wurden z. B. die Milliardensubventionen, die die Unternehmer aus dem Steuersäckel von der SPD-Regierung bekommen haben, nicht an die Bedingung geknüpft, die Arbeitsplätze in den betreffenden Unternehmen zu erhalten?

Im Gegenteil, diese Subventionen wurden von den Unternehmern dazu benutzt, neue Maschinen zu kaufen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu vernichten! Ja, selbst für den Hochofen, der jetzt stillgelegt werden soll, hat Thyssen vor kurzem noch Millionen Steuergelder eingestrichen. Sind unsere SPD-Minister und Bürokraten so blauäugig? So unfähig? Oder sind sie vielleicht doch nicht so arbeitnehmerfreundlich, wie sie immer sagen?

Für Verstaatlichung der Stahlindustrie

Wenn die Unternehmer in der Stahlindustrie die Arbeitsplätze nicht mehr garantieren können, dann muß der Staat hierfür die Garantie übernehmen! In der Landesverfassung von NRW gibt es z.B. ganz konkret die Möglichkeit der Verstaatlichung solcher Betriebe in so einem Fall. Aber weder die SPD-Regierung noch die SPD-Mehrheitsfraktion im Landtag haben in diese Richtung auch nur irgendetwas unternommen.

Mit schönen Worten allein ist uns nicht gedient. Es geht um die Existenzgrundlage von Tausenden von Menschen. Es geht um Gelsenkirchen!"

Elefantenhochzeit verschlingt noch mehr Arbeitsplätze

Fusion Krupp-Hoesch steht kurz bevor

DORTMUND•BOCHUM. — Die Konzernbosse von Krupp und Hoesch haben sich über den Zusammenschluß ihrer beiden Stahlunternehmen geeinigt. Entsprechende Beschlüsse der Aufsichtsratsgremien beider Konzerne sollen in dieser Woche gefaßt werden. Mit der Elefantenhochzeit sollen auf Kosten einer zusätzlichen Arbeitsplatzvernichtung die Bedingungen für höhere Profite geschaffen werden.

Zu einer Dreierfusion Hoesch/Krupp/Salzgitter, wie sie vor allem in Bonn gerne gesehen worden wäre (die Hüttenwerke Peine-Salzgitter befinden sich in Bundesbesitz), wird es zunächst nicht kommen. Ein solches Projekt erscheint den Finanzmagnaten, die hinter Hoesch und Krupp stehen, gegenwärtig noch nicht profitträchtig genug. Die Fusion zwischen der Krupp Stahl AG und der Hoesch Werke AG jedoch scheint nun beschlossene Sache zu sein.

In der vergangenen Woche einigten sich die Konzernvorstände von Hoesch und Krupp Stahl auf eine Grundsatzerklärung für das „Zusammenschlußvorhaben". Bereits in dieser Woche sollen die Aufsichtsräte der beiden Konzerne dieses Grundsatzpapier absegnen. Die IG-Metall-Führung hat dem Fusionsplan ihre Zustimmung gegeben. Die sogenannten Arbeitnehmervertreter in den beiden Aufsichtsratsgremien werden also kaum aufmucken.

Dabei ist das Konzept der Fusion so angelegt, daß über das bisher geplante Maß hinaus noch erheblich mehr Arbeitsplätze vernichtet und, daß bereits angekündigte Stillegungen von Produktionsanlagen und Betrieben auf den beiden Hüttenwerken schneller als bislang vorgesehen durchgezogen werden sollen. Zudem sieht das Konzept vor, daß die auf runde vier Milliarden Mark veranschlagten Kosten der mit der Fusion verbundenen Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zu einem großen Teil durch staatliche Subventionen aufgebracht werden sollen.

So heißt es in der Grundsatzerklärung unverfroren:

„Die Fusionspartner erwarten, daß

- *die öffentlichen Hände durch — über das von der Bundesregierung beschlossene Stahlhilfeprogramm hinausgehend — finanzielle Hilfestellungen die Gesundung der Stahlbereiche und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stabilisierung der Regionalstruktur ermöglichen;*
- *die öffentlichen Hände die stahlwirtschaftliche Neuordnung durch Verzicht auf die mit der Neuordnung verbundenen Steuern und Gebühren ermöglichen."*

Das Gerede von der Sicherung der Arbeitsplätze durch die „Neuordnung" ist eine verlogene Phrase. Durch die in dem Konzept angelegte Konzentration und Rationalisierung soll die Belegschaft bei Hoesch in Dortmund noch unter den bisher vorgesehenen Stand von 13 000 gedrückt werden (7 000 Arbeitsplätze wurden bei Hoesch in Dortmund in den letzten beiden Jahren bereits abgebaut, der Belegschaftsstand wurde von 24 000 auf 16 000 gedrückt).

Ähnliches gilt auch für Krupp. Vor allem aber führt das Fusionskonzept zu Stillegungen und Massenentlassungen bei den Hoesch- und Kruppwerken in Hohenlimburg, in Hagen und in anderen Orten des Sauer- und Siegerlandes.

Für diese Arbeitsplatzvernichtung im Interesse ihrer eigenen Bereicherung fordern die Konzernbosse von Hoesch und Krupp frech Zuschüsse aus der Staatskasse in Milliardenhöhe. Die erwähnten Investitionen im Rahmen der neuen Ruhrstahl AG in Höhe von ca. vier Milliarden Mark soll ihnen nach ihrer Vorstellung zur Hälfte von Bund und Land geschenkt werden.

Und dies in einer Situation, wo man der arbeitenden Bevölkerung ständig einhämmert, sie habe ihr „Anspruchsdenken" aufzugeben und den Gürtel enger zu schnallen! In einer Situation, wo die Politiker rücksichtslos die Sozialausgaben kürzen und auf Kosten der Ärmsten der Armen den Staatshaushalt „sanieren"!

Die IGM-Führung macht dieses schmutzige Spiel mit, weil angeblich die Stahlarbeiter und die Konzernbosse gemeinsame Interessen haben und „in einem Boot sitzen". Daß in der Stahlstadt Dortmund inzwischen bereits jeder elfte ohne Arbeit auf der Straße steht, kann einen Loderer oder Judith offensichtlich nicht davon abbringen, dieses Märchen von der „Sozialpartnerschaft" weiterhin zur Grundlage ihrer Politik zu machen.

Notwendig wäre es demgegenüber, daß die IG Metall endlich kompromißlos gegen jegliche weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie Front macht. Ihr Standpunkt müßte sein: Kein Belegschaftsabbau wird mehr hingenommen! Keine Stillegung wird mehr kampflos toleriert, sofern nicht in entsprechender Anzahl und in unmittelbarer Nähe Ersatzarbeitsplätze von gleicher Qualität geschaffen bzw. zur Verfügung gestellt worden sind.

Ferner müßte die IG Metall endlich entschieden jede Art von staatlichen Subventionen oder Steuergeschenken an die Stahlkonzerne ablehnen, es sei denn, diese seien konkret an Garantien für die Neuschaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden.

Erklärung der RGO-Betriebsgruppen in der Stahlindustrie

„Die Einheit aller Stahlarbeiter herstellen"

Die Betriebsgruppen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) bei Thyssen, Krupp, Hoesch, Peine/Salzgitter, Mannesmann und Klöckner haben im November 1981 eine Erklärung verabschiedet, die sich mit der Lage der Stahlindustrie befaßt. Ein Abschnitt dieser Erklärung mit der Überschrift „Die Einheit aller Stahlarbeiter herstellen", lautet:

Durch das Gegeneinanderausspielen der Belegschaften auf nationaler und internationaler Ebene und durch Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter versuchen die Konzerne den Widerstand der Stahlarbeiter zu schwächen und ihr Kahlschlagskonzept durchzusetzen.

Es ist dringend erforderlich, Maßnahmen zur Herstellung der Kampfeinheit aller Stahlarbeiter in der Bundesrepublik und darüberhinaus in ganz Europa zu ergreifen. Von der Führung der IG Metall fordern wir deshalb ultimativ.

- **Durchführung einer bundesweiten Funktionärskonferenz für alle Vertrauensleute der Stahlindustrie.**
- **Herstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Vertrauensleutekörpern bzw. Betriebsräten der Stahlindustrie.**
- **Organisierung von solidarischen Aktionen und Solidaritätsdelegationen bei aktuellen Kämpfen einzelner Belegschaften.**
- **Entsprechende Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Solidarität der Stahlarbeiter.**
- **Durchführung eines gemeinsamen Aktionstages aller Stahlbetriebe gegen die Arbeitsplatzvernichtung.**

Da es sich hier um brennende Probleme handelt, werden wir alles in unseren Kräften Stehende tun, auch gegen den Widerstand und unabhängig von der IGM-Führung in dieser Richtung voranzukommen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

„Schafft Arbeit“

Sperners reaktionärer Betrug

ESSEN. — „Schafft Arbeit! Gebietet der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt“. Diese neue Parole des DGB wurde am vorletzten Wochenende erstmalig von dem Chef der IG Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, auf zwei Funktionärsveranstaltungen dieser Gewerkschaft verkündet. Was Sperner jedoch an konkreten Forderungen und Maßnahmen vorbrachte, hat mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit wenig, mit reaktionärer Demagogie und Spaltung des arbeitenden Volkes um so mehr zu tun.

Der IG-Bau-Chef sprach auf zwei Großveranstaltungen für Funktionäre der IG-Bau-Steine-Erden. In Essen beteiligten sich ca. 8000 und in München rund 3000 Gewerkschafter an diesen Kundgebungen. „Schafft Arbeit! Gebietet der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt.“ — Diese Parole gab Sperner hier erstmalig „im Namen des DGB“ aus.

Die DGB-Führung reagiert offensichtlich mit dieser Parole auf das sprunghafte Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit, das in der Arbeiterklasse und unter der werktätigen Bevölkerung zunehmend Unruhe hervorruft.

Ist aber mit dieser Parole auch eine Wende in der Politik der DGB-Führung verbunden?

Die Bisherige Politik der DGB-Führung bestand darin, außer Appellen an die Regierung und die Unternehmer nichts zu tun. Ja, diese Politik bestand darin, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit sogar direkt zu begünstigen, indem man aus sogenannten „Rentabilitätsgründen“ oder wegen „volkswirtschaftlicher Sachzwänge“ die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer tolerierte, der Arbeitsplatzvernichtung stillschweigend den gewerkschaftlichen Segen gab und in der Regel gegen Stillegungen und Massenentlassungen keinen Widerstand leistete.

Diese Politik der Begünstigung der Arbeitslosigkeit lag nicht zuletzt auch in dem Abwiegeln und Abwürgen des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Davon, daß die rechten DGB-Führer (zu denen Sperner ja bekanntlich zu zählen ist) von ihrer verhängnisvollen Politik abgehen, deren Grundlage die Konzeption der Sozialpartnerschaft bildet, davon, daß sie nun konsequente Schritte zum Kampf für arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzschaffende gewerkschaftliche Forderungen tun wollen, kann überhaupt keine Rede sein! Sperners Ausführungen auf den Funktionärsveranstaltungen beweisen es.

Konkret forderte Sperner ein staatliches Sofortprogramm zum Bau von mindestens 50000 Sozialwohnungen mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 6,5 Milliarden Mark. Nun könnte man ja sagen: das ist zwar nicht das Gelbe vom Ei, kann aber unter Umständen eine sinnvolle Forderung in Richtung staatlicher Beschäftigungspolitik sein. Man könnte dies dann sagen, wenn Sperner gleichzeitig klargestellt hätte, daß die 6,5 Milliarden Mark den Reichen genommen, daß sie z.B. durch Kürzungen im Rüstungshaushalt aufgebracht werden müssen.

Da Sperner dies nicht tat, sondern sich stattdessen erneut für eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe einsetzte, läuft sein Vorschlag darauf hinaus, durch weiteren Sozialabbau und durch Erhöhungen bei den massenwirksamen Steuern die Arbeiter und kleinen Leute zu schröpfen, damit ein paar Kapitalisten im Baugewerbe ihre Umsätze wieder steigern können.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß auf diesem Weg keine Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. Auf diesem Wege schafft man lediglich höhere Profite für die Kapitalisten. Und dies ist das wahre Anliegen, das sich hinter Sperners demagogischen Sprüchen von „gemeinsamen Anstrengungen“ gegen die Arbeitslosigkeit verbirgt.

Besonders deutlich wird dies in einer Reihe von üblen Ausfällen, die Sperner gegen fortschrittliche Volksbewegungen richtete und mit denen er den Eindruck zu erwecken versuchte, als seien nicht die Kapitalisten und ihr Profitstreben an der Arbeitslosigkeit schuld, sondern Hausbesetzer, Kernkraftgegner und Menschen, die sich gegen volksfeindliche Bauprojekte wie die Frankfurter Startbahn West wehren.

Sperner forderte gleichzeitig auch, daß die Politiker gefälligst mit allen Hemmungen beim Ausbau der Kernenergie Schluß machen sollen.

Der IGBSE-Boß schreckte nicht einmal davor zurück, die Ausländerfeindlichkeit zu schüren, indem er dem Staat vorwarf, durch Sozialhilfe und Unterbringung von Asylbewerbern viele Millionen Mark an „Investitionsmitteln“ zu „verschleudern“.

Es ist wahrlich der Gipfel des Zynismus und der reaktionären Demagogie, was dieser Gewerkschaftsführer sich hier erlaubt! Sperner liegt damit auf der gleichen Linie wie die CDU/CSU. Wo liegt da noch ein Unterschied zu der rechtsradikalen Demagogie eines F.J. Strauß, der jetzt ebenfalls unter der verlogenen Parole „Arbeit für jeden“ seine finsteren Ziele verfolgt?

Aus unseren Betriebszeitungen

„Das Bollwerk“, Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der Howaldts-Werke — Deutsche Werft (HDW) in Kiel

Gerade in der Krise brauchen wir gute Vertrauensleute

Die Tatsachen über die wirtschaftliche Lage der Werft sind hinreichend bekannt und brauchen hier nicht alle wiederholt zu werden. Der „Werftsozi“ hat in seiner Dezemberausgabe ausführlich über die Auftrags- und Beschäftigungssituation geschrieben. Was aber an diesem Artikel völlig fehlte, war und ist ein ganz entscheidender Punkt:

Welche Möglichkeiten haben die Kollegen, sich dagegen zu wehren?

Es hat den Anschein, als hätten die Betriebsfunktionäre der SPD keinen Ausweg durch ihre Politik anzubieten. Gestehen sie etwa dadurch ein, daß der Weg der Sozialpartnerschaft falsch wäre? — Zu schön, um wahr zu sein! Die Frage stellt sich doch so, Kolleginnen und Kollegen:

Stillhalten oder kämpfen?

Und die Antwort kann nur lauten: kämpfen!

Kämpfen gegen die miesen Arbeitsbedingungen auf HDW! Kämpfen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und, und, und.

Beispiele gibt es genug, was wir verbessern und verändern können. Wir müssen uns nur darüber klar sein, daß wir nur dann etwas erreichen können, wenn wir alle **gemeinsam** handeln. Dazu brauchen wir gute, kämpferische Vertrauensleute, mit denen zusammen wir über unsere Probleme reden und gemeinsam etwas zur Lösung **tun.**

Klar, daß es keine Patentrezepte gibt. Aber wie viele gute Ideen in unseren Köpfen herumspuken, die wir nur einmal ausprobieren müßten:

Gemeinsam dem Meister oder Ing. auf die Bude rücken! Zusammen zur VK-Leitung marschieren! Dem Betriebsrat einen Besuch abstatten! Die Leute von der Arbeitssicherheit an Bord holen...

Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Jahren haben uns einige Gewerkschafter versucht, weiszumachen, daß der Klassenkampf überholt sei, und durch geschickte Verhandlungen für uns mehr rauszuholen wäre.

Und das Ergebnis dieser Jahre: Reallohnabbau, Massenarbeitslosigkeit, Produktivitätssteigerung, Frühinvalidität...

Rücksichtslos haben die Großkapitalisten ihre Interessen durchgesetzt. Sie haben als Klasse der Ausbeuter gegen uns als Ausgebeutete mit allen Mitteln gekämpft!

Unser Kampfinstrument ist die Gewerkschaft, ist die IG Metall. Werden wir jetzt aktiv! Wählen wir jetzt kämpferische Vertrauensleute! Sorgen **wir alle** dafür, daß wir unser Kampfinstrument einsetzen können!

Bremser und Kapitulanten von Bord! Jetzt müssen die Dampfmacher ran!

Fest zusammenstehn, Arbeitereinheit schaffen — Gute Vertrauensleute sind da Spitze!

„Gegendruck“, Zeitung der KPD für Stuttgarter Druckbetriebe

Auf ein Wort, Kollege...

„Schickt die Ausländer doch nach Hause“

Es klingt alles so einfach: Schickt die Ausländer nach Hause, und die Arbeitslosigkeit ist beseitigt! So tönt es jeden Tag durch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Von der NPD-gesteuerten „Kampagne gegen Überfremdung“ bis zum „Ausländererlaß“ verschiedener Bundesländer.

Und allzuviele Kollegen reden es gedankenlos nach.

Irgendjemand muß ja der Sündenbock sein. Ein „neuer Jude“ wird gebraucht, auf den man wieder einmal die Schuld abschieben kann.

Und da wird eben eine Bevölkerungsgruppe herausgegriffen, die sich am wenigsten wehren kann, deren Kultur, Sprache, Lebensgewohnheiten sich am besten für Vorurteile eignen.

Aber machen wir uns doch nichts vor: Wenn es die Ausländer nicht gäbe, könnte es genauso eine andere Gruppe der Bevölkerung sein, zu der auch Du oder ich gehören.

Die Frauen, die den Männern den Arbeitsplatz wegnehmen —, die älteren Kollegen, die den jungen den Platz nicht freimachen wollen (warum leben die eigentlich so lang?) —, die Ledigen, die den Familienvätern Lohn und Arbeit stehlen —, die Hamburger, die den Stuttgartern dieAufträge wegschnappen —, und die Stuttgarter die den Hamburgern...

Wir alle sind „Arbeitsplatzdiebe“, wir alle, ob wir einen Arbeitsplatz haben oder Arbeit suchen, sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Alle — nur die Unternehmer nicht!

Sie entlassen ja nur, rationalisieren Arbeitsplätze weg, sagen dem arbeitslosen Bewerber: „Keine Arbeit für Dich!“ —, und hoffen darauf, daß Du in dem ausländischen Kollegen, der mit Dir an der Maschine schwitzt, der Dir den Mülleimer leert oder mit Dir beim Arbeitsamt in der Schlange steht, den Konkurrenten siehst.

Nein, wenn jemand gehen muß, weil er uns Brot und Arbeit stiehlt, dann sind es doch die Krupp, Thyssen, Siemens und die Mohn, Burda, Springer und Klett...

Denk' mal dran, Kollege, wenn in der nächsten Vesperpause wieder einer einen dummen Ausländerspruch aus der „BILD“-Zeitung bringt!

Bis zum nächsten Mal

Dein Nebenmann vom „Gegendruck“

Streik der schwäbischen Holzarbeiter abgebrochen

Nur 4,7 Prozent — das bedeutet Reallohnabbau!

STUTTGART. — Auf Initiative der Gewerkschaftsführung wurde der Streik der schwäbischen Holzarbeiter am Mittwoch vergangener Woche beendet. In einer Urabstimmung hatten sich zuvor 58 Prozent der Kollegen für die Annahme eines Verhandlungsergebnisses von 4,6 Prozent bzw. 4,7 Prozent mehr Gehalt und Lohn ausgesprochen.

Nachdem die Unternehmerseite ein Schlichtungsangebot abgelehnt hatte, das eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in zwei Etappen auf 4,9 Prozent vorsah (im Jahresdurchschnitt hätte die Erhöhung 4,4 Prozent ausgemacht), wurde von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) ein unbefristeter Streik organisiert. Der Streik begann am 18. Januar. Er wurde als Schwerpunktstreik durchgeführt. Zeitweise befanden sich rund 5500 Beschäftigte in 29 Betrieben im Streik.

Als die Unternehmer schließlich Ende letzter Woche ein Angebot von 4,7 Prozent mehr Lohn für die Arbeiter und 4,6 Prozent mehr Gehalt für die Angestellten machten, akzeptierte die Gewerkschaftsführung dies. Sie rief Anfang dieser Woche die 20000 Mitglieder der GHK in der Baden-Württembergischen Holzindustrie zur Urabstimmung an die Urnen und empfahl den Kollegen die Annahme des Unternehmerangebotes. 58 Prozent der Kollegen stimmten für Annahme. Daraufhin wurde am Mittwoch (27. Januar) der Streik abgebrochen.

Die GHK-Führung hat schon in anderen Bereichen ähnlich niedrige bzw. noch niedrigere Tarifabschlüsse akzeptiert. So z.B. im Tischlerhandwerk in Schleswig-Holstein. Die 10000 Beschäftigten dieses Bereichs müssen sich mit einer dreistufigen Erhöhung der Löhne begnügen, die in der Endstufe ab 30. September 1982 4,92 Prozent ausmacht, im Jahresdurchschnitt jedoch nur bei 4,18 Prozent liegt.

Die Holzarbeiter werden mit solch niedrigen Abschlüssen gezwungen, ihren Gürtel noch enger zu schnallen. Dies ist bereits die dritte Reallohnsenkung in Folge innerhalb der letzten drei Jahre. Es ist zugleich die bislang schwerste Reallohnsenkung.

Lohnforderungen

IG Bau fordert nur 7 Prozent

ESSEN. — Nur 7 Prozent Lohn- und Gehalt fordert die IG Bau, Steine, Erden für die ca. 1,2 Millionen Beschäftigten des Baugewerbes in der diesjährigen Lohnrunde. Damit knüpft die Führung dieser Gewerkschaft nahtlos an ihre Haltung vom Frühjahr '81 an, als sie sich als Streikbrecher im Dienste der Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Bewegung für Reallohnsicherung einsetzte.

Gegenwärtig liegt die aktuelle Preissteigerungsrate laut Statistik im Bundesdurchschnitt bei 6,2 Prozent. Für einen Arbeiterhaushalt allerdings sind die Lebenshaltungskosten stärker angestiegen, als es uns diese Zahl glauben machen will. Allein der Anstieg der Preise für Heizung, Strom und Gas lag im vergangenen Jahr bei 15 Prozent!

Es muß zudem in Rechnung gestellt werden, daß infolge steigender Sozialabgaben und infolge der Lohnsteuerprogression eine Lohnerhöhung nur dann den Reallohn absichert, wenn sie um ein bis zwei Prozent über der Teuerungsrate liegt.

Bei dieser niedrigen 7-Prozent-Forderung könnte also selbst dann kaum von einer echten Reallohnsicherung gesprochen werden, wenn sie voll durchgesetzt würde. Eine volle Durchsetzung der 7-Prozent-Forderungen aber haben Sperner und Konsorten natürlich gar nicht im Sinn.

Diese Bonzen sind offensichtlich der Meinung, die Bauarbeiter sollten auch in diesem Jahr wieder Lohnverzicht leisten und zwar einen noch deutlicheren als im letzten Jahr. Damals hatte Sperner bei vier Prozent unterschrieben. Die Forderung der IG Bau hatte bei 7,9 Prozent gelegen. Man kann sich also ausrechnen, wohin der Hase läuft, falls die Kollegen an der Basis den Bonzen nicht einen Strich durch die Rechnung machen.

Erinnern wir uns auch an die schmutzige Rolle, die die IG-Bau-Führung in der letzten Lohnrunde gegenüber den Metallern gespielt hat: Die Metaller standen im Kampf für Reallohnsicherung, kämpften zu Zehntausenden mit Warnstreiks für 8 Prozent. Da funkte IG-Bau-Chef Sperner ganz plötzlich und zu diesem Zeitpunkt völlig unerwartet mit seinem 4-Prozent-Schandabschluß dazwischen!

Damals gab es allerdings einen ziemlichen Aufstand an der Gewerkschaftsbasis der IG Bau: der Schandabschluß mußte zunächst zurückgezogen werden.

An diese Bewegung müssen die Kollegen jetzt wieder anknüpfen indem sie mit Aktionen den Bossen und Bonzen einheizen und so den Weg für einen neuerlichen Niedrigabschluß à la Sperner blockieren.

Videocolor-Streik beendet

Die Stillegung konnte nicht verhindert werden

Maßregelungen zurückgenommen — Streiktage werden bezahlt

ULM. — Nach 18 Tagen Streik und Besetzung des Werkes hat die Videocolor-Belegschaft ihren Kampf abgebrochen. Unter den gegebenen Umständen schien den Kollegen das Streikziel, die Erhaltung der Arbeitsplätze, nicht durchsetzbar zu sein. Immerhin aber konnten die Thomson-Brandt-Bosse zu bemerkenswerten Zugeständnissen gezwungen werden: Neben einer erheblichen Erhöhung des Sozialplans wurden alle fristlosen Entlassungen zurückgenommen, und die Streikenden erhalten die Streiktage bezahlt.

Am Dienstag letzter Woche (26. Januar) kam es bei Verhandlungen, an denen von Belegschaftsseite Vertreter der Streikleitung beteiligt waren, zu einem Kompromiß, der dann später von der Streikversammlung nach, zunächst heißen, Diskussionen mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Er beinhaltet folgende Punkte:

Der finanzielle Umfang des Sozialplans wird von 17 Millionen auf 29,5 Millionen Mark aufgestockt. Die Abfindungen, die die Beschäftigten erhalten, liegen damit zwischen 10000 und 15000 Mark. Die gegen 950 Arbeiter eingeleiteten fristlosen Kündigungen werden zurückgezogen. In einer Maßregelungsklausel wird garantiert, daß kein Belegschaftsmitglied wegen seiner Beteiligung am Streik Sanktionen zu befürchten hat. Und die Streiktage werden durch die Firma bezahlt.

Besonders die beiden letzten Punkte sind in politischer Hinsicht als bedeutender Erfolg der Videocolor-Belegschaft anzusehen. Nicht nur wegen der finanziellen Erleichterungen für die Belegschaftsmitglieder, sondern vor allem auch deshalb, weil die Thomson-Brandt-Kapitalisten, die die Streikenden zunächst als „Meuterer" und „Rechtsbrecher" beschimpft hatten, sich schließlich gezwungen sahen, die Legitimität des Streiks anzuerkennen. Die „Süddeutsche Zeitung" drückt dies in folgenden Worten aus:

„Und was ebenfalls nicht wenig zählt: Ihr illegaler Streik wird nachträglich sanktioniert, indem ihn der Konzern voll honoriert."

Gewiß ist es bitter, daß das Streikziel nicht erreicht wurde, daß es nicht möglich war, die Rücknahme des Stillegungsplanes und die Erhaltung der Arbeitsplätze durchzusetzen. Dennoch muß man das Ergebnis als Teilerfolg bewerten.

Dieser Tatsache sind sich die Kollegen bewußt, und dieses Bewußtsein drückt sich in der Erklärung aus, die von der Streikleitung nach Abschluß des Kampfes verfaßt worden ist. Darin heißt es, daß selbst der jetzige Kompromiß nur dadurch erreicht werden konnte, *„daß wir gemeinsam im Betrieb und mit breiter Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben der Bundesrepublik und in anderen Ländern gekämpft haben."*

Betriebsratsvorsitzender Becker interpretierte die Zugeständnisse der Konzernbosse so: erstmalig würde hier *„der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze als durchaus legitimes Mittel anerkannt."*

Im Laufe des Streiks waren mehr als 350000 Mark an Spenden eingegangen. Die Belegschaft hat beschlossen, daß dieses Geld auf ein besonderes Konto kommen soll, damit es bei kommenden Kämpfen für den Erhalt bedrohter Arbeitsplätze in anderen Betrieben zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Mord an den Videocolor-Arbeitsplätzen nimmt jetzt seinen Lauf. 368 Kolleginnen und Kollegen, deren reguläre Kündigungen bereits während des Streiks wirksam wurden, stehen bereits auf der Straße. Die verbliebenen 1200 Beschäftigten werden zum größten Teil Ende März entlassen; die allerletzten müssen im Juni gehen.

Der Kampf der Videocolor-Arbeiter hat jedoch dazu beigetragen, daß es künftig eher möglich sein wird, durch Streik und Betriebsbesetzung die Stillegung von Fabriken oder massenhaften Belegschaftsabbau zu verhindern (siehe untenstehenden Kommentar).



18 Tage gestreikt und den Betrieb besetzt: die Arbeiter bei Videocolor.

Bilanz eines Streiks

Der Kampf war nicht umsonst!

Warum empfahl die gewählte Streikleitung der Videocolor-Belegschaft die Annahme eines Kompromisses, der das entscheidende Streikziel nicht verwirklicht, den Erhalt der Arbeitsplätze?

Antwort auf diese Frage erhalten wir in der abschließenden Erklärung, die vom Streikkomitee am Ende des Streiks verfaßt worden ist: Den Kompromiß anzunehmen — so heißt es in dieser Erklärung — *„würde bedeuten, daß wir als Belegschaft von Videocolor gegen die geballte Macht des Konzerns Thomson-Brandt antreten müßten. Dies erscheint uns unter den aufgezeigten Machtverhältnissen noch nicht möglich zu sein. Wir sind der Meinung, daß der Kampf der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene organisiert und verstärkt werden muß."*

Wie wir meinen, ist dies eine realistische Einschätzung, in der zugleich die Erkenntnis anklingt, daß Kämpfe wie der bei Videocolor heute in der Regel nicht zum entscheidenden Erfolg, d.h. bis zur Durchsetzung der Forderung nach dem Erhalt der Arbeitsplätze, geführt werden können, solange die betroffene Belegschaft alleine steht.

Gewiß gab es bei diesem Streik eine bisher noch nicht dagewesene breite Solidarität. Fast 400000 Mark an Spendengeldern kamen zusammen. Und die IG Metall hat in diesem Falle eine wesentlich andere, bessere Haltung eingenommen, als in vielen anderen Fällen (z.B. bei VDM in Frankfurt): Sie hat an der Organisierung dieser Solidarität mitgewirkt und den Streikenden moralische Rückendekkung gegeben (dies gilt es in künftigen Kämpfen als Präzedenzfall auszunutzen).

Aber das reichte nicht aus. Denn hier ging es um die Profitstrategie eines multinationalen Konzerns. Um den Stillegungsplan zunichte zu machen, hätte durch Aktionen in anderen Betrieben, durch Solidaritätsstreiks und breite gewerkschaftliche Protestaktionen ein derartig starker politischer Druck auf die Kapitalisten und die Regierung ausgeübt werden müssen, wie es einer einzelnen Belegschaft selbst bei größter Kampfbereitschaft alleine nicht möglich ist.

Den Schritt zu dieser Ausweitung des Kampfes zu tun, wäre Aufgabe der IG Metall gewesen. Dazu allerdings war die reformistische Führung der IGM in Baden-Württemberg, war auch ein Steinkühler nicht bereit.

Trotzdem war der Kampf der Videocolor-Belegschaft keineswegs umsonst. Mit Recht haben Vertreter der Streikleitung erklärt, das Entscheidende sei gewesen, daß überhaupt gekämpft wurde, daß die Stillegung nicht widerstandslos hingenommen worden sei; die Belegschaft habe ein Beispiel für alle Arbeiter gegeben; sie habe den Streik erhobenen Hauptes beendet. So war es tatsächlich!

Zu den moralischen und politischen Erfolgen dieses Streiks gehört unter anderem auch, daß — viele Kollegen betonten dies — die Belegschaft heute, nach den fast drei Wochen Streik und der Besetzung, nicht mehr dieselbe ist, wie vor Beginn des Kampfes. Sie hätten ungeheuer viel gelernt, sagen die Kollegen. So sei ihnen etwa daran, daß man ihnen mit polizeilicher Räumung gedroht habe, und daß Ministerpräsident Späth diese Möglichkeit nicht ausschließen wollte, ein ganzer Kronleuchter aufgegangen!

Der Lernprozeß, den die Kollegen durchgemacht haben, drückt sich auch in folgender Feststellung in der erwannten Abschlußerklärung aus: *„Es ist vielmehr deutlich geworden, daß verantwortliche Politiker eher bereit sind, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten, als sich konsequent für die Interessen der Arbeiter und Angestellten einzusetzen."*

Daß die Videocolor-Belegschaft ein Zeichen gesetzt hat, wird künftig nicht ohne Auswirkungen auf das Verhalten der Belegschaften in anderen Fällen von Arbeitsplatzvernichtung bleiben. Die Unternehmerzeitung „Handelsblatt" drückt ihre Furcht davor aus, wenn sie schreibt: *„So besteht die Gefahr, daß Videocolor zum Beispiel wird. Auch die Mitarbeiter anderer von der Schließung bedrohter Unternehmen könnten dem Beispiel folgen."*

So wird es kommen. Die Herren Unternehmer können sich darauf verlassen! Und dann wird sich folgende Erfahrung des Videocolor-Streiks als wertvoll erweisen: Über die Legalität eines Streiks entscheiden letztlich nicht Juristen und Paragraphen, sondern der Klassenkampf. Durch den Kampf der Arbeiter wird das Streikrecht verteidigt und durchgesetzt. Davon muß sich endlich auch die gewerkschaftliche Strategie leiten lassen!

Die Videocolor-Arbeiter konnten es nicht erreichen, ihre eigenen Arbeitsplätze zu retten. Durch ihren mutigen Kampf haben sie jedoch die Bedingungen für künftige erfolgreiche Kämpfe gegen Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung verbessert.

Besuch im besetzten Videocolor-Werk

„. . . wurde uns bewußt, was Solidarität bedeutet"

Stuttgart, den 20.1.1982, Arbeiterkorrespondenz.

Ich möchte Euch von einem Besuch Stuttgarter IGM-Kollegen im besetzten Werk von Videocolor in Ulm berichten.

Die Busfahrt wurde von der Ortsverwaltung der IGM/Stuttgart organisiert und ist der Anfang einer Solidaritätsaktion, in deren Verlauf in den nächsten 14 Tagen jeden Tag ein Bus aus einem anderen Stadtbezirk nach Ulm fährt.

Unser Bezirk, Stuttgart-Zuffenhausen, sollte zu dieser Aktion den Auftakt bilden.

So fuhren also am 20.1.1982 um 8.00 Uhr 45 Kolleginnen und Kollegen, Betriebsräte und Vertrauensleute der Firmen: SEL, Daimler-Benz, Dürr, Scheer, ITT Schaub Lorenz, Porsche, Zahnrad-Metzger und Bosch Schwieberdingen nach Ulm zu Videocolor.

Als wir ankamen, sahen wir schon beim Aussteigen die Transparente mit Aufschriften wie „Stop Arbeitsplatzvernichtung" oder „Killer GmbH", die von den Kollegen am Werksgelände angebracht waren.

Auch wir hatten ein Transparent im Bus gemacht: „IGM-Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung". So betraten wir das besetzte Gelände und machten uns auf den Weg zur Kantine, wo zu diesem Zeitpunkt eine öffentliche Betriebsversammlung stattfand.

Anwesend waren ca. 500 Kollegen, die erste von drei Schichten. Das einzig Gute am Dreischichtsystem: man kann den Betrieb rund um die Uhr besetzt halten, ohne große Einteilung.

Als unsere Delegation nun den Saal betrat, begann spontan ein tosender, langanhaltender Beifall. In diesem Moment, man kann es kaum beschreiben, wurde uns bewußt, was „SOLIDARITÄT" bedeutet. Dieser Begeisterungsausbruch seitens der Videocolor-Kollegen bewegte uns alle sehr.

Nach dieser herzlichen Begrüßung verlas der Sprecher der Streikleitung Solidaritätsadressen von verschiedenen Organisationen und gewerkschaftlichen Gruppen.

Danach informierte er über eine Schweinerei seitens der Geschäftsleitung die ihresgleichen sucht: Bei der Durchsicht der Listen der fristlos Entlassenen war der Streikleitung aufgefallen, daß unter den Entlassenen ein Kollege war, der schon zwei Tage zuvor nach einem längeren Krankenhausaufenthalt an Krebs gestorben war. Auch ihm hatte die Geschäftsleitung aus „verhaltensbedingten Gründen", so der Wortlaut der Kündigung, die Kündigung ausgesprochen.

Ein ungeheurer Tumult brach danach los, die Stimmung im Saal war auf ihrem Höhepunkt. Über diese Schweinerei regten sich alle Kollegen ungeheuerlich auf. Einige Kollegen gaben ihrer Empörung in Redebeiträgen Ausdruck.

Nach der offiziellen Rednerliste meldeten sich auch einige Kollegen unserer Delegation zu Wort, um ihre Solidarität mit den Kollegen von Videocolor auszudrükken und die von den Kollegen gesammelten Spenden zu übergeben.

Anschließend sprach auch ein Kollege von VDM aus Frankfurt. In seinem kurzen, aber guten Beitrag berichtete er von den Erfahrungen, die die VDM-Kollegen in ihrem Kampf machen mußten. Schlußfolgernd aus ihrem Kampf, sagte er, daß der Kampf bei Videocolor letztendlich nur dann erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, die Solidarität in anderen Betrieben in ganz Deutschland mit Videocolor zu organisieren.

Ein kleiner Anfang dazu ist unsere Delegation gewesen.

Günther Wickert, Mitglied des Ortsvorstandes der IGM/Stuttgart, sagte unter anderem in seinem Redebeitrag, daß wenn die Polizei das Werksgelände räumen sollte, die IGM mit einer Großkundgebung in Ulm darauf antworten würde, was die Kollegen mit stürmischem Beifall quittierten.

In der Pause der Betriebsversammlung zeigten die Kollegen von VDM einen Film über ihren Kampf in Frankfurt. Wir unterhielten uns derzeit mit einer Gruppe Frauen, die uns über den bisherigen Verlauf des Streiks informierten; vor allem zeigten sie sich vom solidarischen Kampf der ausländischen Arbeiter bei Videocolor beeindruckt. Da war nichts zu hören von Ausländerfeindlichkeit, im Gegenteil.

Die Ausländer (60 Prozent der Belegschaft) machten bei allen Aktionen mit, sei es beim Autokorso durch Ulm oder beim Flugblattverteilen.

Unter anderem erzählten sie uns auch von Schikanen seitens der Behörden. So stand z.B. auf den ersten Kündigungsschreiben, die verschickt wurden, daß man zum 25.01.82 gekündigt sei, sich aber schon am 19.01.82 beim Arbeitsamt melden muß, sonst hätte man mit Konsequenzen zu rechnen. Oder das Beispiel einer ausländischen Kollegin, die, schon 18 Jahre in Deutschland, ihre Aufenthaltsgenehmigung nur noch bis zum März '82 verlängert bekam. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Besonders empört berichteten die Frauen von folgendem Ereignis: Als der Streikleitung bekannt wurde, daß ein geplantes Gespräch zwischen Thomson-Brandt (dem Hauptaktionär) und Wirtschaftsstaatssekretär Ernst Ludwig (CDU), über eine eventuelle Weiterführung des Betriebes nicht im Werk, sondern in Stuttgart stattfand, fuhr am Freitag eine Delegation von ca. 50 Kollegen nach Stuttgart, um an den Gesprächen beteiligt zu werden. Sie blieben allerdings vor verschlossenen Türen, denn E. Ludwig ließ erklären: „. . . daß er sie nicht eingeladen habe, und also auch nicht empfangen werde."

Nach dieser unglaublichen Arroganz gingen die Kollegen zur großen Tarifkommission der IGM, wo sie unter anderem auch über diesen Vorfall berichteten.

Gegen Ende unseres Besuches sahen wir uns noch die zahlreichen Solidaritätstelegramme, Spendenlisten und Bilder an, die an einer Wand der Kantine angeklebt waren.

Zum Schluß verabschiedeten wir uns von den Videocolor-Kollegen mit dem Versprechen, die Solidarität zu organisieren und „zu Hause" in Stuttgart von unseren Eindrücken zu berichten. Mit einem Beifallssturm wurden wir verabschiedet.

An dieser Stelle möchte ich Euch stellvertretend für die Kollegen von Videocolor auffordern: Organisiert die Solidarität mit den Kollegen von Videocolor. Spendet für ihren gerechten Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze. Was die Kollegen brauchen, ist Solidarität!

2. Bundeskongreß der Volksfront



Am 30. und 31. Januar fand im Frankfurter Haus der Jugend der 2. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt. 185 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin legten nach ausführlicher Diskussion die Richtlinien für die weitere Arbeit der Organisation fest.

Die Volksfront steht nach diesem Kongreß gestärkt da. Denn der Kongreß hat größere Klarheit über das Selbstverständnis und die Schwerpunkte der politischen Arbeit der Volksfront gebracht, die die Delegierten befähigen wird, an ihren Orten diese Arbeit noch besser in Schwung zu bringen.

Der Kongreß offenbarte eine Vorwärtsentwicklung innerhalb der Volksfront in der letzten Zeit, eine Vorwärtsentwicklung ihrer Aktivitäten nach außen, auch der Gewinnung neuer Mitglieder in ihre Reihen, nachdem es hier besonders in der Zeit nach der Bundestagswahl zum Teil Stagnation und Rückgänge gegeben hatte.

Selbstverständnis und Schwerpunkt der Arbeit — darum drehten sich auch die wesentlichen Diskussionsbeiträge auf dem Kongreß. In sehr offener Form wurden hier die vorhandenen Widersprüche und Unklarheiten auf den Tisch gelegt, wurde herausgearbeitet, daß es tatsächlich zu der Arbeit der Volksfront keine Alternative gibt, daß alle anderen Konzepte — etwa in zeitlich und örtlich begrenzten Aktionen mit teilweise sehr hoher Beteiligung schon die „Volksfront" zu sehen oder den Schwerpunkt der Arbeit auf Bündnisse mit allen möglichen Initiativen, Komitees oder Parteien zu legen — bedeuten würden, daß man die organisierte Propagierung des Volksfront-Gedankens besonders unter den Werktätigen, daß man die organisierte Einbeziehung der Menschen, die heute schon bereit sind, in diesem Sinne tätig zu werden, auf unübersehbare Zeit hinausschiebt — vielleicht, bis es wieder einmal zu spät ist.

Grundlage der Diskussionen bildeten neben den zahlreichen Anträgen vier vom Zentralen Vorstand vorbereitete Entschließungen sowie der Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden Eike Hemmer, der sehr klar und überzeugend einen Überblick über die bisherige Arbeit der Volksfront gab, der die absolute Notwendigkeit ihrer Gründung ebenso deutlich machte, wie er den Finger auf die Schwachpunkte der Arbeit legte und die Perspektiven für die Zukunft wies. Rechenschaftsbericht und Entschließungen wurden schließlich ohne Gegenstimme angenommen. (Auszüge daraus veröffentlichen wir in diesem und im nächsten RM.)

Beschlossen wurde der Volksfront-Kongreß mit der Wahl eines neuen Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Harry Dubinsky gewählt.

Am Abend des 30. Januar fand eine Großveranstaltung mit einem lebendigen Kulturprogramm statt, das von der Gruppe Zeitzünder aus dem Rheinland, einer Kulturgruppe aus Freiburg und der Frankfurter Hobelbühne bestritten wurde.



Die Freiburger Kulturgruppe mit einem ihrer Maskenstücke: Carstens auf Wanderschaft.



Bei der Abschlußveranstaltung trat die Frankfurter „Hobelbühne" mit einem Programm gegen den Krieg auf.

Auszüge aus der Entschließung:

Der Kampf gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus — vordringliche Aufgabe der Volksfront

Die Volksfront (...) wird sich schwerpunktmäßig auf besondere Aufgaben und Kampfbereiche konzentrieren, um durch eine langfristige, gründliche und Wirkung hinterlassende Arbeit an einer antifaschistischen Front Aktivitäten zu entwickeln, Menschen für den antifaschistischen Kampf und das antifaschistische Bewußtsein im oben beschriebenen Sinne zu gewinnen und zu fördern. Sie setzt dabei an den aktuell brennenden, die Menschen am meisten betreffenden und bewegenden Fragen an.

Dieses Feld, das sich sehr wohl ändern kann, sehen wir in nächster Zeit im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und in Verbindung damit im Kampf um das Verbot der NPD und anderer faschistischer Kräfte und Organisationen, die nicht ohne Grund an der Ausländerproblematik ihr Süppchen kochen und ihren politischen Einfluß verstärken wollen.

Die Ausländerfeindlichkeit und das Treiben der Faschisten sind wichtige Bestandteile der Faschisierungspolitik, an denen sich die meisten Menschen, ähnlich wie bei der Strauß-Kandidatur, am ehesten an die Zeiten des Faschismus, an die Judenhetze des Dritten Reiches usw. erinnert fühlen. Mit diesen Problemen sind die Menschen in fast allen Bereichen, im Betrieb, in Schule und Kindergarten oder im Stadtteil konfrontiert.

Staatlich geduldete Ausländerhetze und faschistische Umtriebe sind ein Teil der reaktionären Politik. Wir müssen auch in diesem Kampf die Politik des Staates, die Haltung der großen Parteien und das Interesse der Herrschenden an diesen Vorgängen beleuchten und die Drahtzieher solcher faschistischer Politik entlarven. Der kontinuierliche und gemeinsame intensive Kampf an einer Front des antifaschistischen Kampfes bringt den antifaschistischen Kampf insgesamt weiter.

Wenn es nicht gelingt, der mit der Ausländerfeindlichkeit betriebenen Ablenkung von den eigentlichen Ursachen der Krise, der Schaffung von Feindbildern und Anheizung rassistischer und chauvinistischer Hetze, erfolgreich entgegenzutreten, werden wir uns auch den Faschisierungs- und Kriegsvorbereitungsbestrebungen nicht wirkungsvoll in den Weg stellen können.

Die Funktion der NPD und anderer faschistischer Kräfte, von denen Strauß einmal sagte: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind — mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein", ihre Gefahr darf man trotz zahlenmäßiger Schwäche momentan dennoch nicht unterschätzen:

- ihre Hetzpropaganda heizt reaktionäre Stimmungen an;
- in Opposition zum System gebrachte Menschen, vor allem Jugendliche, werden auf für die Herrschenden ungefährliche und nützliche Bahnen gelenkt;
- sie erledigen die Drecksarbeit für die Reaktion gegen linke Kräfte;
- mit Terroranschlägen, wie dem Massaker von München, verleihen sie dem Ruf nach dem starken Mann Nachdruck;
- für die Reaktionäre in den großen Parteien dienen sie als Alibi, sich selbst unter dem Kampfruf „gegen Links- und Rechtsextremismus" als Kräfte der Mitte darzustellen;
- mit ihrer Ausländerhetze, den von ihnen ins Leben gerufenen Bürger- und Wahlinitiativen Ausländerstopp und Ausländerbegrenzung spielen sie eine wichtige Rolle im Spiel der Reaktion. (...)

Im Kampf um das Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen, ihrer faschistischen und rassistischen Propaganda, im Kampf gegen Ausländerhetze und ausländerfeindliche Politik gilt es, die Rolle der großen Parteien und des Staates und seiner Institutionen aufzuzeigen.

Strengen wir uns an, die Menschen durch vielfältige Formen der Aufklärung und des Kampfes für die Erfüllung unserer Forderungen zu mobilisieren, das antifaschistische Bewußtsein zu wecken und zu stärken.

An den oben genannten Kampffronten ist im Moment die größte Sensibilität, größte Bereitschaft zum Handeln, auch bei den Gewerkschaften, zu erwarten. An diesen Fronten wird es, wie Kampfaktionen der letzten Zeit zeigen, am ehesten möglich sein, einen antifaschistischen Massenprotest zu entwickeln, der die Regierung unter Druck setzt und die antifaschistische Widerstandsfront verbreitern und stärken kann.

Gerade angesichts des in einem Jahr, am 30. Januar 1983, bevorstehenden 50. Jahrestages der Machtergreifung des Hitler-Faschismus sollten wir und alle anderen antifaschistischen und demokratischen Kräfte unsere Anstrengungen im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in Verbindung mit dem Kampf um das Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen und unsere Aufklärungsarbeit verstärken.

Wir rufen auf, in diesem Sinne das kommende Jahr als Kampfjahr gegen Reaktion und Faschismus zu begehen und mit einer antifaschistischen Manifestation zum 30. Januar nächsten Jahres als Höhepunkt anzugehen. (...)



Fast 200 Delegierte aus dem Bundesgebiet und aus Westberlin waren zum 2. Kongreß der Volksfront ins Frankfurter Haus der Jugend gekommen.

„Wir sind kein Traditionsverein"

Harry Dubinsky, der neue Vorsitzende der Volksfront, verkörpert in seiner Person wie kaum ein anderer die Tatsache, daß die Volksfront heute das Vermächtnis der Opfer der Nazi-Diktatur fortführt und erfüllt, deren heldenhafter Widerstand Grundlage für den Schwur war, den die Überlebenden nach dem Kriege ablegten, nämlich nicht zu ruhen, bis der Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist.

Am 30. Januar 1982 sprach Harry über die Bedeutung, die Tradition dieses Tages, an dem sich die Machtergreifung der Hitler-Partei jährt. Er zeigte die Ähnlichkeiten politischer Entwicklungen heute und vor 49 Jahren auf. Er beschloß seine Rede mit den Worten:

„Ich wollte eigentlich an dieser Stelle der Opfer von damals gedenken. Aber ich bin der Meinung, daß wir den Antifaschisten, die ihr Leben gelassen haben in den Zeiten des Hitler-

Ich glaube, daß unser Kongreß ein Teil dazu beitragen wird, unseren Kampf besser zu führen, verstärkt zu führen.

Faschismus, gerecht werden, wenn wir uns verpflichten, unseren Kampf verstärkt durchzuführen, wenn wir alle in uns steckende Kraft dafür anwenden, daß es kein neues 1933 gibt. Wir, die Volksfront, sind eine überparteiliche, antifaschistische, demokratische Organisation. Wir sind für alle offen, die es ehrlich meinen mit dem antifaschistischen Kampf.

Wir sind aber kein lauwarmer Verein, sondern eine kämpferische Organisation, die wohl aus der Geschichte lernt, aber ihr Ziel ist die Zukunft. Wir wollen kein Traditionsverein sein, der sich in den vergangenen Taten sonnt. Es kommt jetzt darauf an, unabhängig von Religion, Weltanschauung und Parteizugehörigkeit den reaktionärsten Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik entgegenzutreten.

Ich würde den Vorschlag machen: Machen wir das Jahr 1982 bis 1983 zum 30. Januar zum Kampfjahr. Daß wir in einem Jahr, wenn wir uns wiedersehen, sagen können: Die Volksfront lebt, arbeitet und schreitet voran. Unser Kongreß wird viel dazu beitragen, und unsere Volksfront ist so gut, wie ihre Mitglieder gut sind. Machen wir aus der Volksfront eine breite Front des Volkes. Es liegt an uns!"



Harry Dubinski, vom II. Volksfront-Kongreß zum neuen Vorsitzenden der Organisation gewählt, kann auf eine lange Erfahrung im antifaschistischen Kampf zurückblicken.

Die VSBD ist verboten!

Fortsetzung von Seite 1.

Nach der Herausgabe des Verbotsbescheids, der offiziellen Angaben zufolge bereits seit dem 14. Januar in der Schublade lag, fanden in einigen Wohnungen von VSBD-Mitgliedern Hausdurchsuchungen statt. (Wirklich nur in **einigen wenigen** der bekannten Wohnungen.) Dabei fand man Waffen, Munition und altes und neues faschistisches Propagandamaterial. Wie immer, wenn man bei solchen Leuten mal nachguckt. Festgenommen oder gar verhaftet wurde kein einziger dieser Verbrecher.

Das heißt: Die Leute sind gewarnt. Wer untertauchen will, kann das tun. Wer etwas beiseite zu schaffen hat, kann auch das tun.

Man führe sich einmal vor Augen, welch eine Welle der Verhaftungen und Verfolgungen nach dem Verbot der KPD 1956 einsetzte. Aber die Partei wurde ja auch wegen ihres antifaschistischen Kampfes verboten...)

Es lohnt sich, die weiteren Äußerungen Baums bzw. seines Ministeriums auch noch genauer anzuhören.

Baum ließ verlauten: Die VSBD sei die derzeit stärkste neonazistische Organisation mit 120 Mitgliedern.

Das ist in zweifacher Hinsicht falsch.

Die genaue Anzahl der VSBD-Mitglieder ist uns nicht bekannt. Aber Mitgliedschaft und Umfeld dieser Bande werden von aufmerksamen antifaschistischen Beobachtern ihrer Umtriebe auf etwa 1000 Leute bundesweit beziffert.

Die VSBD ist sicher die stärkste offen militante und terroristische Vereinigung der Neonazis. Ihr öffentlich erklärtes und bisher unter den Augen der Behörden so wirksam verfolgtes Ziel war ja auch die Einigung der militanten Rechten. Aber die VSBD ist durchaus nicht die stärkste neonazistische Organisation überhaupt. Baum klammert, sicher bewußt, hier solche Vereinigungen wie die Deutsche Volksunion usw. aus. Er beschränkt Neonazismus auf offenen Terrorismus und klammert damit natürlich auch das Problem der Übergänge zwischen dem offiziell „nichtmilitanten" Nazismus und diesem aus.

Baum sagte: Die VSBD verfolge ihre Ziele „in kämpferisch aggressiver Form".

Das ist nun ja wohl eine absolute Verharmlosung. Sie setzt zur Erreichung ihrer Ziele planmäßig Terror, Mord und Totschlag ein — diese Definition kommt der Wahrheit weit näher!

Baum betonte mit Blick auf die Zukunft: „Für die Bundesregierung hat die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus auch weiterhin Vorrang vor Verbotsmaßnahmen."

Auch hier heißt es: aufgepaßt!

Baum spricht mal wieder wertfrei vom „Extremismus" an sich. Ohne es diesmal selbst direkt auszusprechen, bringt hier Baum wieder die verlogene, aber sehr beliebte Darstellung ins Spiel: „Die Linken sind genauso schlimm, und ich in der Mitte bin der Wahrer der reinen Demokratie zwischen beiden Extremen".

Konkret bedeutet der Vorrang für die „geistige Auseinandersetzung" erstmal, daß man nicht daran denkt, den ganzen, noch nicht einmal den ganzen offen militanten Nazi-Sumpf trockenzulegen.

Auch im Sinne der notwendigen Aufklärung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen (Schulen usw.), die immer nur neben einem strikten Betätigungsverbot für Faschisten bzw. im Sinne des Faschismus stehen dürfte, allerdings tatsächlich erstrangige Bedeutung hat, ist das nicht gemeint. Denn die findet nicht statt und soll auch in Zukunft nicht stattfinden. Nur ein Beispiel ist die Aufrechterhaltung der Berufsverbote für antifaschistische Lehrer. Und schließlich lenkt Baum selbst von Wesen und Entstehung des Faschismus ab.

Konsequent gegen alle Nazis vorgehen!

Baum äußerte: „Die Wurzeln des Terrors von rechts liegen tief in unserem Land".

Er vermied zu sagen, wo. Er vermied anzugeben, wer diese Wurzeln beständigt begießt.

Baum fuhr fort: „Wir dürfen nicht zulassen, daß der nationalsozialistische Unrechtsstaat verharmlost wird."

Wie wahr! Nur tut er nichts dagegen! Wo bleibt denn die Verhaftung der Nazi-Aktivisten? Wo bleibt der Schlag gegen die faschistischen Hetzer, die „Deutsche National-Zeitung", die „Deutsche Stimme" usw.?

Im übrigen ließ Baum auch verlauten, daß er sehr wohl gewußt habe, daß die VSBD 1975 — das ist gut sechs Jahre her, Herr Baum! — ein Programm verabschiedete, daß „große Ähnlichkeit mit dem 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 20. Februar 1920" aufwies, „zum Teil sogar im Wortlaut" übereinstimmte! Und nichts geschah! Erst durfte Busse eine weitverzweigte Organisation auf dieser Grundlage aufbauen! Erst mußten Menschen durch die Hand derartig geschulter Mörder sterben!

Die VSBD ist also nun verboten. Das ist gut, das ist sehr gut. Aber es droht die Gefahr, daß dies ein halbherziges Verbot ohne die notwendigen Folgen bleibt.

Den Mitgliedern, auch den Aktivisten der Bande, läßt man die Freiheit, wie das schon nach dem Verbot der Hoffmann-Bande der Fall war. Teilweise sind die Figuren nun dieselben, sie haben also ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung ihres terroristischen Handelns bereits bewiesen. Wo werden sie sich demnächst zusammenrotten?

Das ist aber noch nicht alles, was dazu zu sagen ist. Bei dieser Kritik darf man noch nicht stehenbleiben.

Alibi für den Schlag gegen links?

Es steht zu befürchten, daß man in Bonn mit solchen halbherzigen Verboten Punkte sammeln will für einen makabren Vergleich.

Brachte Baum bereits, wie zitiert, das allgemeine „Extremismus"-Geschwätz wieder ins Spiel, das im Angesicht faschistischer Mordtaten die Linke, diejenigen, die den Nazis am schärfsten entgegentreten, die antifaschistische Bewegung mit den Mördern gleichsetzt, so wurden die Unions-Parteien bereits konkret.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spanger, sagte, es sei „richtig gewesen, diese gewalttätige rechtsextremistische Gruppe zu verbieten. Es wäre aber besser gewesen, das schon früher zu tun." (!! Der Höhepunkt der Heuchelei durch einen CDU-Mann!) und dann kommts: Spanger kritisierte zugleich, daß es „seit Jahren nur Verbote rechtsextremistischer Gruppen in der Bundesrepublik" gebe.

Es dürfe „jedoch nicht dazu kommen, daß Linksextremisten, deren Potential ungleich größer ist, ohne Sorge vor Verboten operieren können"

Da gilt es wachsam zu sein. Denn es ist durchaus möglich, daß solchen Worten auch entsprechende Taten, das heißt Verbotsanträge gegen kommunistische und antifaschistische Organisationen, folgen. Und da würde dann anders „durchgegriffen". So gibt es politische Kräfte, die die wenigen Maßnahmen gegen Faschisten zum Vorwand für einen Schlag gegen die gesamte antifaschistische Bewegung benutzen wollen.

Das müssen alle Antifaschisten und Demokraten gemeinsam verhindern!

Für uns gilt jetzt, das Verbot der VSBD als eine Grundlage zur Verstärkung unseres Kampfes für die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen zu nutzen. Das VSBD-Verbot muß in diesem Sinne auch im Rahmen der Aufklärung und Agitation dargestellt werden.

Das Verbot ausnutzen!

Wir sagen:

Die VSBD ist verboten. Gut! Dabei darf es nicht bleiben! Wenn man mit dem Verbot dem faschistischen Terrorismus einen Schlag versetzen wollte, dann folgt daraus zwingend, daß man auch die Quellen, die den terroristischen Sumpf speisen, austrocknen muß. Dann muß man die faschistischen Aktivisten in Haft nehmen.

Dann muß man alle anderen Terrororganisationen ebenfalls verbieten und mit ihren Aktivisten ebenso verfahren. Dann muß man alle faschistischen Organisationen verbieten, auch die, die sich „legal", „verfassungskonform" und „friedlich" gebärden, denn sie schüren den faschistischen Ungeist, sie liefern den Terrorgruppen personellen Nachwuchs, den sie vorher in diesem Geiste geschult und ausgebildet haben. Dann muß die „Deutsche National-Zeitung" und ihr Trägerkreis, die DVU, verboten werden. Dann muß die legale faschistische Partei, die NPD, verboten werden.

Die Politiker sind daran zu messen, wie sie sich dazu stellen.

Wir müssen den Kampf organisieren — tatsächlich **organisieren** — und ihm die nötige Unterstützung und Stoßkraft sichern, um diese Maßnahmen zu erzwingen. Das ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen des antifaschistisch-demokratischen Kampfes in der nächsten Zeit.



Noch immer stellt sich die Staatsmacht schützend vor die meisten Nazi-Gruppen. Zum Beispiel vor die NPD. Sie sind Hilfstruppen der finstersten Reaktion in unserem Land. Sie alle müssen zerschlagen werden!

Bonner Regierung —Komplize der Mörder in Ankara

Es darf gefoltert werden!

Die Bundesregierung in Bonn macht sich ganz offiziell zum Komplizen der von der türkischen Militärjunta beauftragten Folterknechte und Mörder. Sie sorgte für eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, die einem — prinzipiell jedem — Staat das Recht zuerkennt, seine Bürger zu foltern, um „Straftaten aufzuklären". Und wer in einem anderen Staat unter der Folter gequält wurde, der hat — auch wenn ihm erneute Folter oder der Tod drohen — kein Anrecht auf politisches Asyl in der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung ließ durch ihren Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten Widerspruch gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden einlegen, die einem Kurden aus der Türkei politisches Asyl gewährt hatte, weil er in seiner Heimat aus politischen Gründen verfolgt wurde.

Dieser Mann war in der Türkei mehrmals verhaftet worden, weil er sich für die Sache der Kurden, die dort brutal unterdrückt werden, eingesetzt hatte. Weil er eine kurdische Zeitung verteilte, wurde er zweimal von Militär und Polizei schwer gefoltert. Er hatte dennoch in seinem Widerstand nicht nachgelassen, weil es, wie er erklärte, „eine ehrenhafte Aufgabe ist, sich gegen die Ungerechtigkeiten gegenüber den Kurden aufzulehnen." Schließlich aber mußte er fliehen, um sein Leben zu retten.

Dennoch entschied der Verwaltungsgerichtshof nach dem Einschreiten der Regierung am 20. November auf Ablehnung des Asylantrags. Das Recht, Revision einzulegen, wurde verweigert, die Abschiebung angeordnet. (Aktenzeichen: XOE 6/676/81) Wörtliche Begründung des Gerichts: „Die Militärs sorgen jetzt für Recht und Ordnung"!

Das Gericht führte in unübertreffbarem Zynismus weiter aus:

„Von einer Verfolgung kann keine Rede sein, denn es handelt sich dabei um Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung terroristischer und seperatistischer Bestrebungen."



Die Bundesregierung finanziert das faschistische Militärregime, und sie liefert ihm Antifaschisten ans Messer!

Wenn es zu Folterungen gekommen sei, „geschah dies offenkundig ebenfalls in dem Bestreben der Polizisten und Gendarms, ein als strafbar angesehenes Verhalten des Klägers aufzuklären und einer Wiederholung, nämlich einer weiteren Verbreitung einer Zeitung, vorzubeugen." Und um jemanden daran zu hindern, sein Meinung zu sagen, darf man ihn natürlich auch foltern!

„Bezweckt die Strafandrohung, deretwegen Ermittlungsmaßnahmen gegen einen Verdächtigen aufgenommen werden, nicht eine Verfolgung aus politischen Gründen (!! — worum, wenn nicht darum, hat es sich dabei gehandelt?! — Red.), so können auch Beeinträchtigungen von Leib, Leben oder persönlicher Freiheit im allgemeinen nicht als politische Verfolgung gewertet werden."

Wenn also ein faschistischer Staat — wie das faschistische Staaten immer zu tun pflegen — unliebsame politische Betätigung oder auch schlicht das Recht auf freie Meinungsäußerung, das alle westdeutschen Politiker theoretisch zu schützen verpflichtet sind (wobei bekannt ist, daß sie das auch bei uns nicht tun) als „kriminelle Handlung" deklarieren, dann gilt das für die Bonner Machthaber. Und dann sprechen sie dem betreffenden Staat nicht nur das Recht auf Folter zu; sie „erlauben" ihm auch ausdrücklich, seine Gegner gleich umzubringen. Womöglich wäre ihr ein solches Vorgehen in dem genannten Fall noch lieber gewesen, hätte es ihr doch Arbeit und Ärger erspart.

Das ist die wahre Natur der Ritter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Menschlichkeit heucheln, wenn es sie nichts kostet, die aber zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und Bündnisinteressen jedes Verbrechen, jede Bluttat absegnen.

Ausländerfeindlichkeit — Nährboden des Faschismus

Die neofaschistische Szene konzentriert sich auf die Schürung der Ausländerfeindlichkeit. Örtliche und überregionale Initiativen mit verschiedenen Tarnnamen schießen aus dem Boden, auch die aus dem Bundestagswahlkampf und der Zeit danach sattsam bekannte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" will in NRW ein neues Volksbegehren einbringen. „Gutbürgerliche" Aushängeschilder sollen dafür sorgen, daß man nicht auf den ersten Blick erkennt, wer hinter all diesen Aktivitäten steckt. Viele Professoren werden dafür aufgefahren. Ein Höhepunkt dieser Bemühungen, über die Ausländerfrage auch den Masseneinfluß faschistischer Organisationen zu vergrößern, ist das sogenannte „Heidelberger Manifest", initiiert vom „Schutzbund für das deutsche Volk" und namentlich gestützt von 15 Professoren unter der Führung des Bochumers Theodor Schmidt-Kahler. Diese Herren wollen einen bundesweiten Dachverband ausländerfeindlicher Organisationen und Initiativen ins Leben rufen. Ihr persönlicher Einfluß reicht bis hinein in die Bonner Parteien.

Im nächsten „Roten Morgen" werden wir vor allem dieses „Manifest", aber auch andere derartige Bestrebungen dokumentieren und kommentieren. Die Rechten bedienen sich zum Teil einer Demagogie, die durchaus Wirkung erzielt. Den Rassisten und Volksverhetzern muß das Handwerk gelegt werden!



Recht made in Nürnberg:

Ausrutscher oder Vorreiter?

Volkskorrespondenz aus Nürnberg

In Nürnberg fand am Samstag, den 23. 1. 82 im großen Saal des Heilig-Geist-Spitals eine Veranstaltung der Bürgerinitiative 5. März, der Humanistischen Union und der ESG statt. Das Thema: Recht made in Nürnberg — Ausrutscher oder Vorreiter?

Es sprachen eine Vertreterin der Elterninitiative und drei Rechtsanwälte. Die Vertreterin der Eltern der Verhafteten stellte fest, daß der Protest gegen das Vorgehen von Polizei und Justiz bei ihnen nicht abgeflaut sei, im Gegenteil, die Empörung bekommt ständig neue Nahrung durch immer neue Tatsachen, die aufgedeckt werden. Das alles ist keine Panne, sondern ein Skandalfortsetzungsroman. Noch immer sei die Frage unbeantwortet geblieben, wo die verschwundenen Protokolle gewesen sind, warum sie wieder aufgefunden wurden, noch immer finde man erstaunlich, daß Richter bis zu 40 Haftbefehle hintereinander unterschrieben hatten und sich dann nicht mehr erinnern konnten, welche Gründe sie dafür hatten. Entweder sie sind etwas dumm, was man kaum unterstellen kann, oder aber sie haben ihrer Vergeßlichkeit nachgeholfen. Das ganze sei keine menschliche Unzulänglichkeit gewesen, wie das Justizministerium glauben machen will, sondern ganz einfach Manipulation. Zum Schluß rief die Frau dazu auf, dem Plan des Herrn Hillermeier, den Prozeß „lautlos" weiterzuführen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Hier geht es nicht um einen Ausrutscher, hier steht das demokratische Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit auf dem Spiel.

Rechtsanwalt Kempf berichtete dann über die Geschichte des Landfriedensbruchsparagraphen. In den Krisenzeiten um 1918/19 wurde massenhaft mit diesem Paragraphen gegen unzufriedene Arbeiter und Soldaten vorgegangen. Man ging z. B. so weit, die überall gewählten Arbeiter- und Soldatenräte als staatsfeindliche Zusammenrottung zu bezeichnen, aus der heraus auch Straftaten begangen wurden. Allein die Anwesenheit in einer solchen Gruppe langte zu Verurteilung wegen Landfriedensbruch. So wurde z.B. ein Bote verurteilt, der Nachrichten von einer Stadt in die andere gebracht hatte. Seitdem wurde dieser Paragraph nur noch bei politischen Demonstrationen angewandt, die sich gegen die Ordnung und Ruhe im Staat richteten. Damit war der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Als im Jahr 1977 die Reform dieses Paragraphen diskutiert wurde, unterlag die CDU/CSU. Seitdem genügt die bloße Anwesenheit in einer Gruppe, aus der heraus Straftaten begangen wurden, nicht mehr zur Verurteilung. Was in Nürnberg geschehen ist, macht diese Reform auf dem juristischen Weg rückgängig. Er gab noch viele interessante Beispiele, die belegen, daß die Justiz auf dem rechten Auge sehr blind war und ist. Daß z. B. niemals ein SA-Mann, der während einer Demonstration öffentliche Einrichtungen beschädigt hatte, später wegen Landfriedensbruch angeklagt wurde.

Rechtsanwalt Maeffert sprach zur Rolle der Haftrichter und der ermittelnden Staatsanwaltschaft. Hillermeier persönlich bestätigte diesen Herren, daß sie mit Blindheit geschlagen seien. Er meinte nämlich, die hätten immer so im Streß gestanden bei den Ermittlungen, daß ihnen das Fehlen wichtiger Aussagen gar nicht auffallen konnte. Auch müsse man sich fragen, warum gerade von solchen Beamten, die gleich zu Anfang belastende Aussagen, wenn auch sehr vage, gemacht hatten, oft bis zu vier Protokolle bei den Akten seien, die auch immer belastender und konkreter werden, je später sie angefertigt wurden. Auch stimmt die Aussage nicht, daß nur die Staatsanwaltschaft persönlich ermittelt habe, denn alle Polizisten seien fast ausschließlich von ihren Kollegen verhört worden. Es liege der Verdacht nahe, daß ein paar zuverlässige Beamte herausgefunden wurden, die dann einander nicht mehr widersprechende Aussagen gemacht haben.

Auch wurde der Vorsitzende Richter Manger bereits am 13. 3. darauf hingewiesen, daß Polizeiaussagen in den Akten fehlten. Mit dieser Begründung hat er selber damals eine Akte an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben und deshalb einen Haftprüfungstermin platzen lassen. Bei der Hauptverhandlung dann war er baß erstaunt, daß Protokolle fehlen sollten. Auch über die Rolle der Besatzungen und Fahrer der ca. 50 Einsatzfahrzeuge die, rund ums KOMM plaziert waren, sei bisher viel zu wenig gesprochen worden.

Was müssen das für Beamte sein, die stundenlang bei einer Verhaftungsaktion anwesend sind, eine angeblich so gewalttätige Demonstration begleitet haben, und die absolut nichts gesehen haben? Auf was haben sich dann die fünf Haftrichter gestützt, wenn niemand was gesehen hatte? Alle konkreten Aussagen stammen von einem viel späteren Zeitpunkt.

Hillermeier habe seinen Staatsanwälten auch bestätigt, daß sie von Tatsachenkenntnis ungetrübt in blindem Vertrauen auf die Polizei und ihre eigene Gesinnung schon richtig gehandelt hätten. Dann erzählte der Rechtsanwalt das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Wo auch alle Minister, um nicht als dumm zu gelten, die „neuen Kleider" des nackten Kaisers beklatschen. (Dieses Märchen kann man von Anfang bis Ende herrlich auf diese Geschichte anwenden. Im Saal hat das zu größerer Heiterheit geführt. Leider konnte ich diese Passagen nicht alle behalten.)

Ein Hamburger Haftrichter meinte zum Stand der Ermittlungen: Wenn man gegen die Haftrichter von Nürnberg mit ihren Methoden vorginge, könnten sie schon mal ihr Rasierzeug zusammenpacken.

Die Haftrichter seien wegen Rechtsbeugung angezeigt worden, das Verfahren läuft noch, es wird aber bezeichnenderweise von der Nürnberger Staatsanwaltschaft ermittelt. Jener Staatsanwaltschaft, der selbst das bayerische Justizministerium die Fähigkeit abgesprochen hat, das KOMM-Verfahren weiterzuführen; das wird jetzt von der Staatsanwaltschaft Regensburg gemacht. Wegen Rechtsbeugung wurde überhaupt erst ein Richter angezeigt, aber freigesprochen. Im Prinzip gibt es die Rechtsbeugung schon, aber ein deutscher Richter begeht sie nicht.

Zum Abschluß meinte der Rechtsanwalt, dieser Prozeß sei auf jeden Fall Vorreiter, Vorreiter für eine breite Solidarität gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten gegen Justizwillkür. Der Wunsch des Herrn Hillermeier, diesen Prozeß lautlos weiterzuführen, ist ungeheuerlich. In einem Land, in dem öffentlich geführte Prozesse als Garant gegen Justizwillkür angesehen werden (sollten), ist eine solche Meinung aus der Staatskanzlei eine einzige Provokation. Ob oder wie er weitergeführt werde, sei ziemlich unklar, da eine Reihe von Protokollen nach Aussagen Hillermeiers bereits „aussortiert" worden seien, also nicht mehr zur Verfügung stehen.

Hätte man einen klaren Menschenverstand, dann müßte man davon ausgehen, daß ein Prozess, der nur aufgrund von Aktenmanipulation zustande kam, dann sofort eingestellt werden müßte, wenn die Tatsachen auf dem Tisch sind. Doch dieses logische Denken geht den Beamten der Justiz offensichtlich ab. Also bleibe zu erwarten, daß die Skandalgeschichte ihre Fortsetzung finden wird, und nicht lautlos.

Barbara

Nicht mit der falschen Elle messen

„Die letzte Welt": Leserbrief zur Kritik von Matthias (RM 4/82)

Liebe Genossen!

Im letzten RM brachtet ihr einen Leserbrief, der sich kritisch mit der Besprechung des Programms „Die letzte Welt" von den Schmetterlingen befaßt. Daß diese Besprechung etwas zu positiv war, meine ich auch. Wenn man, wie im RM 46/81 so ausführlich das neue Programm würdigt, müßte auch Platz für einige kritische Anmerkungen da sein.

Nur sehe ich da andere Punkte als der Genosse Matthias. Was mir aufgefallen war, daß im Gegensatz zu früheren Programmen der Schmetterlinge die Propagierung und Darstellung des **organisierten Widerstandes,** sowohl hier, als auch in der Dritten Welt viel, viel schwächer war, ja praktisch fehlte.

Dieser Punkt, so meine ich, wäre schon eine Auseinandersetzung mit den Schmetterlingen wert, so was ist ja nicht rein zufällig.

Was ich aber nicht richtig finde, ist, die Schmetterlinge mit einer falschen „Elle" zu messen. „Warum kann man da keine Betriebsszene machen", „Hätte man das nicht sehr plastisch aus Arbeitersicht aufrollen können?", „Der empörende Auftritt des ‚imperialistischen' Rüstungsarbeiters" usw. Man darf die Schmetterlinge doch nicht mit einer kommunistischen Gruppe verwechseln. Und bei Kritik an bestimmten Dingen ihres Programms finde ich es enorm wichtig, zunächst mal zu sagen, daß es nicht das Wichtigste ist, die Distanz zwischen unseren kommunistischen Auffassungen und den Schmetterlingen zu betonen, sondern die meilenweite Entfernung der Schmetterlinge von allen bürgerlichen, revisionistischen und vielen scheinbar fortschrittlichen „linken" Musik- und Theaterleuten, die sowohl künstlerisch und politisch an diese Wiener Truppe nicht heranreichen.

Ich wünschte mir jedenfalls mehr Versuche und Ansätze, ähnliches hier in Westdeutschland zu machen —, es ist im Grunde ja traurig, daß die Schmetterlinge als Musik- und (mittlerweile wirklich gute) Theatergruppe fast konkurrenzlos dastehen.

Und man sollte auch beachten, daß es sich um Intellektuelle handelt, Künstler — keine Arbeiter, die künstlerisch tätig sind, keine Kommunisten, die ein bestimmtes Programm künstlerisch umsetzen. Das muß man doch bei der Kritik an den Schmetterlingen berücksichtigen.

Zum Schluß noch zu einer konkreten Kritik im Leserbrief der vergangenen Woche — den, wie der Genosse meint „empörende Auftritt des ‚imperialistischen' Rüstungsarbeiters".

Genau das finde ich eine gute Sache. Hier wird doch endlich mal abgegangen, von der schablonenhaften Darstellungsweise: „Proletarier, gut, kämpferisch, rot und fäusteschwingend — Kapitalist und Betriebsratsbonzen böse!".

Ich habe mir überlegt, womit z.B. die Genossen der RGO, die auf den Kieler Werften arbeiten, zu tun haben. Doch genau mit einer solchen Haltung. (Die ich im übrigen nicht „imperialistisch" nennen würde.)

Da haben doch reaktionäre Betriebsräte schon Kollegen zu Streiks für neue U-Boot-Bau-Aufträge rumgekriegt, hat die Argumentation „Rüstung sichert Arbeitsplätze" doch bei vielen Arbeitern verfangen. Die Haltung, wie es die Schmetterlinge tun, karikierend, übertrieben (der Sänger gießt in Ruhe sein Topfblümchen usw.) darzustellen, finde ich eine gute, legitime Form der Kritik. Das hat doch wenig mit dem zu tun, was viele westdeutsche Musikgruppen aus der „neuen deutschen Welle" und der Jugendbewegung machen, nämlich das Proletariat insgesamt als bürgerlich, als verspießt und konsumsüchtig darstellen. Diese Auffassungen sind reaktionär. Was die Schmetterlinge machen, ist es aber nicht.

Also, nicht lobhudeln („Die sind ja echt gut, obwohl sie nicht bei uns organisiert sind"), noch falsche Kriterien anlegen. Ich jedenfalls freue mich darauf, „Die letzte Welt" im Frühjahr bei dem zweiten Teil ihrer Tournee noch mal (kritisch) zu sehen.

Ein RM-Leser
aus Bochum

Termine

Die Schmetterlinge sind mit ihrem Stück „Die letzte Welt" wieder unterwegs. Hier die Termine:
26.2. in der Mercatorhalle *Duisburg*, 19.30 Uhr;
27.2. in der Gesamtschule *Hagen*, 19.00 Uhr;
2.3. im Schauspielhaus *Bochum*; 9.3. in *Saarbrücken*.

Veranstaltungen der KPD

Veranstaltungen zu dem Thema Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse

und Solidarität mit den verhafteten Genossen in der DDR

in Tübingen am 10.2., 19.30 Uhr
Gaststätte Herzog Ulrich, Ulrichstraße

in Reutlingen am 11.2., 19.30 Uhr,
Gaststätte Lichtenstein, Aldstraße.

in Dortmund am 12.2., 20.00 Uhr,
„Das wahre Gesicht des realen Sozialismus"
Gaststätte Haus Göbbeln, Schützenstr./Feldherrnstraße
Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

in Düsseldorf am 12.2., 19.00 Uhr,
Haus Dieterich, Balkanrestaurant Donau
am Worringer Platz
Es spricht: Helmut Weiß, Redakteur des „Roten Morgen"

Woran scheiterte die antifaschistische Aktionseinheit?

Vor 49 Jahren kam Hitler an die Macht

49 Jahre nach der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland stellt sich für den politisch interessierten Arbeiter, für jeden Gewerkschafter, für die kommunistischen und auch für die sozialdemokratischen Arbeiter, für alle Antifaschisten nach wie vor eine zentrale Frage: Wie war das möglich, wie konnte es zu dieser katastrophalen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus kommen?

Auf die Frage, warum die Arbeiterklasse 1933 trotz ihrer relativ geschlossenen Ablehnung der Nazis keinen siegreichen Abwehrkampf gegen den Faschismus führen konnte, gibt es in der Arbeiterbewegung eine relativ unumstrittene Antwort: weil die Arbeiterklasse gespalten war, gespalten in den sozialdemokratischen bzw. sozialdemokratisch beeinflußten Teil auf der einen und den kommunistischen bzw. kommunistisch beeinflußten Teil auf der anderen Seite. Doch die Tatsache, daß eine sehr grundsätzliche politische Spaltung der Arbeiterklasse bestand und auf die Schnelle nicht behoben werden konnte, erklärt ja nicht, warum in einer sehr konkreten Frage, nämlich der des Kampfes gegen den Faschismus (in dessen Ablehnung ja beide Flügel der Arbeiterbewegung grundsätzlich übereinstimmten) keine Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien zustandegekommen ist.

Die auf diesen beiden Seiten veröffentlichten Dokumente aus der damaligen Zeit beantworteten diese Frage unserer Ansicht nach eindeutig: In der entscheidenden Phase scheiterte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus an der Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

Wir haben auf der einen Seite den Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933 zum Generalstreik gegen Hitler. Dieser Aufruf, der in ganz Deutschland verbreitet wurde, betont nicht nur allgemein die Notwendigkeit der Einheitsfront gegen den Faschismus, sondern wendet sich auch direkt an SPD, ADGB und AfA (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) mit der Aufforderung zum gemeinsamen Vorgehen. Ein entsprechendes Schreiben der KPD wurde durch das damalige Politbüromitglied Walter Ulbricht auch direkt der SPD-Zentrale überbracht. Die anderen beiden Dokumente zeigen die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führer zu diesem Aktionseinheitsangebot. (Beide Dokumente sind dem interessanten Buch von F. Deppe und W. Roßmann „Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften“ entnommen, das im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen ist.)

Wir haben an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß nach Auffassung unserer Partei auch die KPD in den Jahren vor 1933 schwerwiegende Fehler gemacht hat, die das Zustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront behinderten und es würde an dieser Stelle zu weit führen, das im einzelnen darzulegen. Spätestens im Laufe des Jahres 1932 konnte aber an der Bereitschaft der KPD zur Aktionseinheit gegen den Faschismus kaum ein Zweifel bestehen. Die KPD hatte ihre Bereitschaft dazu nicht nur in Worten, sondern auch durch praktische politische Schritte (beispielsweise durch ihr Verhalten im preußischen Landtag, als die Reaktion zum Schlag gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ausholte) unter Beweis gestellt. In der Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB weisen Stampfer und Künstler, die offensichtlich im Gegensatz zur Mehrheit des Parteivorstandes nicht alle Vereinbarungen mit der KPD ausschlossen, auf diese Tatsachen hin.



Plakat von John Heartfield. Auch im Wahlkampf 1932 orientierte die KPD auf die Einheitsfront. Die drei Pfeile waren das Symbol der SPD.

Die Argumente für die Ablehnung der Aktionseinheit mit der KPD sind offenkundig mehr als dürftig. Da wird behauptet, es liege überhaupt kein Angebot seitens der KPD vor, obwohl ja zumindest der Aufruf der KPD zum Generalstreik gegen Hitler in millionenfacher Auflage vorlag.

Interessanter ist schon, wenn der stellvertretende SPD-Vorsitzende Vogel formuliert, es läge kein ernsthafter Versuch der KPD für einen „Nichtangriffspakt“ vor. Daraus wird nämlich deutlich, daß der SPD-Vorstand als Vorbedingung für jede Aktionseinheit die Einstellung der öffentlichen Kritik an der Sozialdemokratie seitens der KPD verlangte.

Der gleiche Vogel meint seine Behauptung, die KPD sei an einer Einheitsfront nicht wirklich interessiert, mit dem Hinweis darauf begründen zu können, die KPD habe ja auch bei der letzten Reichspräsidentenwahl mit Ernst Thälmann einen eigenen Kandidaten aufgestellt und damit die Front gegen Hitler gespalten und würde auf Anweisung Moskaus bei der nächsten Wahl wieder so handeln. Tatsächlich hatte die KPD sich bei der angesprochenen Reichspräsidentenwahl keineswegs grundsätzlich gegen eine gemeinsame Anti-Hitler-Kandidatur ausgesprochen, sondern lediglich eine Unterstützung Hindenburgs, zu dessen Wahl die SPD aufrief, als Alternative zu Hitler abgelehnt. Die KPD hatte diese Ablehnung und die Aufstellung eines eigenen Kandidaten mit der Einschätzung begründet, „wer Hindenburg wählt, wählt Hitler“. Eben das hatte sich ja nun mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler **durch Hindenburg** bestätigt.

Aus den Dokumenten wird aber auch deutlich, daß die sozialdemokratischen Führer in ihrer großen Mehrheit am 30. Januar 1933 und in den Tagen danach nicht nur jede Aktionseinheit mit der KPD ablehnten, sondern **jeden** Massenkampf zur Beseitigung der Nazi-Regierung. Das wird am deutlichsten in der vom ADGB-Vorsitzenden Leipart ausgegebenen Leitlinie „Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde“.

Das Schwergewicht dieser Parole liegt auf „nicht Demonstration“, was natürlich heißen soll: nicht Massenstreik, auf gar keinen Fall Generalstreik, um alles in der Welt keinen Aufstand.

Leipart spricht davon, die Gewerkschaften würden im einzelnen Fall ihre Haltung zur Hitler-Regierung von deren Taten abhängig machen. Das klingt zunächst nicht weiter ungewöhnlich. Man muß diese Ankündigung aber vor dem Hintergrund sehen, daß nahezu der gesamten Arbeiterklasse der Mord- und Straßenterror der Nazis bekannt war, daß die Hauptdiskussion in der Arbeiterbewegung sich um die Frage drehte, wie kann die Machtergreifung der Faschisten verhindert werden, daß jetzt die Diskussion in den Betrieben unter den Gewerkschaftern ganz selbstverständlich um die Frage ging, was zu tun war, um die Nazi-Regierung zu beseitigen. In dieser Situation erklärte Leipart, daß die ADGB-Führung die Beseitigung der Nazi-Regierung nicht als unmittelbare Kampfaufgabe der Gewerkschaften ansah.

Der Grund, warum die sozialdemokratischen Führer in ihrer großen Mehrheit jeden Massenkampf gegen die Hitler-Regierung verhindern wollten, lag natürlich nicht in einer heimlichen Sympathie für die Nazis. Der Grund liegt auch nicht darin, daß die SPD-Führer von einer nicht ausreichenden Kampfbereitschaft der Massen ausgingen, auch wenn beispielsweise Graßmann sich dahingehend äußert. Aus der ganzen Diskussion geht hervor, daß die SPD-Führer vor allem die Sorge hatten, der Druck von der Basis könne so stark werden, daß die Bewegung spontan zum Ausbruch kommen und der sozialdemokratischen Kontrolle entgleiten könne.

Der wirkliche Grund für das entschiedene Auftreten der sozialdemokratischen Führung gegen den antifaschistischen **Massen**kampf wird deutlich in der Diskussion auf der Sitzung des SPD-Vorstandes mit ADGB-Vertretern am 5.2.1933. Der SPD-Vorsitzende Wels erklärt: „Wenn ein Generalstreik käme, wäre ja an Wahlen nicht zu denken.“

Hilferding schätzt ein: „Es wäre doch nicht damit zu rechnen, daß ein Generalstreik einen so friedlichen Verlauf nehme wie der beim Kapp-Putsch. Es müßte doch schon in den ersten Stunden mit dem Bürgerkrieg gerechnet werden.“

Und Leipart stellt die entscheidende Frage: „Er müßte aber doch die Frage aufwerfen, welches Ziel wir bei einem Generalstreik stellen könnten. (...) Wenn wir als Ziel nur erklären könnten: wir rufen zum Generalstreik auf, um wieder verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, würde das wohl als Parole nicht ausreichend sein, und er frage sich, ob wir andere Parolen hätten.“

Die SPD-Führung hatte keine anderen Parolen. Sie hatte ihren Mitglieder- und Anhängermassen erklärt, diese Weimarer Republik sei bereits kein bürgerlicher Klassenstaat im eigentlichen Sinne mehr. Es sei möglich, auf dem Wege der parlamentarischen Mehrheiten und Reformen zum Sozialismus zu kommen. Die Arbeiterklasse müsse keine proletarische Revolution zur Eroberung der politischen Macht mehr durchführen, sondern nur die demokratische Republik gegen die „Feinde der Republik“ (womit gleichermaßen die Nazis und die Kommunisten gemeint waren) verteidigen.

Jetzt röchelte die Republik im Würgegriff der Faschisten, aber verteidigt werden konnte sie praktisch nicht mehr. Hinter den Nazis stand das Finanzkapital, stand der bürgerliche Macht- und Gewaltapparat. In dieser zugespitzten Klassenkampfsituation war der Kampf für die Beseitigung der Hitler-Regierung gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die Kräfte, die auch in der Weimarer Republik die Macht hatten. Wer zum Kampf für die Beseitigung der Hitler-Regierung aufrief, rief faktisch zum Kampf gegen die Macht des Finanzkapitals auf und damit auch zum Kampf gegen die bürgerliche Ordnung der Weimarer Republik.

Die SPD-Führer standen in dieser Situation vor der Alternative: Mit dem Aufruf zum Generalstreik die Schleusentore für eine Flut des Massenkampfes zu öffnen, der, falls er siegreich sein würde, zwangsläufig nicht nur Hitler beseitigt hätte, sondern auch die bürgerliche Ordnung der Weimarer Republik oder sich gegen den Massenkampf zu stellen, damit das bürgerliche System zu retten, aber auch dem Sieg des Faschismus über die Arbeiterklasse den Weg zu bereiten.

Die Entscheidung der SPD-Führer gegen die Aktionseinheit mit der KPD war die Entscheidung gegen den antifaschistischen Massenkampf überhaupt.


KZ Oranienburg im Frühjahr 1933. Kommunistische und sozialdemokratische „Schutzhäftlinge“ müssen zum Appell antreten. Der Sieg des Faschismus war die größte Niederlage der deutschen Arbeiterklasse.

Wer war wer?

Aufhäuser: Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA). Trat am 28. März 1933 aus Protest gegen die Kapitulationspolitik des ADGB von dieser Funktion zurück. Wurde als Vertreter des linken Parteiflügels in den SPD-Vorstand gewählt.

Crispien: War ab 1919 einer der beiden Vorsitzenden der USPD. Ab 1922 im Parteivorstand der SPD.

Dittmann: Mitbegründer der USPD 1917. Ab 1922 Sekretär des Parteivorstandes der SPD und Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion.

Graßmann: stellvertretender ADGB-Vorsitzender.

Hilferding: Ursprünglich USPD-Mitglied. Von 1922 bis 1933 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Maßgeblich an der Entwicklung der „Theorie der Wirtschaftsdemokratie“ beteiligt. Reichsfinanzminister 1923 und 1928/29.

Künstler: Bis 1922 Mitglied des Zentralkomitees der USPD. Von 1922 bis 1924 Mitglied des Parteivorstandes der SPD. Von 1924 bis zu seiner Verhaftung 1933 Vorsitzender der Bezirksorganisation Berlin der SPD. Stand häufig auf dem linken Parteiflügel.

Leipart: Seit 1908 führender Gewerkschafter. Im ersten Weltkrieg Vertreter der „Burgfriedenspolitik“. Von 1929 bis zur Zerschlagung des ADGB am 2. Mai 1933 dessen Vorsitzender. Vertrat in einer ganzen Reihe von Fragen Positionen, die selbst von der offiziellen Linie des SPD-Vorstandes nach rechts abwichen. Demonstrierte als ADGB-Führer sogar seine Bereitschaft, das Hitler-Regime zu tolerieren. War ein entschiedener Gegner jeder Aktionseinheit mit der KPD. Nach dem Krieg aber setzte er sich für die Vereinigung von SPD und KPD ein. Von 1945 bis zu seinem Tod 1947 war er Mitglied der SED.


Theodor Leipart

Schlimme: Von 1923 bis 1931 persönlicher Sekretär des ADGB-Vorsitzenden Leipart. Ab 1931 als Sekretär im Bundesvorstand des ADGB.

Stampfer: Chefredakteur des „Vorwärts“ und ab 1925 im SPD-Parteivorstand.

Vogel: Seit 1927 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, wurde 1933 zum 2. Parteivorsitzenden gewählt.

Wels: Seit 1913 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, ab 1931 Vorsitzender der SPD. Kämpfte stets gegen den linken Parteiflügel und alle Aktionseinheitsbestrebungen.

„Organisation nicht Demonstration ist die Parole der Stunde"

Bericht aus der „Gewerkschafts-Zeitung" vom 4. 2. 1933
Über die 13. Bundesausschußsitzung des ADGB vom 31. Januar 1933

In seinem Bericht vor dem Bundesausschuß gab *Leipart* einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen. (...)

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seither. Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Losung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

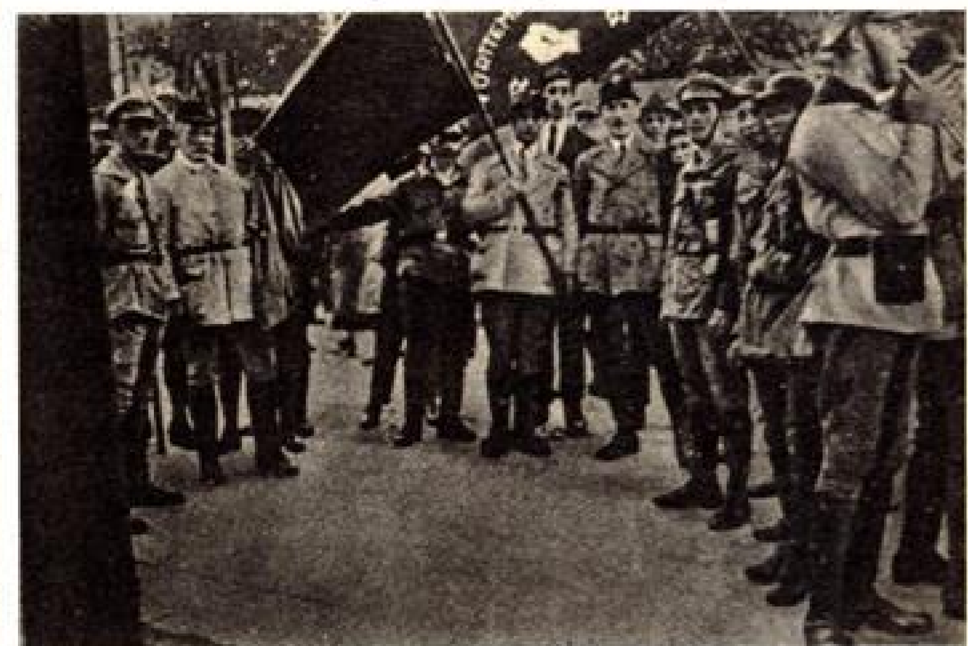
Graßmann ergänzte den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder *Partei*, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte.



Am 2. Mai 1933 besetzte SA das Berliner Gewerkschaftshaus

Die *Aussprache* ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es verstehe sich von selbst, daß die Zusammensetzung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft *schädigen* würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutsche Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das keiner großen Geste bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne heraufholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen —, die deusche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder erreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unseren Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.



Gemeinsame Demonstration der Arbeiter-Wehrorganisationen Reichsbanner (SPD) und Roter Frontkämpferbund (KPD)

Warten auf den offenen Verfassungsbruch

Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB am 5. 2. 1933

Wels erklärte er habe die Sitzung mit Vertretern der Gewerkschaften einberufen, um zu besprechen, welche letzten Abwehrmaßnahmen eventuell zu treffen wären. Aus den Betrieben kämen immerzu Anfragen, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit niedergelegt werden sollte. Die Genossen seien beruhigt worden, die Diskussion in den Betrieben über die Einheitsfront sei aber sehr stark. Verhaftungen und Zeitungsverbote mehrten sich, und es bestände die Gefahr, daß aus irgendeinem besonderen Anlaß der Stein ins Rollen käme. Ein gewisser Anstoß dazu sei die Schlägerei und Verhaftung in Lübeck mit Genossen Leber gewesen, die unter der Arbeiterschaft eine große Erregung ausgelöst habe. Dazu käme die Auflösung des Landtags durch Notverordnung und andere reaktionäre Maßnahmen, die so aufpeitschend wirken könnten, daß die Arbeiter nicht mehr zu halten seien.

Wir wüßten uns gewiß fern von jeder Nervosität und Überstürzung, aber wir müßten uns auch einig werden, was gegebenenfalls zu tun wäre. Wenn ein Generalstreik käme, wäre ja an Wahlen nicht zu denken. Wenn die Lawine ins Rollen komme, müßten wir doch versuchen, sie in unsere Bahnen zu leiten. (...)

Vogel meint, daß ein ernsthafter Versuch von der KPD für irgendwelchen Nichtangriffspakt nicht vorliege. In den Betrieben würde aber geflissentlich die Meinung verbreitet, daß die KPD uns ein Angebot gemacht habe. Sicher sei aber, daß die Arbeiter nur unseren Parolen folgen würden und nicht denen der Kommunisten, was ja bisher auch bereits bewiesen wurde.

Crispien erklärt, er habe den Eindruck aus den letzten Versammlungen und aus der Stimmung in Arbeiterkreisen, daß die Entschlossenheit und Kraft sehr gestiegen sei.

Graßmann erklärt, daß von den Gewerkschaften alle Vorbereitungen für einen Eventualfall getroffen seien.

Leipart teilt mit, daß auch er mit Einheitsfrontvorschlägen bedacht worden sei, und zwar von Leuten wie Käthe Kollwitz und Einstein. Auch habe man von ihm verlangt, er müßte eine Deutsche Arbeiterpartei gründen. Er führe das hier nur als Kuriosum an. Der ADGB habe mit den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gesprochen. Besonders die Christlichen seine scharf in Abwehrstellung.

Er aber müßte doch die Frage aufwerfen, welches Ziel wir bei einem Generalstreik stellen könnten. Die Arbeiter, die jetzt noch in Stellung seien, würden doch jedenfalls befürchten, ihren letzten Arbeitsplatz zu verlieren. Die Begeisterung würde also wahrscheinlich nicht sehr stark für einen General-Streik sein. Wahrscheinlich würden sie unseren Parolen folgen.

Dann müsse aber auch bedacht werden, daß die Nazis mit ihrer SA sehr stark seien, die bei einem Streik die Betriebe besetzen würden. Wenn wir als Ziel erklären könnten: Wir rufen zum Generalstreik auf, um wieder verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, würde das wohl als Parole nicht ausreichend sein, und er frage sich, ob wir andere Parolen hätten.

Und wenn selbst die kommunistischen Arbeiter mitmachten, so sei in der Bewegung doch immer eine gewisse Spaltung, denn wir kämpften für die Verfassung und die Kommunisten dagegen. Die Technische Nothilfe durch die Nazis würde einsetzen, und es käme sofort zu Zusammenstößen. Ein Proteststreik, etwa auf Stunden beschränkt, hätte doch keinen Zweck.

Er käme deshalb zu dem Ergebnis, daß wir doch noch zuwarten müßten, bis ein offener Verfassungsbruch vorliege. Die Kommunisten hätten gewiß damit nicht ganz unrecht, wenn sie sagen, wir kämen in immer schwierigere Situationen. Täglich schreite die Reaktion in ihren Maßnahmen fort. Jedenfalls aber müßten wir uns sehr überlegen, welche Verantwortung wir damit übernähmen.

Stampfer: Nach dem gewissen Erfolg, den wir im Landtag bei der Abstimmung über den Auflösungsantrag mit den Kommunisten haben, scheine es ihm doch notwendig, den Kommunisten direkt ein Angebot zu machen. Wir müßten mit ihnen sprechen, wei sie sich zu einem Generalstreik stellten. Er sei nicht so ganz gegen einen befristeten Generalstreik von etwa einem Tag. Das wäre ein Demonstrationsstreik, durch den auch gewissermaßen ein Ventil geöffnet würde. Aber das sei nur möglich, wenn vorher eine Verständigung mit der KPD stattfände. Dabei müßte ihnen ganz klipp und klar gesagt werden, daß unser Ziel nicht die Errichtung eines Sowjetdeutschlands wäre.

Vogel verweist darauf, daß die Leitung der deutschen Kommunistischen Partei ja nicht nur in der Zentrale liege, sondern in Moskau. Wenn bei der nächsten Präsidentenwahl Hindenburg nicht mehr kandidiert, die Kommunisten wieder mit ihren 6 Millionen Stimmen für einen Sonderkandidaten stimmten, so sei mit Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß Hitler gewählt werde. Sie scheinen nicht so viel Überlegung zu haben, daß sie sich sagen, daß es auch ihnen dann an Kopf und Kragen gehe. Von einer Einigkeit mit ihnen könnte natürlich keine Rede sein, es würde sich nur um eine gewisse Koalition handeln können.

Graßmann meint, wenn wir Stampfers Ausführungen folgen wollten, wäre es schon am besten, wir würden abdanken. Aus einer Unterredung mit den Kommunisten käme sicher nichts heraus...

Er habe gestern erst eine Riesenversammlung in Düsseldorf abgehalten, in der wieder zum Ausdruck kam, daß unsere Genossen und Gewerkschafter absolutes Vertrauen zu uns hätten. Was sich bis jetzt politisch ereignet habe, sei immer noch keine Veranlassung zum Losschlagen. Wir dürften das nicht verfrüht tun, wir befänden uns doch jetzt in einer Situation wie etwa im Juli. Wir müßten uns jetzt zunächst für die Wahl einsetzen. Das ewige Gerede, daß wir mit den Kommunisten wegen der Einheitsfront verhandeln sollten, macht unsere Leute nur irre.

Dittmann meint, bei den Kommunisten herrsche sicher eine zwiespältige Stimmung. Sicher sei, daß im wesentlichen die Turkestaner die Leitung hätten. Wir hätten keine Ursache, uns von der Reaktion mit den Kommunisten zusammentreiben zu lassen. Stampfer sollte nicht dieser ewigen Idee nachhängen, sondern im „Vorwärts" uns scharf gegen die Kommunisten abgrenzen.

Hilferding bedauert, daß Stampfer sich immer wieder mit der Idee beschäftige, wir müßten mit den Kommunisten reden. Eine Besprechung habe doch überhaupt nur mit der Leitung einen Zweck, unter keinen Umständen dürfte der Gedanke einer gemeinsamen Kampfleitung aufkommen. Wenn die Situation sich verschärfe und die Beruhigung wachse, müßten wir die Führung in der Hand behalten. Es wäre doch nicht damit zu rechnen, daß ein Generalstreik eine so friedlichen Verlauf nehme wie der beim Kapp-Putsch. Es müßte doch schon in den ersten Stunden mit dem Bürgerkrieg gerechnet werden.

Schlimme bemerkt, daß die Stimmung in den Betrieben für einen Generalstreik nicht sehr stark sei. Auch die Beamten hätten wir nicht mehr völlig auf unserer Seite. Jetzt müßte zunächst Stimmung für die Wahlen gemacht werden.

Künstler meint, der Verkehrsstreik wäre für uns ein Anschauungsunterricht gewesen. Mit jeder Maßnahme der Hitler-Regierung wachse in den Arbeiterkreisen der Widerstand. Es ergebe sich für uns die Frage, ob wir die Arbeiter immer weiter zurückhalten sollten, wenn sich die Stimmung steigere und sie schließlich den kommunistischen Parolen Folge leisten. Stampfers Artikel wäre in den Betrieben sehr gut aufgenommen worden. In der KPD sei auch schon eine andere Einstellung, das habe die Rede Piecks im Landtag bewiesen.

Aufhäuser wünscht, daß wir uns nicht so viel mit akademischen Erörterungen beschäftigen sollten, die politische Atmosphäre könnte sich in kurzer Zeit sehr stark erhitzen. Stampers Artikel habe eine sehr gute Wirkung gehabt, er könnte aber Stampfer darin nicht folgen, daß die Haltung der Eisernen Front für die Partei bestimmend sein müsse. Je mehr wir zu starken Abwehrmaßnahmen entschlossen seien, desto mehr werde die Leitung in unserer Hand bleiben. Die Maßnahmen gegen uns gingen löffelweise weiter. Er innere nur an das Staatsbegräbnis, das am heutigen Tag stattfinden solle. Die Aktion gegen Preußen, alles würde nach dem Muster Mussolinis weitergetrieben. Er sei auch dafür, von jeder vorläufigen Maßnahme Abstand zu nehmen, aber die Einzelakte spitzten sich doch dermaßen zu, daß mit einer spontanen Auslösung der Wählermassen zu rechnen wäre. Er glaube überhaupt nicht an ein Stattfinden der Wahlen. Als Ziel käme nach seiner Meinung doch nur in Frage, daß wir erklären müßten, wir wollten die politische Macht übernehmen.

Wels: Die Aussprache habe wohl gezeigt, daß wir in unseren Ansichten völlig einig gingen und daß jeder der Meinung sei, wir müßten uns an die Spitze der Bewegung stellen. In der Wahlbewegung müßte immer wieder herausgestellt werden, daß Hitler den Vierjahresplan verlange.

Die Sitzung wurde nach etwa dreistündiger Dauer geschlossen.

Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933

Generalstreik gegen die faschistische Terrorherrschaft!
Hitler Reichtskanzler!
Papen Vizekanzler, Hugenberg Wirtschaftsdiktator, die Frick und Göring an der Spitze der Polizei, Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister — dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, an die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des „sozialen Generals" sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen" Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg — das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus — die KPD will man verbieten! Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, und die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeier und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still! Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur! Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Oranisiert den Kampf!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenerg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!

Die KPD appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen: Führt gemeinsam mit euern kommunistischen Klassengenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln die Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Helft den Kommunisten, die übrigen werktätigen Massen, die armen Bauern auf dem Lande, die Mittelschichten, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren! Schart euch um die bedrohte Kommunistische Partei, um den KJVD, um die RGO, erkennt, daß der Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist!

Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die faschistische Hitlerdiktatur! Fort mit den Hitler, Papen, Hugenberg! Es lebe der Generalstreik! Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse! Es lebe der Kampf für eine Arbeiter-und-Bauernrepublik!

Berlin, den 30. Januar 1933
Kommunistische Partei
Deutschlands

Europaparlament gegen Türkei-Hilfe

Unterstützung der Folter-Generäle muß endlich gestoppt werden!

Äußerst knapp mit 56 gegen 53 Stimmen verabschiedete das Europaparlament eine Resolution, in der die türkische Militärjunta verurteilt wird. Die Resolution fordert die Suspendierung des Assoziationsverhältnisses zwischen der EG und der Türkei sowie die Aussetzung der EG-Finanzhilfe (1,5 Milliarden Mark) für die Junta in Ankara.

Eine notwendige und richtige Entscheidung des Europaparlaments. Illusion darüber, daß nun den Folter-Generälen der Geldhahn abgedreht würde, sind allerdings fehl am Platz. Denn zum einen hat die Resolution nur empfehlenden Charakter und ist nicht verbindlich für die EG-Exekutive. Zum anderen fließt die Finanz- und Militärhilfe der einzelnen EG-Mitgliedsländer (und hier vor allem der BRD) ungehemmt weiter.

Wie dringend notwendig es ist, diese Hilfe für die Mörder in Ankara endlich zu stoppen, machen die wenigen Nachrichten deutlich, die in den letzten beiden Wochen aus der Türkei gekommen sind. In Istambul sind 25 „Linksextremisten" vor Gericht gestellt worden, denen vorgeworfen wird, sie hätten ein „marxistisch-leninistisches System" errichten wollen. Für alle Angeklagten hat der Militärstaatsanwalt die Todesstrafe beantragt.

In Kurdistan gehen die Massenverhaftungen weiter; allein in einem einzigen Prozeß in der Stadt Diyarbakir wird gegen 400 Kurden verhandelt. In Istanbul läuft seit dem 24. Dezember — wie der „Rote Morgen" schon berichtete — der Prozeß gegen 52 führende Mitglieder der fortschrittlichen Gewerkschaft DISK. Auch hier ist schon die Todesstrafe beantragt worden. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Abdulah Basturk, ist — wie letzte Woche eine aus der Türkei zurückgekehrte Delegation der französischen Gewerkschaft CGT mitteilte — an Tuberkulose erkrankt und „grauenhaft gefoltert" worden.

Gerade im Prozeß gegen die DISK entlarvt sich besonders deutlich das auch hierzulande nachgebetete Gerede des Regimes, es würden nur „Terroristen" verfolgt, als Zwecklüge der Faschisten. Denn was wird den DISK-Funktionären vorgeworfen? Kemal Daysal und Mehmet Karaca, zwei führende Mitglieder der Gewerkschaft, die aus der Türkei fliehen konnten, faßten die Anklage gegen die 52 von Istanbul so zusammen:

„Wenn wir die Anklageschrift nehmen, werden unsere Genossen beschuldigt, Streiks angeführt zu haben und demzufolge die Ursache für die Schädigung der Wirtschaft zu sein, sowie einen Generalstreik organisiert zu haben, um gegen das Verbot des 1. Mai zu protestieren. Dem gesellt sich ein weiterer Anklagepunkt hinzu, demzufolge die DISK eine marxistisch-leninistische Organisation sei, deren Ziel es ist, eine Diktatur der Gewerkschaften im Lande zu errichten. Und endlich wird der DISK vorgeworfen, Beziehungen mit Gewerkschaften des Auslands — in erster Linie mit der CGT — angeknüpft zu haben. Man sieht, daß unserer Organisation nichts Ernsthaftes vorgeworfen werden kann, außer daß sie ihre Mission als Klassen- und Massenorganisation erfüllt hat."

Amnesty international legte in der vergangenen Woche erneut Beschwerde wegen der brutalen Folterungen bei den Behörden des Militärregimes ein. In dem Protest hieß es, daß Folter mit Elektroschocks, Schlägen, sexuellem Mißbrauch und Aufhängen an Holzkreuzen „weitverbreitet und systematisch" angewendet würden. Amnesty führte in diesem Zusammenhang die Namen von 70 Menschen auf, die nachweislich in den Gefängnissen von Polizei und Armee zu Tode gefoltert worden sind. Die bereits erwähnte CGT-Delegation teilte bei ihrer Pressekonferenz in Paris mit, daß nach Angaben türkischer Anwälte seit der Errichtung der Militärdiktatur 1 500 Antifaschisten unter der Folter ermordet wurden.

war auch die Bundestagsdebatte am vorletzten Dienstag, bei der die „Menschenrechtssituation" in der Türkei auf der Tagesordnung stand. Eine Debatte übrigens, die — wie die bürgerliche Presse berichtete — „vor fast leeren Bänken" stattfand. Als Redner hatten die Koalitionsparteien Vertreter ihrer „linken" Flügel ans Pult geschickt: Carsten Voigt (SPD) und Helga Schuchardt (FDP). Wer nun allerdings eine harte Anklage erwartet hatte, sah sich getäuscht. Voigt und Schuchardt schwafelten nur ganz allgemein über ihre Hoffnungen auf eine „Rückkehr der Türkei zur Demokratie" und kamen dann ganz handfest zur Sache: Man könne keinesfalls die polnische und die türkische Entwicklung auf eine Stufe stellen. In Polen nämlich sei eine friedliche Entwicklung durch das Kriegsrecht unterbrochen worden, während in der Türkei die Militärs gehandelt hätten, um dem Terror Einhalt zu gebieten.

Dann sprach der Außenminister persönlich. Es habe sich, so tönte Genscher, doch wieder einmal gezeigt, wie ernst der Bundestag die Verletzung von Menschenrechten nehme. Da kann man ihm wahrhaftig nur zustimmen. Daß dieses Bonner Parlament vor leeren Bänken über die Türkei debattierte, deren Regime doch immerhin wesentlich von der BRD-Regierung ausgehalten wird, daß diese Debatte sich in einem Loblied auf die Mordgeneräle erschöpfte — darin wird allerdings deutlich, wie ernst der Bundestag die Verletzung von Menschenrechten in einem „Partnerland" nimmt.

Aber Genscher konnte es noch besser: Auch er ging auf die angeblich nicht zu vergleichende Lage in Polen und in der Türkei ein. Ein „fundamentaler Unterschied" bestünde darin, daß in dem einen Fall die Militärdiktatur auf Druck der Sowjetunion und ihres Pakts errichtet worden sei, während auf der anderen Seite die NATO-Länder von den türkischen Militärs die Rückkehr zur Demokratie forderten. (Beispielsweise dadurch, daß man ihnen im Bundestag einen erfolgreichen Kampf gegen den „Terror" bescheinigt, daß man ihnen die für diesen Kampf notwendigen Waffen liefert und sie mit Krediten unterstützt.)

Schließlich wurde Genscher auch noch grundsätzlich, als er erklärte, gerade die Türkei-Frage zeige doch, daß die NATO keine militärische Allianz alten Stils sei, sondern vielmehr ihre „Perspektive als Wertgemeinschaft im Bekenntnis zu Freiheit, Menschenrechten und Demokratie" gewinne. Nach dem, was wir oben über die gegenwärtige Situation in der Türkei berichtet haben, lassen sich diese NATO-Grundwerte demnach definieren als: Terror, Folter und Diktatur.

Die zynische Kaltschnäuzigkeit, mit der die Politiker aller Bonner Parteien die türkische Junta verteidigen, fällt hier auf sie selbst zurück und entlarvt die „Werte", zu denen sie sich bekennen, als die Profit- und Raubinteressen ihrer Auftraggeber, die ebenfalls notfalls auch mit Massenmord gegen die Werktätigen durchgesetzt werden müssen. Die Türkei-Debatte im Bundestag hat eindringlich deutlich gemacht, daß Bonn nicht daran denkt, die Militär- und Finanzhilfe für die faschistischen Militärs in Ankara zu stoppen. Das ist ein Signal für alle Demokraten und Antifaschisten in diesem Land, den Kampf gegen die Türkei-Hilfe weiter zu verstärken. Besonders sind hier natürlich die Gewerkschaften gefordert.

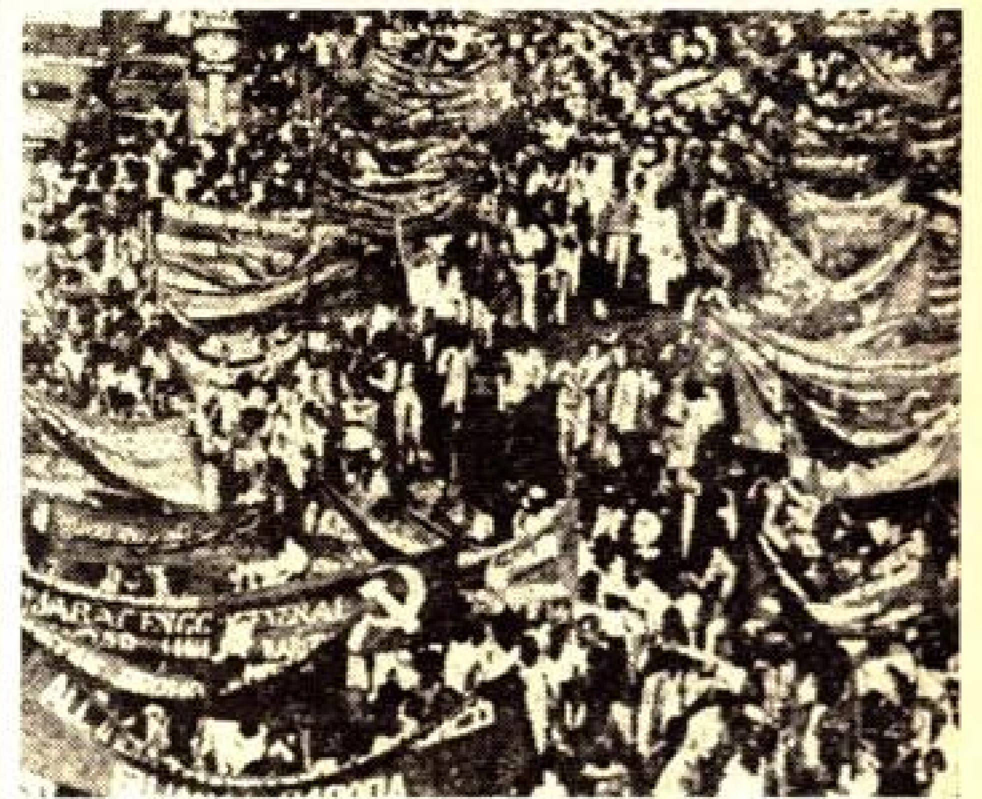
Es ist richtig und notwendig, wie Kluncker es getan hat, in der allgemeinen Polen-Heuchelei die türkischen Verhältnisse zur Sprache zu bringen. Das reicht aber ebensowenig aus, wie die Resolutionen, die von den DGB-Gewerkschaften gegen die Junta verabschiedet worden sind. Angesichts der Tatsache, daß in der Türkei nicht nur alle Arbeiterrechte zerschlagen wurden, sondern die aktivsten Gewerkschafter mit dem Tode bedroht sind, ist das längst nicht mehr genug. Es muß vielmehr wirklicher gewerkschaftlicher Druck organisiert werden, damit die Bundesregierung endlich zur Einstellung der Türkei-Hilfe gezwungen wird.



Türkische Kinder protestieren in Köln gegen die Junta.

Was hier an Verbrechen der faschistischen Junta aufgelistet ist, findet sich in den Medien unseres Landes allenfalls in winzigen Meldungen. Und von den bürgerlichen Politikern, die jetzt nahezu jeden Tag ihre „Empörung" über die polnische Militärdiktatur bekunden, wird man vergeblich auch nur ein Wort der Verurteilung des schrankenlosen Terrors in der Türkei erwarten — von entsprechenden Taten ganz zu schweigen. Dieser Umstand sprach letzte Woche auch der ÖTV-Vorsitzende Kluncker an, als er in einem „Stern"-Interview von einem Spitzengespräch im Kanzlerbungalow berichtete, bei dem die Herren aus Industrie und Regierung sich wieder mal als Feunde der polnischen Arbeiter aufspielten: „Ich habe gefragt, wie sie es mit Protesten gegen den Terror gegen türkische Gewerkschafter halten. Da wird nicht einmal verbal protestiert. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe ist verstärkt worden."

Bezeichnend für die widerwärtige Farce, die hier in Sachen Polen/Türkei aufgeführt wird,



Generalstreik in Indien

Polizei schießt auf Arbeiter

DELHI. — Zum ersten Mal seit 1947 wurde in Indien wieder ein Generalstreik durchgeführt. Etwa zwölf Millionen Werktätige befolgten den Aufruf von acht Gewerkschaften des Landes und legten für 24 Stunden die Arbeit nieder.

Die Streikenden protestierten gegen die wachsende Massenarbeitslosigkeit und die Preissteigerungen — bei einer Teuerungsrate von gegenwärtig 15 Prozent werden immer mehr Familien ins Elend gestoßen. Gefordert wurde unter anderem die Einführung einer Arbeitslosenhilfe. Im wesentlichen aber hatte der Generalstreik eine politische Zielrichtung. Von der Regierung wurde die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes und des Gesetzes zur Aufrechterhaltung wichtiger Dienste verlangt.

Auf der Grundlage dieser Gesetze ist es sowohl möglich, Personen ohne ein Gerichtsverfahren für ein Jahr in Haft zu halten wie auch Streiks in „wichtigen Wirtschaftszweigen" generell zu verbieten. Die Verabschiedung dieser Gesetze machte deutlich, daß Indiens regierende Kongreßpartei unter Indira Gandhi wieder auf dem Weg zu einer brutalen Notstandsdiktatur ist, so wie sie von Gandhi schon in den Jahren zwischen 1975 und 1977 ausgeübt wurde.

Daß in der „größten Demokratie der Welt", wie sich Indien gerne nennen läßt, wieder Kurs auf die offene terroristische Unterdrückung der Werktätigen genommen wird, zeigten auch die Reaktionen der Regierung auf den Streik. Man beließ es nicht dabei, allen Regierungsangestellten für den Fall ihrer Streikbeteiligung die fristlose Kündigung anzudrohen. Um die Organisierung der Kampfmaßnahmen im Keim zu ersticken, ließ die Gandhi-Regierung mehr als 6 000 Gewerkschaftsfunktionäre „vorsorglich" verhaften — eben aufgrund der Gesetze, die von den Streikenden bekämpft wurden. Während des Generalstreiks wurden dann noch einmal 5 000 Gewerkschafter verhaftet.

Im Bundesstaat Bihar und in einigen anderen Staaten wurden die „Sicherheitskräfte" (Polizei und paramilitärische Einheiten) angewiesen, ohne Anruf auf alle Streikenden zu schießen, die „Sabotage" begehen oder „Gewalt" anwenden würden. Und das war nicht nur eine Drohung, um die Werktätigen durch massive Einschüchterung vom Kampf abzuhalten. Indira Gandhis Büttel machten blutigen Ernst. Die Bilanz: Mindestens elf Arbeiter wurden während des Streiks erschossen, Hunderte wurden verletzt.

Trotz dieses massiven Terrors war der Streik mit insgesamt 12 Millionen Beteiligten ein Erfolg. Äußerst schädlich allerdings wirkte sich hier die tiefe Spaltung der indischen Gewerkschaftsbewegung aus. Alle Gewerkschaften sind eng an die diversen politischen Parteien angebunden, was zum einen bewirkte, daß die Oppositionsparteien den Streik auch für ihre politischen Zwecke auszunutzen trachteten und was zum anderen dazu führte, daß gerade die größte Gewerkschaft des Landes, die unter dem Kommando der regierenden Kongreßpartei steht, sich nicht an dem Generalstreik beteiligte.

Europäische Gemeinschaft

Jeder neunte Einwohner ist arm

BRÜSSEL. — Jeder neunte Bürger der EG lebt heute in Armut. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt in Brüssel veröffentlichte Untersuchung, die von der EG-Kommission in Auftrag gegeben wurde.

In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: 30 Millionen Menschen in der EG leben unterhalb der Wohlstandsgrenze. Ihre Zahl, so betonten die Verfasser der Untersuchung, steige vor allem wegen der hohen Arbeitslosigkeit ständig weiter an. Als „arm" sind in der Studie alle diejenigen Personen registriert, deren Einkommen weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens in dem jeweiligen Mitgliedsland beträgt. Die höchste Quote an Armen hat Irland mit 23,1 Prozent; für die Bundesrepublik wurden 6,6 Prozent (4,5 Millionen Menschen) ermittelt.

Hier noch einige weitere Zahlen, die ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte Wohlstandsgesellschaft werfen: In der EG gibt es 1,5 Millionen Obdachlose, vier Millionen Analphabeten allein in vier Mitgliedsländern; zehn Millionen beziehen Sozialhilfe und 1,5 Millionen erwachsene EG-Bürger verfügen über gar kein Einkommen.

„Vorsätzliche Tötungsabsicht"

Der Springer-Konzern und sein „Wunderheiler" Köhnlechner

Mit einer fristlosen Kündigung auf die Straße gesetzt hat Springers Programmzeitschrift „Hör zu" ihren Redakteur Egon Kohn, den langjährigen Leiter des Medizin-Ressorts. Der Journalist hatte ein in den Augen der Springer-Bosse unverzeihbares Verbrechen begangen: Er hatte einen der großen Stars des Konzerns kritisiert, nämlich den vorgeblichen Wunderheiler Manfred Köhnlechner.

Dieser Mann, der seit Jahren von der Springer-Presse systematisch aufgebaut wird, blickt auf eine denkwürdige Karriere zurück. Als gelernter Jurist hat er über Zwangsvollstreckungen promoviert und ist dann Syndikus beim Apothekerbund geworden. Hier dürfte er wohl zum ersten Mal gewittert haben, welche enormen Profite sich aus dem Geschäft mit der Krankheit schlagen lassen.

Köhnlechners weiterer Lebensweg führte ihn dann in die Bundesfinanzverwaltung, wo er alle Tricks der Steuermanipulation lernte. Und das dürfte seine Karriere beim Bertelsmann-Konzern gefördert haben, in den er 1955 eintrat und wo er es binnen kurzer Zeit bis zum Generalbevollmächtigten mit einem Jahresgehalt von zwei Millionen Mark brachte. Seine Karriere in diesem größten westdeutschen Medienkonzern wurde allerdings 1970 jäh gestoppt, als Köhnlechner bei Verhandlungen über eine Beteiligung von Bertelsmann bei Springer einen Schnitt für sich selbst machen wollte. Der „Stern", ebenfalls zum Bertelsmann-Imperium gehörig, formulierte das vorsichtig so: „Köhnlechner hatte bei dem ganz großen Geschäft wohl schon etwas früher an sich selbst gedacht, er mußte gehen."

Natürlich jagte Bertelsmann seinen Top-Manager nicht einfach davon, wie man es etwa mit einem kleine Angestellten machen würde, der in die Portokasse gegriffen hätte. Auf der Ebene der Konzernspitzen regelt man so etwas anders: Köhnlechner wurde mit einer wahrhaft fürstlichen Abfindung von einer Million Mark pro Jahr nach Hause geschickt. Allerdings hatte der Abfindungsvertrag eine sogenannte Anrechnungsklausel. Das bedeutet: Eigene Einkünfte des Exmanagers werden auf die Abfindungszahlungen angerechnet. Genau hier wird man bei näherem Hinsehen sehr schnell feststellen, was es mit dem Mythos vom uneigennützigen Helfer der Kranken, den die Springer-Presse um Köhnlechner aufbaute, tatsächlich auf sich hat. In „BILD" beispielsweise kann man immer wieder solche rührenden Sätze lesen: „Die Freude zu helfen, läßt sich Manfred Köhnlechner nicht bezahlen. Für sich persönlich nimmt er nichts."

Das tut er tatsächlich nicht. Denn bei den Riesensummen, die heute durch die Hände des „Wunderheilers" gehen, wäre seine jährliche Bertelsmann-Abfindung längst gestrichen worden. Also kassiert nicht Köhnlechner „persönlich", sondern das „Manfred-Köhnlechner-Institut für Erfahrungsmedizin e.V." oder die „Medic GmbH & Co. Beteiligungs-KG", die für ihn das Geschäft mit der Krankheit im großen Stil betreiben. Die „Medic" beispielsweise vermietet gegen 70 Prozent der Einnahmen Praxen, Personal und Verwaltungsarbeit an Naturheiler überall im Land. Für die nötigen Patienten sorgt Köhnlechner selbst. Nicht zuletzt durch seine Serien in der Springer-Presse, die jedesmal eine riesige Flut von Briefen auslösen, mit denen sich Kranke an den „Wunderheiler" wenden. Diese Menschen werden dann in die von „Medic" kontrollierten Praxen „umgeleitet".

Daß die Springer-Presse auf diese Art einem gerissenen Geschäftemacher die Hasen in die Küche treibt, ist wahrhaftig schon schlimm genug. Seine besondere Dimension gewinnt die Sache aber gerade dadurch, daß hier nicht nur die Angst vor der Krankheit, die Verzweiflung unheilbar Kranker schamlos ausgeplündert wird, die sich durch Vermittlung von „BILD" oder „Hör zu" an Köhnlechner wenden. Günter Wallraff stellte in seinem jüngsten Buch „Bild-Störung" treffend fest, daß Köhnlechner und „BILD" zusammengehören wie Zuhälterei und Prostitution. Denn was bei dem „Wunderheiler" die Kassen klingeln läßt, treibt bei Springers Schmutzbaltt die Auflage hoch.

Kein Wunder, wenn etwa am Kiosk auf dem „BILD"-Titel eine Schlagzeile wie diese prangt: „Köhnlechner: Leben ohne Krebs für drei Mark am Tag".

Wer würde da nicht die Paar Groschen für die „BILD" lokkermachen, um zu erfahren, wie man sich auf derart billige Weise gegen den Krebs absichern kann? Und nicht nur mit dieser Krankheit ist es so. Ob Schuppenflechte, Hämorrhoiden oder Multiple Sklerose — Köhnlechner macht in schreienden „BILD"-Überschriften den Kranken Mut, verspricht baldige Heilung. Aber eine wirkliche Therapie hat er dann natürlich nicht anzubieten.

Eine besondere Spezialität waren lange Zeit Ferndiagnosen, die der Exmanager Leserbrief-Schreibern per „BILD"-Zeitung stellte. Dazu bemerkte schon der Stuttgarter Internist Prof. Dr. Marx: „Wie begrenzt die Kenntnisse des Herrn Köhnlechner auf medizinischem Gebiet sind, ergibt sich aus seiner Darstellung, wonach zu den Krankheiten, die eines operativen Eingriffs bedürfen, auch die Nierenentzündung zu zählen sei. Würde dies ernsthaft befolgt, so bedeutete es nicht nur das Ende der betreffenden Krankheit..."

Um diesen gefährlichen Aspekt der Köhnlechnerschen Tätigkeit ging es auch in den oben erwähnten Auseinandersetzungen zwischen dem Springer-Konzern und dem „Hör-zu"-Redakteur Klohn. Als die Programmzeitschrift nach dem Vorbild der „BILD"-Zeitung ebenfalls mit dem Abdruck einer Köhnlechner-Serie begann, wurde die Redaktion alsbald von Briefen empörter Leser bombardiert. Ein Berliner Chirurg beispielsweise wies darauf hin, daß der Köhnlechnersche Rat, bei Angina-Erkrankungen Strophantin-Kapseln zu schlukken, lebensgefährlich sei. Klohn als Leiter des Medizin-Ressorts schrieb einen bemerkenswerten Antwortbief: „Würden doch mehrere Leser auf diese Weise reagieren, der Spuk wäre bald zu Ende." Als ein Arzt aus Elmshorn schrieb, die von Köhnlechner empfohlenen Procain-Injektionen könnten zu tödlichem Herzstillstand führen, antwortete Klohn: „Ich fürchte, der gelernte Jurist wird den medizinischen Quacksalber nicht wegen vorsätzlicher Tötungsabsicht anzeigen. Leider tut es auch kein anderer."

Weder die „Hör-zu"-Chefredaktion noch die Konzernbosse dachten jedoch daran, angesichts solcher ernsten Beschwerden die Serie des Quacksalbers zu stoppen. Im Gegenteil, als Köhnlechner von den Antwortbriefen des Redakteurs Klohn Wind bekam und sich bei „Hör zu" beschwerte, wurde Klohn postwendend gefeuert. Die zynische Begründung: Sein Verhalten haben „zu einem großen Vertrauensbruch der Leserschaft gegenüber der „Hör zu" geführt." Tatsächlich hat Klohn nur die für beide Seiten einträgliche Kumpanei zwischen dem Springer-Konzern und dem „Wunderheiler" gestört — und deshalb mußte er gehen.

Dr. Manfred Köhnlechner

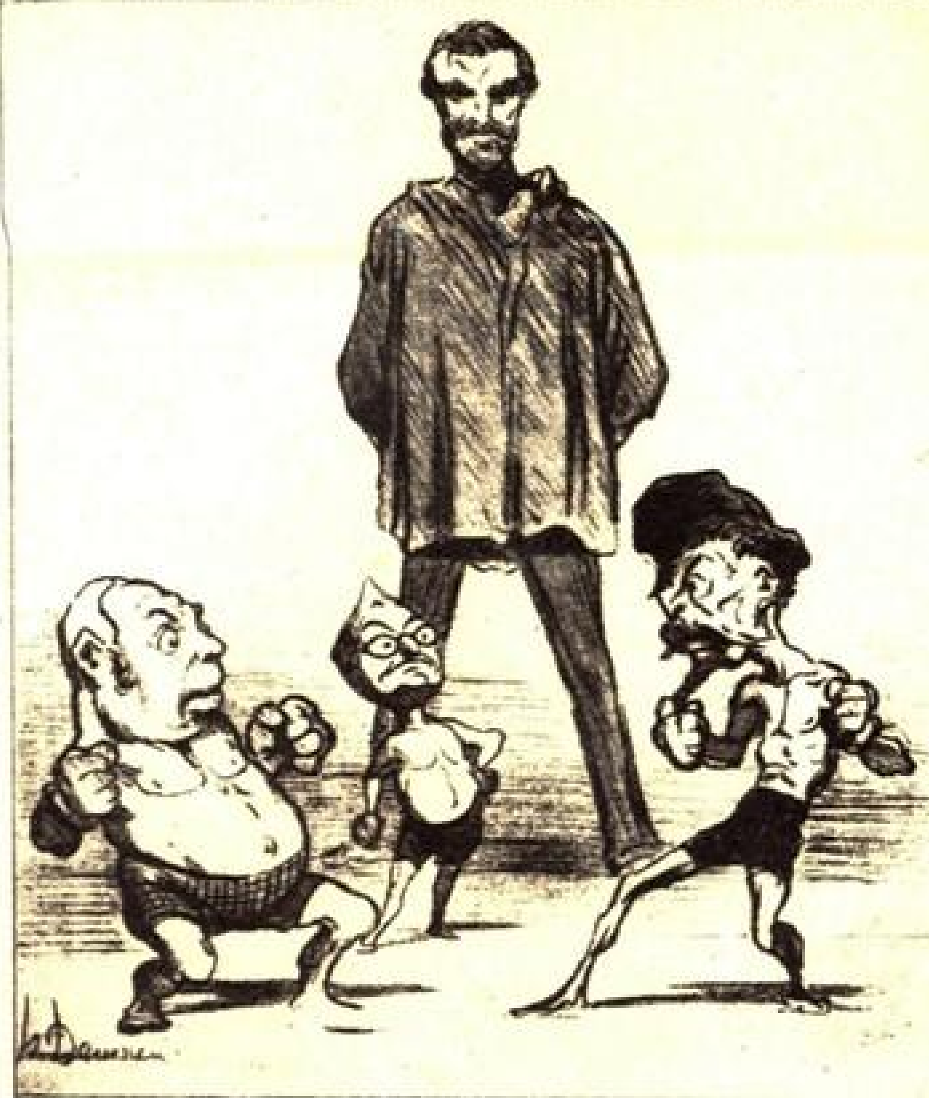


„Es ist faszinierend für mich, daß man Millionen Menschen mit den BILD-Serien erreichen kann. Bei einem der letzten Fortsetzungsberichte erhielt ich etwa 30 000 Briefe, Anrufe, darunter Hilferufe von Verzweifelten. BILD hat eine großartige Leserschaft. Diesen Menschen zu helfen, ist für mich von großer Befriedigung."

„Das habe ich mit BILD erlebt"

Bild HAMBURG

12 Mädchen verschwunden oder getötet
Kripo prüft: Iris' Vater Disco-Mörder?
Olga Tschechowa: Sanfter Tod zu Hause
Kurz vorher lächelte sie: „Bald bin ich oben"
Köhnlechner: Leben ohne Krebs für 3 Mark am Tag
Loyal



„Das Volk kann warten"

Einer der großen Meister der politischen Karikatur war Honoré Daumier 1808-1879). Seine Blätter, in denen er den Parlamentarismus, die Justiz oder die Wohnungsnot in der Zeit des Frühkapitalismus attackierte, sind bis heute aktuell geblieben. 400 Daumier-Drucke aus der Sammlung Horn, die schon in Bonn und Münster zu sehen waren, werden bis zum 21. Februar im Dortmunder Museum am Ostwall gezeigt. Dienstags bis samstags 9.30 Uhr bis 18.00 Uhr, sonntags 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr.



Peinliche Ehrung

Eine bezeichnende „Ehrung" wird zwei inzwischen verstorbenen, ehemals führenden SPD-Politikern in faschistischen Kreisen zuteil:

In einer Sammlung „Gedenkmedaillen für große Deutsche", die in der „Deutschen National-Zeitung" zum Kauf angeboten wird, finden sich Friedrich Ebert (Begleittext: „Kommunistische Revolution verhindert") und Kurt Schumacher, mitverantwortlich für westdeutsche Wiederaufrüstung und Spaltung Deutschlands („Vorkämpfer für Recht und Freiheit der Deutschen") in Gesellschaft so ehrenwerter Menschen wie Rudolf Heß, Nazi-Oberst Rudel, SS-Verbrecher und Mussolini-Befreier Otto Skorzeny, Kriegsverbrecher Karl Dönitz und anderen.

Eine „Ehrung", die der SPD eher peinlich sein dürfte...

Jetzt ist Josefine wirklich ein Engel

Abhaken kann man den Fall Josefine Jürgens. Frau Jürgens, als Vorsitzende der sogenannten Stillen Hilfe von Alt- und Neonazis „Engel der Gefangenen" genannt — sie hatte sich für gefangene Kriegsverbrecher eingesetzt und Propaganda für andere NS-Mörder und Banditen gemacht, sofern diese viel zu spät endlich in Westdeutschland vor Gericht kamen, z.B. im Majdanek-Prozeß — verstarb im Dezember 1981. Kurz vorher wurde ihr aufgrund großer Proteste das Bundesverdienstkreuz wieder aberkannt, das Bundespräsident Carstens ihr in Anerkennung ihrer Arbeit angeheftet hatte.

Trauer befiel die faschistischen Hetzer in der Bundesrepublik, die nun all denen, die an der Aufklärung über die wirkliche Tätigkeit der Frau Jürgens mitgewirkt haben, eine Mitschuld an ihrem Ableben zusprechen. Auch über den Präsidenten zeigen sie sich tief enttäuscht: „Der ehemalige Nationalsozialist Karl Carstens krönte das heldenhafte Vernichtungswerk an einer Wohltäterin mit der Aberkennung des Bundesverdienstkreuzes", empörte sich beispielsweise die „Deutsche National-Zeitung". Das Blatt schließt seinen Nachruf auf die „alte Dame" mit den Worten: „Ihre Verfolger werden sich fragen müssen, welchen Anteil sie an diesem unerwarteten Tod haben".

Falls wir tatsächlich haben — wir tragen unseren Anteil mit Fassung.

RM-Preisrätsel

Die Auflösung unseres Rätsels in der Weihnachtsnummer lautet „Arbeitslosigkeit". Den drei Gewinnern ist der Preis zugegangen; wir danken allen Einsendern für die Teilnahme.



Samstag, 6. Februar
20.15 Uhr, ARD
Sturm im Wasserglas. Komödie von Bruno Frank mit satirischen Attacken gegen die Bürokratie. Unter der Regie von Kurt Wilhelm spielen Lia Wöhr, Friedrich Schoenfelder u.a.

***

Sonntag, 7. Februar
22.00 Uhr, HR III
Unter glatter Haut. Pietro Germi, der diesen Film 1959 drehte, war der erste italienische Regisseur, der das gängige Krimi-Muster mit sozialkritischen Elementen verband. Mit Claudia Cardinale und Pietro Germi.

***

Montag, 8. Februar
21.55 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Es läuft die Folge „Die deutsche Niederlage."

***

Montag, 8. Februar
21.20 Uhr, ZDF
Der Aufstand. Peter Lilienthal („Es herrscht Ruhe im Land") hat diesen Film über eine Familie in Nicaragua vor zwei Jahren nach dem gleichnamigen Roman von Skarmeta gedreht. Antonio ist Soldat in der Nationalgarde des Diktators Somoza, während sein Vater und seine Schweser im revolutionären Widerstand gegen die Diktatur aktiv sind. Lilienthal, der seinen Film im befreiten Nicaragua abdrehte, beschreibt den schwierigen Weg Antonios auf die Seite des Volkes.



***

Dienstag, 9. Februar
21.20 Uhr, ZDF
Noch ist Ruhe im Revier. Eine Reportage von Cornelia Leitner und Adalbert Wiemers über die Auswirkungen der Krise im Ruhrgebiet.

***

Donnerstag, 11. Februar
20.15 Uhr, WDR III
Die verkaufte Braut. Spielfilm von Max Ophüls aus dem Jahr 1932 nach Motiven der gleichnamigen Oper von Smetana. Sehenswert nicht zuletzt wegen des großen Komikers Karl Valentin, der die Rolle des Zirkusdirektors spielt.

***

Freitag, 12. Februar
20.15 Uhr, HR III
Holzernte. Film von Enzio Edschmid über das Leben eines Holzarbeiters.

***

Freitag, 12. Februar
19.00 Uhr, Südwest III
Zwischen Drogen und Staatsstreichen. Bericht von Horst Kleinheisterkamp über Bolivien und seine Militärdiktatur.

Deutsch - Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V.
Sonderreisen nach Albanien

Gesellschaft und Erziehung
vom 30.3. - 10.4.1982

(Bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe)

Exkursionsprogramm:
Shkodra, Tirana (einmal mit Übernachtung), Durres, Berat - Fieri - Vlora - Terbaç (2 Tage), Lezha

Reiseweg:
Linienflug Frankfurt/Main - Titograd, Bustransfer mit Albturist

Pauschalpreis DM 1185,00

Frauenfragen in Albanien
vom 3.4. - 18.4.1982

(Teilnehmerkreis nur Frauen)

Exkursionsprogramm
Shkodra, Kavaja, Berat, Tirana, Durres, Gjirokastra, Aufenthalt in Saranda: Ksamil - Butrint, Rückfahrt über Vlora (albanische Reviera) - Fieri - Lezha

Reiseweg:
Linienflug Frankfurt/Main - Titograd, Bustransfer mit Albturist

Pauschalpreis DM 1350,00

Gesellschaftliches Leben
vom 3.4. - 18.4.1982

Exkursionsprogramm:
Shkodra, Kruja, Gjirokastra, Aufenthalt in Saranda: Ksamil - Butrint, Rückfahrt über Vlora (albanische Reviera) - Fieri, Tirana, Durres

Pauschalpreis DM 1365,00

Albanien heute
vom 18.5. - 1.6.1982

Ein Spezialangebot für Hörer von Radio Tirana mit großem Programm und Diskussionen mit Journalisten von Radio Tirana

Bitte Sonderprospekt anfordern

Anmeldeschluß: 31. März 1982

Pauschalpreis DM 1165,00

Familiengruppe
vom 18.6. - 7.7.1982

Strandurlaub ohne Programm. Beabsichtigte Ausflüge (Tirana) werden wahlweise direkt in Albanien gebucht.

Reiseweg:
Frankfurt/Main - Titograd, Bustransfer mit Albturist

Pauschalpreis DM 1400,00

Der Nationale Antifaschistische Befreiungskampf des albanischen Volkes
vom 7.7. - 21.7.1982

Wer kennenlernen will, wie das albanische Volk unter dem Faschismus, besonders auch unter der deutschen Hitler-Armee gelitten hat und welchen heroischen Kampf es dagegen geführt hat, wer daher zur Freundschaft zwischen beiden Völkern beitragen will, ist in dieser Reisegruppe willkommen.

Bitte Sonderprospekt anfordern

Pauschalpreis DM 1215,00

Kultur und Kulturgeschichte
vom 1.9. - 15.9.1982

Exkursionsprogramm:
Gjirokastra, Aufenthalt in Saranda: u. a. Ksamil - Butrint, Rückfahrt über Vlora (albanische Reviera) - Fieri - Apollonia - Durres, Tirana, Kruja, Pogradec - Korça - Krraba-Paß (3 Tage)

Reiseweg:
Charterflug Köln - Tirana

Pauschalpreis DM 1245,00

Studieren in Albanien
vom 28.9. - 12.10.1982

(nur für Studenten)

Exkursionsprogramm:
Shkodra, Durres, Tirana (3 Tage Aufenthalt), Peza, Pogradec - Korça (3-Tagesfahrt), Kruja

Reiseweg:
Flug Düsseldorf - Tivat, Bustransfer mit Albturist
Anmeldeschluß 14. August 1982

Pauschalpreis DM 1120,00

Herbstreise „Gesellschaft und Erziehung"
vom 4.10. - 16.10.1982

(bevorzugt für Angehörige pädagogischer Berufe)

Exkursionsprogramm:
Shkodra, Kavaja, Tirana (2 Tage), Elbasan - Labinoti (2-Tagesfahrt), Durres, Kruja - Lezha

Reiseweg:
Frankfurt/Main - Titograd, Bustransfer mit Albturist

Pauschalpreis DM 1185,00

Jahreswechsel in Tirana Tirana als Haupstadt
vom 23.12.1982 - 5.1.1982

Tirana als Hauptstadt

Exkursionsprogramm:
Tirana (Hauptaufenthaltsort während der Reise), Berat - Fieri - Vlora (2-Tagesfahrt), Elbasan - Durres, Peza, Kruja

Reiseweg:
Linienflug Frankfurt/Main - Titograd, Bustransfer mit Albturist
Unterbringung in Hotel-Kategorie A

Pauschalpreis DM 1390,00

Wichtig für alle DAFG-Reisen

Programm:
Das Programm enthält jeweils spezielle Besuche und Begegnungen, Vorträge und Diskussionsmöglichkeiten. Vorgesehen ist auch der Besuch von Aufführungen, wo immer es möglich ist — die Kosten dafür sind in dem Pauschalpreis nicht enthalten. Genauere Programmauskünfte über das DAFG-Sekretariat.

Reiseweg:
Bei Linienflügen ab Frankfurt - Titograd erfolgt der Bustransfer mit Albturist über den Grenzpunkt Hani Hotit nach Shkodra (erste Übernachtung). Rückfahrt entsprechend, jedoch mit letzter Übernachtung in Titograd (Jugoslawien).
Bei Flügen ab Düsseldorf - Tivat erfolgt der Bustransfer mit Albturist ebenfalls über Hani Hotit, erste und letzte Nacht in Shkodra.
Bei den Non-Stop-Charterflügen Köln - Tirana/Rinas während der Sommersaison erfolgt der Bustransfer vom Flughafen zu den Hotelanlagen Durres-Strand (erste und letzte Übernachtung). Abweichungen bei den Gruppen mit längerem Saranda-Aufenthalt möglich.

Anreise ohne Flug:
ist bei allen Gruppen, die durch Jugoslawien an- und abreisen möglich. Preisermäßigung: bei Zustieg Flughafen Titograd DM 490,00, bei Zustieg Flughafen Tivat DM 450,00. An- und Abreiserisiko liegt beim Teilnehmer. Wird der Bustransfer in Jugoslawien verpaßt, besteht keine Möglichkeit des Nachreisens. Einzeleinreise nach Albanien für Touristen nicht möglich.

Mindestteilnehmerzahl zur Durchführung der angekündigten Reisen sind 20 Personen.

Leistungen:
Wenn nicht anders angegeben, gelten die Preise ab Abflughafen und enthalten Flug, Bustransfer, Unterbringung in 2-Bett-Zimmern der Hotel-Kategorie B (fl. kalt und warm Wasser, entsprechend der landesüblichen Klassifizierung), Vollpension, Exkursionsprogramm, Begleitung durch einen albanischen Dolmetscher, DAFG-Reiseleitung, Visum und alle Gebühren.
Einzelzimmer gegen Aufpreis (siehe Hauptprospekt) möglich.

Anmeldeschluß 4 Wochen vor Abflug, wenn nicht anders vermerkt.
Programm- und Preisänderungen vorbehalten.

Programm- und Preisänderungen vorbehalten.

Die DAFG vermittelt Albanienfahrten über das Reisebüro Skanderbeg-Reisen, Duisburg. Die folgenden Rundreisen und Studienreisen werden direkt von unserem Vertragsbüro organisiert und dürften wegen ihrer Besonderheiten allgemein von Interesse sein.

Rundreisen und Studienreisen

Oster-Studienreisen mit großem kulturhistorischem Rundreiseprogramm vom 5.4. - 15.4.1982

An- und Rückreise:
Linienflug Frankfurt - Titograd (Jugoslawien) - Frankfurt, Bustransfer nach Shkodra bzw. Titograd

Besichtigungen:
in Shkodra, Tirana, Gjirokastra, Saranda, Berat, Fieri/Apollonia, Elbasan, Pogradec, Korça, Kruja

Pauschalpreis DM 1830,00

Sonderreise zum Kulturfestival vom 10.5. - 24.5.1982

Besonders günstig für Berliner!

An- und Rückreise:
Linienflug Berlin-Schönefeld - Tirana - Berlin-Schönefeld.

Besichtigungen:
(Exkursionen von Tirana aus) in Tirana, Durres, Gjirokastra, Saranda, Berat, Fieri/Apollonia, Pogradec, Korça, Kruja, Shkodra

Pauschalpreis DM 1830,00
Einzelzimmerzuschlag für Tirana DM 140,00

Kulturhistorisches Kurzprogramm vom 7.7. - 13.7.1982

An- und Rückreise:
Charterflug Köln - Tirana, Rückflug Tivat (Jugoslawien) - Düsseldorf

Besichtigungen:
(Exkursionen von Tirana aus) in Tirana, Elbasan, Pogradec, Korça, Berat, Fieri/Apollonia, Kruja, Shkodra

Pauschalpreis DM 1325,00
Einzelzimmerzuschlag für Tirana DM 60,00

Kulturhistorisches Kurzprogramm vom 13.7. - 21.7.1982

An- und Rückreise:
Flug Düsseldorf - Tivat (Jugoslawien), Rückflug Charter Tirana - Köln

Besichtigungen:
(Exkursionen von Tirana aus) in Shkodra, Kruja, Tirana, Gjirokastra, Saranda, Berat, Fieri/Apollonia, Durres

Pauschalpreis DM 1470,00
Einzelzimmerzuschlag für Tirana DM 80,00

Herbst-Studienreise mit großem kulturhistorischem Rundreiseprogramm vom 1.9. - 15.9.1982

An- und Rückreise:
Charterflug Köln - Tirana - Köln

Besichtigungen:
in Tirana, Kruja, Shkodra, Lezha, Gjirokastra, Saranda, Fieri/Apollonia, Berat, Pogradec, Korça, Durres, Kavaja

Pauschalpreis DM 2035,00

Spezialstudienreisen

„Gesundheitswesen in Albanien":
vom 15.4. - 25.4.1982 **DM 1580,00**
„Erziehungswesen in Albanien":
vom 2.10. - 10.10.1982 **DM 1380,00**

Bitte Prospekt anfordern!

Leistungen für die Rund- und Studienreisen

Unterbringung in Doppelzimmern mit Dusche/WC, auf den Rundreisen bzw. Exkursionen in Doppelzimmern mit fl. Warmwasser oder Dusche/WC, Vollpension, Besichtigungsprogramm, albanische Dolmetscher, deutsche Reiseleitung. Hin- und Rückreise, Visum und alle Gebühren. Während der Rundreisen bzw. Exkursionen ist Einzelzimmerbuchung je nach Kapazität und Auslastung des Hotels am Ort möglich und muß dort bezahlt werden.
Mindestteilnehmerzahl 20 Personen

Sommerreisen

Programme zum Kennenlernen des Landes

Wer mit der DAFG nach Albanien fährt, will mehr als Strand und Sonne erleben. Wer Land und Leute, deren Kultur und Aufbauleistung erfahren möchte und wie das ehemalige Armenhaus Europas sich in weniger als 40 Jahren Unabhängigkeit entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung in der Praxis aussieht, dem bieten wir ausgesuchte Exkursionsprogramme mit deutscher Reiseleitung und albanischen Dolmetschern.

Vorgesehenes Programm für die Gruppen vom:
7.7. - 21.7.1982
1.9. - 19.9.1982
1.9. - 15.9.1982

Erstmalig mit längerem Sarandaaufenthalt und anschließender Rückfahrt durch die albanische Reviera nach Vlora, im Süden Besichtigungen in Gjirokastra, Saranda, Ksamil - Butrint, außerdem Durres, Tirana, Kavaja

Vorgesehens Programm für die Gruppen vom:
21.7. - 4.8.1982
18.8. - 1.9.1982

Erstmalig 3-Tagesfahrt durch die nordalbanischen Alpen: Kukes, am Stausee für das Wasserkraftwerk von Fierza (Übernachtung) - Shkodra, Tirana (mit Übernachtung) - Kruja, Durres, und erstmals 2-Tagesfahrt nach Berat - Fieri - Vlora

Vorgesehenes Programm für die Gruppe vom:
4.8. - 18.8.1982

3-Tagesfahrt Pogradec - Korça, 4-Tagesfahrt über Gjirokastra, Saranda (mit Besuch in Ksamil - Butrint), Rückfahrt durch die bisher selten besuchte albanische Reviera - Vlora - Fieri, Tagesfahrt nach Tirana

Niedrigere Preise

Nach Auslieferung unseres Hauptprospektes sind wir jetzt in die glückliche Lage gekommen, unsere Sommerreisen nach Albanien mit Programmen zum Kennenlernen des Landes zu günstigeren Preisen durchführen zu können.

2 Wochen Strandurlaub in Durres-Strand
DM 1030,00

2 Wochen Aufenthalt mit vollem Exkursionsprogramm
DM 1185,00

2 Wochen Verlängerung als Strandurlaub in Durres-Strand
DM 695,00

Im Preis für Strandurlaub, auch bei Verlängerung, ist wahlweise eine Tagestour nach Tirana oder eine Halbtagesfahrt nach Durres oder Kavaja im Anschluß an die parallel laufende DAFG-Reisegruppe zum Kennenlernen des Landes enthalten.
Die entsprechend höheren Preise des Hauptprospektes verlieren hiermit ihre Gültigkeit.

Kinderermäßigungen
bleiben unverändert

Frühbucherrabatt
Die hier genannten Preise gelten nur bei Eingang der Anmeldung bis zum 31. März 1982. Danach erfolgt ein Aufschlag von DM 50,00 pro Person und Woche. Diese Regelung gilt unverändert.

Informationsmaterial, Auskünfte und Anmeldung über

DAFG
Deutsch - Albanische
Freundschaftsgesellschaft e.V.
- Sekretariat -
Postfach 19-7622
D - 2000 Hamburg 19
Tel. 040/8502736

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 5, 5 Şubat 1982 Yıl: 16 1 DM



Polisin vahşi saldırısı: **Geçen hafta sonu polis Frankfurt Havaalanının ek pistinin (Startbahn West'in) yapılmasını protesto edenlerin ve şehir merkezindeki yürüyüşçülerin üzerine göz yaşartıcı bomba attı ve onlara karşı vahşice saldırıya geçti. Polis birlikleri aynı zamanda Waldorf Spor salonunda yapılan bir toplantıya da saldırarak 12 yaşındaki çocuğu bile dövdüler. Darmstadt Valiliği'nin yürüyüşü yasaklamasına rağmen 20 000 kişi havaalanının ek pistinin yapımını protesto etmek için Münchsbruchwald'ta düzenlenen yürüyüşe katıldı. Bu da Startbahn West'e karşı başlatılan mücadelenin devam ettiğinin en belirgin bir göstergesidir.**

Patronların ücretlere düzenledikleri saldırılar durdurulmalıdır!

Gerçek ücretlerin güvence altına alınması için grev!

Metal kapitalistleri ücretlerin üç ay dondurulmasını talep ediyorlar. Bunun ardından ise yüzde 3 adi ücret artışını ödemek istiyorlar. Onlar resmi fiyat artışlarının yüzde 6 ile 7 arasında değiştiği bir sürede böylesi küstahça bir talepte bulunmaktalar. Küstahlığın bu kadarı da olamaz! Onlar üçüncü bir kez işçilerin gerçek ücretlerinde bir düşüşü kabul etmelerini istiyorlar. Ancak metal kapitalistleri bu yıl geçen yıldan daha fazla ücretlerde bir düşüşün kabul edilmesi gerektiğini, avazlarının çıktığı kadar talep ediyorlar. Patronların bu istekleri boşa çıkarılmalıdır!

Metal kapitalistlerinin ileri sürdükleri ücret artışı teklifi içinde bulunduğumuz toplu sözleşme yılına göre hesaplayacak olursak, böylece sadece yüzde iki bir ücret artışı geride kalıyor. Demek ki onlar sorunu, hiç bir ücret artışı turunun dahi yapılmayacağı noktaya vardırmaya kadar yeltenebiliyorlar! Görüldüğü gibi patronlar Bonn'daki politikacıların, emekçilerin ücretlerinin düşürülmesini istemelerinden cesaret almaktalar. Federal Hükümet onlara ücretlerin düşürülmesi için en iyi örneği sunmaktadır.

Artık bu kadarı yeter! Şimdi Bonn'daki Bayların ve kapitalistlerin ücretlerimize düzenledikleri saldırıları cevaplandırmamızın zamanı gelmiştir! Hiç şüphesiz ÖTV Başkanı Kluncker'in kamu emekçilerinin ücretlerinin kısıtlanmak istenmesi üzerine İçişleri Bakanı Baum ile sürekli sınırsız "görüşmelere hazır olması" bunun için şimdi izlenmesi gereken doğru tutum değildir. Aynı zamanda IG Metall yöneticilerinin "sosyal ortaklarına" barışçıl görüşmeler aracılığıyla "memnun edici bir uzlaşmaya" varmak için yaptıkları çağrılarda şimdi izlenmesi gereken tavrı ortaya koymamaktadır.

Kapitalistlerin hedefi daha bugünden ücretlerin doğrudan düşürülmesi için rotayı belirlemektir. Onlar bir toplu sözleşme turundan diğerine ücret artışını sürekli fiyat artışları ortalamasının altında tutmaya çalışmaları ile gerçek ücretlerimizi düşürmekte ve böylece bizim buhran döneminde ücretlerde sürekli bir düşüşün olacağına alışmamızı sağlamak istemekteler. Eğer bu durumda sessiz kalırsak, onlar gelecekte toplu sözleşme görüşmelerinde bu yönde ikinci bir adım daha ileri atarak toplu sözleşme görüşmelerinde ücretlerin dondurulmasını ya da tamamen düşürülmesini talep edeceklerdir.

Kapitalistler ve onların Bonn'daki temsilcileri bu yolla kendilerinin sorumluları oldukları buhranın içinden, onun yükünü işçi ve emekçilerin üzerine yıkarak çıkmak istiyorlar. Sosyal haklarımızın kısıtlanması ve ücretlerimizin düşürülmek istenmesi ile biz daha ağır bir sefaletin içerisine itilirken, onlar buhran olmasına rağmen, kârları elde etmeye devam edecekler. İşte kapitalistlerin ve Bonn'daki Bayların şimdi yaptıkları hesap bu. Bundan ötürüde onlar sürekli ve giderek daha da artan bir tonla "fedakarlıklara katlanmaya hazır olmamız", "ücret artışlarından vazgeçmemiz" gerektiği vs. çığlıklarını atmaktalar. Son yıllardaki gelişmeler daha açık bir şekilde ispatlamasına rağmen, onlar ücret artışlarından vazgeçmenin iş yerlerini güvence altına alacağı masalını bize anlatmaktalar.

Ücretlerimizi talan etmek isteyen bu soyguncuların hesabının üzerine kalın bir çizgi çekmeliyiz. İster metal işçileri, isterse de ÖTV'lu işçi arkadaşlar olsun, biz gerek kamu işverenlerinin gerekse de patronların ücretlerin düşürülmesi yönündeki küstahça ve provokativ saldırılarına karşı daha fazla sessiz kalmamalı ve protesto eylemleri örgütlemeliyiz!

Şurası açık olan bir şeydir ki, sendikaların bu ücret turlarında izlemesi gereken politika gerçek ücretlerin düşürülmesini önlemek olmalıdır. Gerçek ücretlerin güvence altına alınması demek, bu koşullarda toplu sözleşme anlaşmalarının resmi fiyat artışlarının üzerinde olması demektir. Ve bu hedefe bugün geniş çaplı bir zorlama grevine gidilmeksizin ulaşılabileceğini ancak hayalle yaşayanlar ileri sürebilir.

Elbette bu yönde uyarı grevleri olumlu ve gereklidir. Ancak bugün bunlar yeterli değildir. Bu yıl gerçek ücretleri güvence altına alınmasının şiarı greve gitmektir!

El Salvador'da faşist katliam

SAN SALVADOR. — Pazar sabahı erken saatlerde 200'e yakın asker San Antonio Abad işçi semtine bir faşist saldırı düzenleyerek en az 27 emekçiyi katlettiler. Katliamdan sonra morgta cesetleri gören görgü tanıkları, katledilen kadın ve erkeklerin ellerinden ve ayaklarından bağlı olduklarını açıkladılar.



El Salvador askeri cuntası silahsız sivil halka düzenlenen bu kanlı faşist katliamı yaptığı bir açıklamasında asker ve subayların "gördüğü eğitim ve profesyonelliğin bir başarısı ve sonucu" olduğunu pervasızca söylemekten de geri kalmadı. Daha bir kaç hafta önce gene El Salvador askeri cuntasının katilleri Morazan bölgesindeki köylülere saldırarak vahşice bir kitle katliamına girişmiştiler.

ABD emperyalizminin elebaşısı Reagan, El Salvador askeri cuntasının giriştiği sınırsız katliamı gözardı ederek sadece, askeri cuntaya yardımlarını devam ettirmekle yetinmemekte, o askeri cuntanın halk üzerindeki vahşçice katliamının devamını ve daha da yoğunlaştırılmasını sağlamak için ayrıca bir de bu yardımın 100 milyon Dolar daha yükseltilmesi yönünde Vaşington'da Kongre'ye bir önerge verdi. Reagan önergesinde sorunu, El Salvador faşist cuntasının "suçsuzluğunu ve onun insan haklarını korumak için çaba harcadığını" bile alçakca ileri sürme noktasına kadar vardırdı.

Kamu işletmeleri'nde

Ücretlerin düşürülmesi önlenmelidir!

STUTTGART. — ÖTV Başkanı Kluncker Federal İçişleri Bakanı Baum ile ilk görüşmeyi yapmadan önce hem ilk hem de "son görüşme" olacağını söylemesine rağmen, ikinci bir görüşme daha yaptı ve şimdi ise "en son bir görüşme" daha yapmayı kabul etti. Hem İçişleri Bakanı Baum'un hem de belediyelerin kamu emekçilerin maaşlarını düşürmek istemesi adımlarından vazgeçmemelerine rağmen, ÖTV sendikası yönetimi buna karşılık greve gidilip gidilmemesi yönünde genel oylamayı yapmamaktadır.

Bu makaleyi yazdığımızda 5 Şubat'ta yapılacak olan Baum ile Kluncker arasındaki yeni "en son görüşmede" hangi sonuçların elde edileceğini şimdiden kesin olarak söyleyemeyiz. Ancak biz şu gerçeği bir kez daha vurgulamak istiyoruz ki, ÖTV Yönetimi 28 Ocak'ta gerektiğinde kamu emekçilerinin ücret ve maaşlarının düşürülmesini tabii ki eğer bu toplu sözleşme görüşmelerinde ücretlerin düşük tutulmaması için bir koz olarak kullanılmazsa kabul edilebileceklerini bile söylemeleri, onların izleyecekleri tavır konusunda yeterince bir sinyal veren durumu dile getirmektedir.

Birincisi şunu açıkca belirtelim ki, kamu işletmelerinde çalışan işçilerin, büro emekçilerinin ve sıradan memurların özel kurbanlar olarak seçilmesi hiç bir şekilde haklı bir şey değildir. Sendikalar hiç bir şekilde kamu emekçilerin özel kurbanlar olarak seçilmelerine izin vermemelidirler! Onlar hiç şüphesiz kamu emekçilerinin özel kurbanlar olarak seçilmesini amaçlayan görüşmeleri bile reddetmelidirler.

İkincisi ise Bonn Hükümeti'nin kamu emekçilerinin ilk olarak doğrudan ücretlerini düşürmek istemesi ile aynı zamanda özel sektöründe işçi ve emekçilerin ücretlerini düşük tutması için zemin yaratılmak istenmektedir.

Şimdi, bu durumda sendikaların izlemesi gereken kararlı tutum şu olmalıdır ve kamu işverenlerinin önüne şu alternativ konmalıdır: Ya işçi ve emekçilerin ücret ve maaşları düşürmekten açıkca ve tamamen vazgeçecekleri bildirmeliler, ya da aksi takdirde genel oylama yapılmalı ve greve gidilmelidir! Bunun ötesinde sendikalar için üçüncü bir alternatif olamaz.

(„Öffentlicher Dienst-Lohnkürzung muss völlig vom Tisch!")

Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi

Başarıyla kapandı

FRANKFURT. — Gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı Volkfront'un 30-31 Ocak'ta Frankfurt'ta yapılan ikinci Merkezi Kongresi başarıyla kapandı. Çeşitli bölgelerden gelen delegelerin şimdiye kadar sürdürdükleri faaliyetlerinden elde ettikleri tecrübeleri kongrede sürdürülen tartışmalarda canlı bir şekilde dile getirmeleri, Volksfront'un gelecek çalışmalarına yönelik, Almanya'da yeni bir faşist diktatörlüğün kurulmasına ve artan savaş tehlikesine karşı halkın gerçek bir cephesinin oluşturulması için sürdürülecek mücadeleye ışık tutacak ve itilim sağlayacaktır.

Kongre'de alınan kararlarda, gericiliğin ve faşizmin saldırılarına, yoğunlaşan yabancı düşmanlığına, artan savaş tehlikesine ve Volksfront'un sendikalara karşı tumumu üzerine olan mücadeleye ilişkin onun gelecek faaliyetinin ağırlık noktaları dile getirildi.

Kongre gelecek çalışmaların ağırlık noktasının faşist örgütlerin yasaklanmasına yönelik ve gericilik tarafından yoğun bir şekilde kışkırtılan yabancı düşmalığına karşı mücadelenin oluşturması gerektiğine işaret etti. Bu nedenle Kongre'de Hitler faşizminin Almanya'da iktidara gelişinin 50. yıldönümü olan 30 Ocak 1983 yılını güçlü bir anti-faşist direnişin odak noktası olarak belirlenmesinin gerekliliği vurgulandı.

Barış sorununa ilişkin Kongre iki süper devletin ve onların askeri blokların savaş politikasının mahkum edilmesinin gerektiği açıkladı ve Batı Almanya ve Batı Berlin çapında sürdürülen barış mücadelesinin yönünün Batı Almanya'nın tarafsızlaştırılması ve NATO'dan çıkması, en acil ve güncel görev olan NATO ek silahlanma kararının geçersiz kılınması gerektiği yönündeki mücadelenin önemini ortaya koydu.

Kongre, Volksfront'un gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı mücadelede işçi sınıfı ve emekçi halkı temel güç olarak ele alması gerektiğini vurguladı ve bu mücadelede sendikaların oynadığı merkezi rolün altını çizdi. Delegeler arasında bir çok aktiv sendikacı vardı. Ayrıca Kongre'de Türkiyeli ve diğer yabancı anti-faşistler de yerlerini almışlardı.

Kongre ayrıca yabancı, özellikle de Türkiyeli demokrat ve anti-faşistlerin Volksfront'a kazanılmasının gerektiğine işaret etti ve artan yabancı düşmanlığına karşı ortak mücadelenin önemine değindi.

Öte yandan Volksfront'un ikinci merkezi kongresinde faaliyet raporunu okuyan eski Başkan Eike Hemmer; "sendikaların neo-nazilere ve faşist eğilimlere karşı düzenleyecekleri eylemleri selamlıyor ve destekliyoruz" dedi ve "aynı zamanda bir çok sendikanın Volksfront'un üyelerine karşı uyguladıkları skandal yaratıcı uygunsuzluk kararlarının derhal geri alınmasını" talep etti.

(„Volksfront-Arbeit im Aufschwung")



2. BÖLÜM Revizyonist partilerle eylem birlikleri yapmak, sürekli oportünizm midir?

İspanyol yoldaşların bazı tezlerine ilişkin

Eğer reformizmin ya da revizyonizmin tecrit edilmesi komünist partisinin stratejik bir görevini oluşturuyorsa, o zaman bu sorunun cevabı, hangi taktiğin stratejiye hizmet edeceğine, yani revizyonist partiyle yapılacak eylem birlikleri komünistlerin belirli şartlar altında bu stratejik görevi yerine getirmelerini kolaylaştırıyor mu, yoksa tüm şartlar altında bu stratejik görevin çözümünün önünde engel mi oluşturuyor ya da tamamen engelliyor mu noktasına bağlıdır. İspanyol yoldaşlar birincisini kesinkes reddediyorlar. Buna ilişkin Raul Marco yoldaş şöyle diyor: "Böylece hangi gerekçe altında olursa olsun, revizyonist yöneticiler ile ittifak oluşturmakla ya da onlarla uzlaşmaya gitmekle, sadece onların gerçek yüzlerinin maskelenmesine katkıda bulunulmamakta, aynı zamanda onların gelecekte kitleleri yanıltmalarına yardımcı olunulmaktadır."

Eğer Raul Marco yoldaş revizyonist yöneticiler ile ittifak oluşturmaktan bahsediyorsa, biz gene revizyonist partiyle eylem birliğine gitmekten yöneticilerle ittifak yapmak olarak anlamadığımızı ve sorunu bu temelde yorumlamayı da desteklemediğimizi tekrarlıyoruz. Komünistler olarak biz hiç bir zaman işçi düşmanları ile birleşemeyiz. Ancak bu işçi düşmanlarına karşı mücadelemizde biz bir çok durumda hiç şüphesiz taviz vermeye mecburuz. Lenin'in özellikle, "Sol Komünizm, Bir Çocukluk Hastalığı" adlı yazısında ortaya koyduğu gibi, komünistlerin işçi sınıfının çoğunluğunu kazanmak için mücadele sürdürmeleri, reformistlere karşı ilkeli bir mücadele sürdürmeksizin mümkün olmayacağı gibi, aynı zamanda onların reformist partiyle ve reformist önderlerle bazı uzlaşmalara gitmeszin de mümkün değildir. **Sorun şu, uzlaşmalar, reformizme karşı mücadelede daha iyi şartların elde edilmesi için mi, yoksa reformizm ile uzlaşmak için mi yapılıyor.**

Raul Marco yoldaşın üst taraftaki alıntısına "revizyonist yöneticilerle ile ittifak oluşturma ya da uzlaşma" ifadesinin yerine "revizyonist parti ile eylem birliğini" geçirsek dahi İspanyol yoldaşların iddiaları bu genelliğiyle açıkca yanlıştır. Lenin tekrar tekrar Ekim Devrimi'nin zaferinin subjektiv şartlarını oluşturmak için Bolşeviklerin bazı durumlarda (Menşevikler de dahil) eylem birliklerine gittiklerini ve bunun geçici olarak Menşevikleri destekleyen işçi sınıfının çoğunluğunu kazanmak yönünde Bolşevikler için mutlaka zorunlu olduğunu ortaya koymuştu. Lenin çeşitli kapitalist ülkelerde komünistlerin işçi yığınlarından izole olmasını önlemek için, onların reformist partilere (merkezi alanda eylem birliklerinin oluşturulması da dahil) tavizler vermesi gerektiğini vurguladı; çünkü eğer komünistler işçi kitlelerinden izole olmuşlar ise, o zaman onların revizyonizmi bütün teşhir etme çabaları işçi yığınları üzerine bir etki yapamaz.

1933'ten önce Almanya'da KPD, politikasında bir çok yalpalamalar yaşadığında, onun reformistlerin etkisi altında bulunan kitleleri kazanmada en büyük başarıyı, daima reformizme karşı mücadele taktiğinin aynı zamanda sosyal demokrat parti yönetimiyle eylem birliği tekliflerini içerdiğinde elde ettiği açık bir şekilde ispatlanabilir.

İspanyol yoldaşların reformist ya da revizyonist partilerle eylem birliklerinin **daima** karşı devrimci önderliklerin yığınları yanıltmalarını kolaylaştıracağı tezlerinin savunulamayacak ve dünya komünist hareketinin tarihi tecrübeleri ile çürütülmüş olduğunu gösteribilmek için bu kadar örnek yeterlidir.

Revizyonist partiyle eylem birliği Moskova ile ittifak oluşturmak mıdır?

"Revizyonist önderlik ile birlik mümkün müdür?" ara başlığıyla Rau Marco yoldaş ayrıntılı olarak şöyle diyor: "... ve biz ortak düşmanlarımıza karşı koymak için gerçekten çaba harcayan herkesle bir eylem birliği oluşturmaya çalışıyoruz. Fakat **şimdilik bugünkü şartlar altında** emperyalizme karşı mücadele, sosyal emperyalizme dayanarak ve aksi yönüyle de mümkün olmadığı düşüncesindeyiz.

İspanyol yoldaşlar her halde sorunu revizyonist parti ile eylem birliğine gitmenin, Batılı emperyalist güçlere karşı Sovyet sosyal emperyalizmine dayanmakla eşit anlamda olduğunu görmekteler.

Elbette İspanyol yoldaşların üst tarafta bahsettikleri, bir emperyalizme karşı mücadelede diğerine dayanan eğilimlerde mevcuttur. Ancak İspanyol yoldaşlarla bu tezlerin reddedilmesi konusunda tamamen hem fikir olduğumuzu üzerine özel olarak basa basa vurgulamamıza gerek yoktur. Ama biz revizyonist partiyle eylem birliği sorununu, Sovyet sosyal emperyalizme dayanılıp dayanılmayacağı sorunu ile özdeşleştirmeyi yanlış görüyoruz.

Hiç şüphesiz revizyonist partilerin çoğu genel olarak tamamen Sovyet yönetiminin düşüncelerini savunmakta ve onların faaliyetlerinin önemli bir bölümü Sovyetlerin çıkarlarını desteklemeye yöneliktir. Bu büyük ölçüde maddi olarak Doğu Alman revizyonistleri tarafından geniş bir şekilde desteklenen Federal Almanya'daki DKP ve Batı Berlin'deki SEW içinde geçerlidir ve onlar bundan ötürü de Moskova'nın özellikle kısa ipine bağlı bulunmaktalar. Bu türden revizyonist parti Sovyetlerin çıkarı için çalışmaktadır; ama o bunu bir gizli ajanların örgütünün araç ve metoduyla değil, işçi hareketi **içerisinde** acenta olarak işçi sınıfını siyasi ve ideolojik bir şekilde Sovyet sosyal emperyalizminin çıkarlarına uygun düşecek temelde etkileyeme ve işçi sınıfına yön vermek için işçi hareketinin kilit mevzilerini işgal etmeye çalışarak yapmaktadır. O böylece özel olarak Sovyetlerin çıkarların hizmet etse dahi, bir burjuva **işçi partisidir**. Gizli ajanlar açığa çıkararak, tutuklayarak, gerektiğinde kurşuna dizerek, ortadan kaldırılabilir. Fakat işçi hareketi içerisindeki bir burjuva acentası, sadece ve sadece onun kitlesel etkisinin mümkün olduğunca tamamen kırılması ile tasviye edilir.

Demek ki, böylece komünist partisi revizyonist partiyi özellikle ya da istisnasız olarak Sovyet sosyal emperyalizminin bir acentası olarak görse bile gene onun önünde, Sovyet sosyal emperyalizminin bu acentasına karşı başarılı mücadele sürdürebilmesinin ancak ve ancak onun sınıf mücadelesinde kendisine revizyonizmin etkisi altında bulunan kitlelerle ilişkiye geçebilmek için bir yol açması ile mümkün olabileceği sorunu durmaktadır. Ve böylece komünistler için daha önce ele aldığımız taktik sorunlar gündeme gelmekte ve bunların çözümü hiç şüphesiz revizyonist yöneticilere bazı tavizler vermeyi ve belirli şartlar altında revizyonist partiyle eylem birlikleri yapmayı gerekli kılmaktadır.

Ayrıca partimiz (KPD) revizyonist partilerin sadece Sovyet sosyal emperyalizminin bir acentası olarak ele alınamayacağı görüşündedir. Onlar aynı zamanda bulundukları ülkelerin burjuvazisinin de bir acentasıdır ki, ilk etapta bu ülkenin burjuvazisi tarafından satın alınan işçi aristokratisine dayanmakta ve kitle üzerindeki etkilerinin özellikle onların Sovyetler Birliği'ne olan tutumlarından kaynaklanmadığı düşüncesindeyiz. Tam da İspanya'da Carillo'nun partisinin (İspanya revizyonist partisi) ABD ve Batı Avrupa emperyalizmine bağlı olan İpanyol burjuvazisi ve gericiliğinin acentası olduğu gerçeği o kadar açık bir şekilde görünmektedir ki, bunun için uzun bir teorik ispata bile gerek kalmamaktadır.

Revizyonist partinin aynı zamanda kendi ülkesinin burjuvazisinin de bir acentası olduğu gerçeği de şu noktadan açığa çıkmaktadır ki, komünistler revizyonist partiyi kitlelerin nezdinde sadece, onun Sovyet sosyal emperyalizmi ile olan yakın ilişkisini (ki bu kitleler tarafından bilinmeyen bir şey değil) açığa çıkarmakla ve Sovyetler Birliği'nde kapitalizmin yeniden inşaa edildiği ve onun emperyalist süper devlet olarak rolü üzerine aydınlatma faaliyeti sürdürmekle teşhir edemeyiz. Hiç şüphesiz bu tamamen doğru ve gereklidir; ama buna kendi ülkelerindeki sömürücülere ve ezenlere karşı mücadelenin bakış açısıyla revizyonist partinin teşhir edilmesi de muhakkak eklenmelidir.

Bu düşünceler revizyonist partilerin basit bir şekilde Sovyet sosyal emperyalizminin bir uzantıları olarak ele alınamayacağını açıkca göstermektedir. Bundan ötürü komünist partisinin revizyonist partiye karşı mücadele taktiği ile, Sovyet sosyal emperyalizmine karşı mücadeledeki taktiği aynı olamaz. Bu nedenle de revizyonist partiyle yapılan bir eylem birliği, Sovyet sosyal emperyalizmi ile bir ittifak oluşturmaktan tamamen farklı bir şeydir. Bundan dolayı komünist partisi bir taraftan Sovyet sosyal emperyalizmine karşı kararlı bir tavır takınırken, öte yandan şayet sınıf mücadelesinin durumu gerektiriyorsa, aynı zamanda revizyonist partiyle bir eylem birliği oluşturulabilir.

Partimizin tecrübeleri revizyonist partinin de yer aldığı eylem birlikleri çercevesinde bile Sovyet sosyal emperyalizmine karşı cephenin genişletilmesi için başarılı bir mücadelenin sürdürülmesinin mümkün olduğunu göstermektedir.

Bu taktik bütün ülkeler için mi geçerli?

İspanyol yoldaşların makalelerinde revizyonist partisinin İspanya'da ya da diğer ülkelerde proletaryanın sınıf mücadelesinde, halk hareketleri içerisinde ve burjuvazinin politik düzeninde oynadığı rolün somut bir tahlili için teşebbüse dahi rastlayamamaktayız. Her halde İspanyol yoldaşlar komünist partisinin revizyonist partiye karşı taktiğini belirlemek için böylesi somut bir tahlilin yapılmasının gerekli olmadığı ve bunun yerine revizyonizmin genel, bütün ülkeler için geçerli olan antiproleter, karşı devrimci, antikomünist tanımlamasından ve Sovyetler Birliği'nin de sosyal emperyalist süper devlet rolünden hareket ederek, revizyonizme karşı mücadelede komünistlerin taktiğini belirlemek için yeterli olduğu kanısındalar.

İspanyol yoldaşlar modern revizyonizmin bu genel (ve çok doğru!) tanımlaması ile bütün ülkelerde revizyonist partilerle eylem birliklerinin ilkesizliğini ispatlayacaklarına inanmaktalar. Soruna bu temelde yaklaşmak bizim için tamamen yetersiz görünmektedir. Elbette taktiğimizi tespit etmede modern revizyonizmin bu ilkesel tahlilinden hareket etmeliyiz; ama buna her bir ülkenin komünist partisi tarafından, revizyonist partinin söz konusu ülkede neden bir kitle etkisine sahip olduğunun (fakat her halde bu onun karşı devrimci ve anti-komünist olmasından değil) onun neden kitlelerin az veya çok büyük bölümünü yanıltmaya muktedir olduğunun kavranmaya çalışılması da eklenmelidir. İşte biz eğer bunu somut olarak tahlil edersek, ancak o zaman revizyonist partinin tabanı ve yönetimi arasındaki çelişkiyi, revizyonistlerin etkisi altında bulunan kitleleri kazanma hedefi ile kızıştırabiliriz.

İspanyol yoldaşların sorunu ele alışları, komünistlerin revizyonist partilere karşı taktiğinin bütün ülkeler için aynı olması gerektiği sonucuna yol açmaktadır; çünkü İspanyol yoldaşların modern revizyonizmin genel tanımlanması için getirdikleri gerekçeler dünyadaki tüm revizyonist partiler için geçerlidir. Buna karşılık partimiz (KPD) ise revizyonist partilerin çeşitli ülkelerde gerek işçi hareketi içerisindeki, gerekse de burjuvazinin siyasi düzenindeki oynadıkları roller açısından büyük farklılıklar olduğunu ileri sürmektedir ki, bu farklılıkların revizyonist partilere karşı komünist taktiğin tespit edilmesinde bir etkisinin olmayacağı söylenemez.

Buna ilişkin olarak Stalin'in çeşiti ülkelerdeki sosyal demokrat partilerin somut tahlilinin yapılmasının gerekliliği üzerine olan açıklamalarını öğretici olarak görüyoruz. Elbette ki o zaman (1927'de) sosyal demokrasi dünya çapında Anti-Marksist, burjuvazinin işçi hareketi içerisindeki acentası, reformist ve anti-komünist vs. olarak tanımlanabilmekteydi. Stalin sosyal demokrasinin bu genel tanımlanmasının sosyal demokrat partinin söz konusu ülkede oynadığı rolün somut bir tahliliyle tamamlanmasına işaret etmektedir:

"Sosyal demokrasi proletarya diktatörlüğü ülkesinde kapitalizmi yeniden inşaa etmeyi ve burjuva 'demokrasisi' adına proletarya diktatörlüğünü tasviye etmeyi kendine amaç edinmiş karşı devrimci bir güçtür. Proletaryanın iktidarı henüz eline geçirmediği kapitalist ülkelerde ise, sosyal demokrasi ya sermayenin iktidarına karşı bir muhalefet partisi, ya kapitalizmin en gerici güçlerine ve devrimci işçi hareketine karşı liberal burjuvazi ile ittifak oluşturmuş olan yarım bir hükümet partisi, ya da kapitalizmi ve burjuva 'demokrasisi'ni proletaryanın devrimci hareketine karşı doğrudan ve açıkca savunan tam bir hükümet partisidir. O proletaryanın iktidarı gerçekleştikten sonra tamamen karşı devrimci olmakta ve karşı devrimci niteliği ile proletaryanın iktidarını hedeflemektedir." (Stalin, Toplu Eserler, Alm. baskı, Cilt 10, S. 182 f)

Bugün ise, bu, bize göre komünist partisinin revizyonist partiye karşı taktiğinin; revizyonist partinin egemen sınıfın partisi ve dolayısıyla iktarda olduğu DDR (Alman Demokratik Cumhuriyeti) için, revizyonist partilerin farklı derecede burjuva iktidarının işlerliğinde yer aldıkları İtalya, ya da Fransa için ve revizyonist partinin yasak olduğu, kadrolarının ve taraftarlarının yoğun takibata uğradığı Şili için aynı olamayacağını göstermektedir.

Bu göze çarpan farklılıklar kanımızca (modern revizyonizmin aynı esaslara göre tahliline rağmen) farklı bir taktiği de gerektirmekte ve taktikteki bu farklılığın gerekliliği aynı zamanda revizyonist partiyle eylem birliklerinin faydalı ya da faydasız olup olmadığı sorununu da ilgilendirmektedir.

Açık ve arkadaşça bir tartışma için

İspanyol yoldaşların tezleri bizi ikna etmemektedir. Belirli durumlarda birleşik cephe politikası çerçevesinde sınırlı, kısmi sorunlarda (hiçi bir şekilde stratejik sorunlara karşı değil) revizyonist partiyle eylem birliği yapmanın faydalı ve gerekli olabileceği enternasyonal komünizmin tarihi tecrübeleri ve kendi partimizin tecrübeleri ile uyum sağlamaktadır.

Partimiz bu şekilde hareket etmekle, modern revizyonizmin etkisi altına girmeyeceğinden emindir. Çünkü bunun için modern revizyonizmi çok iyi tanımaktayız. Revizyonistler ülkemizin bir bölümünde, DDR'de iktidardalar. Partimizin (KPD) DDR Seksiyonu ağır illegal şartlar altında sosyal faşist diktatörlüğün proletarya devrimi ile yıkılması, proletarya diktatörlüğünün yeniden kurulması ve sosyalizmin yeniden inşaası için mücadele etmektedir. Bu mücadeleden ötürü bir çok yoldaşımız DDR'de hapiste bulunmaktadır.

Bize öyle geliyor ki, eylem birliği sorununa ilişkin partimizin tutumunu çeşitli kardeş partilerin gözönünde bulundurmaları, onlarda çeşitli yanlış izlenimlerin oluşmasına yol açtı. Gerçekte ise bugün revizyonist partiyle eylem birliği sorununun partimizin şu anki politikasında sadece alt sırada bir yeri vardır. Ülkemizde revizyonist parti, partimizden (KPD) daha güçlü olmasına rağmen; onun da kitleler üzerinde gerçek bir etkisi yoktur. Ülkemizin işçi hareketinde hakim olan akım, modern revizyonizm değil, sosyal demokrasinin reformizmidir.

Partimiz şimdiki koşullarda sadece eğer ilerici güçlerde geniş çapta katılıyorlarsa, revizyonist partiyle eylem birliklerine gitmektedir. Partimiz **sadece** kendisi ile revizyonist parti tarafından temsil edilen eylem birliklerinin yapılmasının ilke olarak günümüz koşullarında mümkün olabileceğini, ama bunu amaca uygun olarak görmemektedir; çünkü böylesi eylem birliklerinin şimdiki durumda bir taraftan kitle hareketleri üzerinde gerçekten olumlu ve seferber edici etkisi olmazken, diğer yandan ise partimizin revizyonist parti ile bir blok oluşturduğu zararlı izlenimini de uyandırabilir.

Gerçi bu sorunun önemini partimizin pratik siyaseti için sınırlamamız gerekse dahi, buna yönelik sürdürülen tartışmaları oldukça önemli olarak görmekteyiz. Gerçekten ise bize öyle geliyorki, bu tartışmalarda sorunu sadece revizyonist partiyle ilke olarak eylem birliklerinin mümkün olup olmadığı soyut sorunu oluşturmamaktadır. Partimizin kendi tecrübelerinden bu sorunun bir doktirinci bakış açısıyla mı, yoksa işçi sınıfının kuşatılması için reformizme ve revizyonizme karşı canlı siyasi ve ideolojik mücadelenin sürdürülmesi bakış açısıyla mı ele alınıp alınmadığının, komünistlerin diğer tutumlarını da etkilediğini biliyoruz. Örneğin komünist partisinin reformizm ve revizyonizmin etkisi altında bulunan kitlelere nasıl yaklaştığı, sendikalara karşı hangi tutumu takındığı ve onun gerçek (henüz komünistlerin etkisi altında olmayan) işçi hareketine yönelik durumunun ne olduğu vs. sorunu gibi.

Partimiz İspanyol yoldaşlara samimi tartışmalara hazır olmalarından dolayı teşekkürlerini bildirir ve biz gelecekte de onların fikirlerini titiz bir şekilde gözden geçireceğiz. Ancak İspanyol yoldaşların fikirlerini Almanca bir broşürü hazırlayarak ve bunu dağıtarak bize açıklamaları, bize göre doğrusu pratik olmayan bir yol olarak görünmektedir. Çünkü eğer İspanyol yodaşlar — tabii ki bu tüm kardeş partiler için geçerlidir — kendilerinin partimizin üye ve taraftarları tarafından bilinmesi gerektiği düşüncesinde oldukları makaleleri bize gönderseydiler, sorun daha da basit olurdu. Hiç şüphesiz partimiz bu tür makaleleri merkezi yayın organında ya da teorik yayın organında yayınlayacak ve buna ilişkin görüşünü belirtecektir. Biz açık ve arkadaşça bir tarzda dünya Marksist-Leninst hareketinin bugün önünde duran önemli sorunları tartışmanın tamamıyla mümkün olduğu düşüncesindeyiz.

Horst-Dieter Koch

(Horst-Dieter Koch yoldaşın makalesi burada kısaltılmış şekliyle yayınlandı. Makalenin tümü ve İspanyol yoldaşların yazıda bahsettiğimiz dört makaleleri partimizin teorik yayın organının gelecek sayısında yayınlanacak.)

İşyerlerinin yok edilmesine karşı halk insiyatifi kuruldu

Yaklaşan sendika temsilcileri seçimleri ve görevlerimiz

1. BÖLÜM

İlkbahar aylarında bir çok işkolunda sendika temsilcileri seçimleri (Vertrauensleutewahlen) yapılacak. Buhranın giderek derinleştiği, işyerlerinin ardı arkası kesilmez bir şekilde kapatıldığı, ücretlerin düşürülmek istendiği, sosyal haklarda yoğun bir şekilde kısıtlamalara gidildiği şu dönemde, sendika temsilcilerinin sendikaların en alt kurulu olarak işçi sınıfının ve RGO'nun hedefi açısından en önemli yere sahip olmalarından dolayı bu seçimlere gereken önemi vermeliyiz.

Ama esas görevlerimizin neler olduğuna değinmeden önce, kısaca sendika temsilcilerinin nasıl ve kimler tarafından seçildiği ve görevlerinin neler olduğunu (sendikal açıdan) ele almayı yararlı görüyoruz. Çünkü sendika temsilcilerinin konumu bir çok Türkiyeli işçi arkadaş tarafından bilinmemektedir.

Sendika temsilcileri, işyeri işçi temsilciliğinin seçimlerinde olduğu gibi hem sendikalı hem de sendikasız işçiler tarafından seçilmemektedir. Ayrıca sendika temsilcilerinin görevi ile işyeri işçi temsilciliğinin (Betriebsrat) görevi farklıdır.

Sendika temsilcileri seçimleri her üç yılda bir yapılmakta ve bu seçimlere işyerindeki sendika üyeleri katılmaktadır. Sendika temsilcisini seçme ya da seçilme hakkına sadece sendika üyesi işçi ve emekçiler sahiptir. Bir işyerinde kaç sendika temsilcisinin seçilmesi gerektiğini belirleyen kıstas o işyerindeki sendikalı üyelerin sayısı değildir. Bu yönde belirleyici etken işyerinde veya kısımda kaç işçinin çalıştığıdır. Bunun için bir sendika temsilcisinin seçimi için en alt sınır olarak 5 işçi, en üst sınır olarak ise 20 işçi belirlenmelidir. Bir işyerinde kaç sendika temsilcisi seçilmesi gerektiği, çalışanların sayısına ve somut duruma göre belirlenmelidir. Sendika temsilcisi olmak isteyen bir üyenin en az bir yıl sendika üyesi olması ve düzenli olarak aidatlarını ödemiş olması lazım. Eğer bir işyerinde tek tek bölümlerde yukarda açıkladığımız kıstasın üzerinde fazla işçi çalışıyorsa, o zaman tek tek kısımlardan sendika temsilcileri seçilir ve onların hepsi bir araya gelerek sendika temsilcileri kurulunu oluştururlar. Bu kurul kendi arasından birini başkan olarak seçer.

Sendika temsilcilerinin seçim tarihleri yerel sendika yönetimleri tarafından belirlenir ve şayet işyerinde sendika temsilcileri kurulu var ise onlara bildirilir. Seçim tarihlerinin belli olmasından sonra sendika üyesi olan her yerli ya da yabancı kadın ve erkek işçi arkadaş sendika temsilciliği için adaylığını koyabilir.

Sendika temsilcileri seçimlerinde Türkiyeli işçi arkadaşların yoğun olarak çalıştıkları bölümlerden adayların gösterilmesi oldukça önemlidir.

Sendikal anlamda sendika temsilcilerinin görevi; işçiler arasında somut bir çalışma sürdürmek, sendika ile işçiler arasında bağ kurmak, işçi arkadaşları işyerlerindeki her türlü sorunları ile yakından ilgilenmek, onlara haklarını nasıl kullanacaklarını açıklamak, patrona karşı işçi arkadaşların kararlı ve uzlaşmaz bir şekilde çıkarlarını savunmak, işçi arkadaşların taleplerini, isteklerini sendikaya iletmek, toplu sözleşme görüşmeleri başlamadan önce işyerlerinde işçi arkadaşlarla tartışarak ücret zammının miktarını belirlemek, grev direniş, işgal vs. örgütlemektir. Tüm bu saydıklarımızdan ötürü sendika temsilcilerinin işyerlerinde izlenecek çizgi ve sendikal mücadele açısından büyük önemi vardır. Bu anlamda konunun bu genel bölümünü kapatarak yaklaşmakta olan sendika temsilcileri seçimlerindeki görevlerimize değinelim.

(Yazımızın ikinci bölümünü gelecek sayıda yayınlayacağız!)

(„Vertrauensleutewahlen und unsere Aufgaben")



Gelsenkirchen'de

7000 emekçi Schalker Verein'in kapatılmasını protesto etti

GELSENKİRCHEN. — Thyssen tekeline ait Schalker Verein yüksek fırınının kapatılmasını, geçen hafta 26 Ocak salı günü gene binlerce çelik işçisi ve emekçi protesto etti. Düzenlenen bu protesto mitingine çok sayıda Türkiyeli işçi de katılarak 1200'ü aşkın iş yerinin kaybolmasına neden olacak Schalker Verein'in kapatılma kararının geri alınmasını talep etti. Mitingin ardından çelik işçileri ve Gelsenkirchen halkı, işyerinin kapatılmasını önlemek için sürdürülen mücadeleyi dışardan desteklemek doğrultusunda bir halk insiyatifi kurdular.

1981 yılının mayıs ayından beri Schalker Verein dökümhanesi işçileri defalarca sokaklara dökülerek, Thyssen patronlarının acımasızca kâr isteklerinden dolayı iş yerini kapatmalarını protesto ettiler. Çelik işçilerinin düzenledikleri bu eylemleri Gelsenkirchen halkı da yoğun bir seferberlik yaparak destekledi. Şimdiye kadar iş yerinin kapatılmasını protesto eden 20000'-ini aşkın imza toplandı.

Ancak başvurulan bu önlemlerinin hiç biri Thyssen kapitalistlerini emellerinden vazgeçmeye zorlayamadı. Gelsenkirchen gibi işsizliğin yüksek boboyutlara ulaştığı bir şehirde Thyssen tekeli patronlarının yaklaşık olarak 1200 işyerini daha yoketmeleri ili birlikte işsizler ordusunun sayısı giderek daha da kabaracaktır. Bu aynı zamanda gelecekte 1200'ü aşkın işçi ve ailesinin daha açlık ve sefaletin içine itilmesi demektir.

Thyssen tekelinin geçen yıl içerisinde elde ettiği kârları gözönünde bulunduracak olursak, böylece iş yerini kapatılmasına karşı tepkiler gederek daha da artmaktadır. Çünkü Thyssen kapitalistleri Schalker Verein dökümhanesini sadece ve sadece aşırı kâr isteklerinden dolayı kapatmak istemekteler!

Thyssen patronlarının keyfice Schalker Verein'ı kapatmak istemelerine karşı geçen hafta salı günü yerli ve yabancı işçilerin ve Gelsenkirchen halkının katıldığı en büyük kitlesel protesto mitingi düzenlendi. Sabah ve öğleden sonraki vardiyaya katılan çelik işçileri işi bırakarak düzenlenen protesto mitingine katıldılar. Gelsenkirchen şehir merkezinde düzenlenen mitinge çelik işçilerinin yanı sıra, iş yerlerinin kapatılmasından yoğun bir şekilde etkilenen işçi aileleri de katıldı. Aralarında Türkiyeli ve diğer yabancı işçilerin yer aldığı 7000'ini aşkın işçi ve emekçi halkın katıldığı mitingte "yüksek fırın bizim geleceğimizdir ve biz onu Thyssen'in yok etmesine izin vermeyeceğiz", "işyerlerini yok eden kapitalistlere karşı mücadele", "Thyssen patronları kârlar elde ederken, biz işçi arkadaşlar sokağa atılıyoruz" sloganları gür sesle haykırılmaktaydı.

Schalker Verein'in kapatılmasına karşı düzenlenen mitingte iş yerinin kapatılmasını önlemek için ayrıca bir halk insiyatifinin kurulmasına çağrı yapan binlerce bildiri dağıtıldı. Yürüyüşün bitiminde Schalker Verein dükümhanesinin 1. giriş kapısının yanındaki Gaststsäte "Bulmker-Treff"te bir toplantı yapılarak "İş yerlerinin yok edilmesine karşı Gelsenkirchen Halk İnsiyatifi" kuruldu. Bu insiyatif 25 Şubat'ta saat 19.30'-da kuruluş toplantısını yaptığı aynı yerde bir toplantı düzenliyor.

(„Der Hochofen ist unsere Zukunft")

Videocolor'daki grev sona erdi

İşyerinin kapatılması önlenemedi

ULM. — Videocolor emekçilerinin 18 gün süren iş yeri işgali ve grev eylemleri sona erdi. İşçi arkadaşlar iş yerlerinin kapatılmasını önleyememelerine rağmen, Thomson-Brandt tekelinin patronlarını tavizler vermeye zorlayabildiler.

26 Ocak Salı günü grev komitesi temsilcilerinin de yer aldığı patronla yapılan bir görüşmede, sendika ve grev komitesi temsilcilerinin de kabul ettiği bir anlaşmaya varıldı. Grev komitesinden temsilciler ve sendika ile patron arasında varılan anlaşma grev toplantısında yoğun şekilde tartışıldıktan sonra büyük çoğunluğun oyu ile kabul edildi.

Videocolor İşletme İdaresi ile yapılan anlaşma şu noktaları içermektedir: Sosyal tazminat planının maddi kapsamı 17 milyondan 29,5 milyona yükseltildi. Böylece iş yerlerini kaybetmelerinden ötürü işçi arkadaşlara firmada çalıştıkları süreye göre 10000 ile 15000 DM arasında değişen tazminatlar ödenecek. Videocolor patronunun grev esnasında aralarında çoğunluğunu yabancıların, özellikle de Türkiyelilerin oluşturduğu işçi arkadaşlara verilen süresiz çıkışlar geri alındı. İşçilerin greve katılmalarından dolayı hiç birisine karşı önlemlerin alınmayacağına dair teminat verildi ve tüm grev süresince ödenmeyen ücretlerin ödenmesi karar altına alındı.

Videocolor emekçileri patronun bu tavizleri vermesini 18 gün süren direnişleri ile elde ettiler. Anlaşmada karara bağlanan son iki nokta özellikle siyasi anlamda Videocolor emekçilerinin büyük bir başarısı olarak değerlendirilmelidir. Çünkü bu iki nokta; yani işçi arkadaşların greve katıldıklarından dolayı kendilerine karşı hiç bir önlemin alınmayacağını ve grev süresince ödenmesi gereken ödemelerin hiç bir kısıtlama yapılmadan ödenmesinin kabul edilmesi, bir yandan grevde yer alan tüm Videocolor emekçileri için maddi bir kolaylık sağlarken, öte yandan Thomson-Brandt kapitalistlerinin grevin başladığında, onu "bir isyan", "kanuna aykırı" olduğu sözlerini geri almaları ve grevin yasal olduğunu kabul etmeleri açısından da bir başarıdır.

İşçi arkadaşlar iş yeri işgalleri ile firmanın kapatılmasını önleyememelerine rağmen, onların Thomson-Brandt kapitalistlerini dize getirmeleri ve böylece belirli tavizler elde etmeleri kismi bir başarı olarak değerlendirilmelidir.

Videocolor emekçileri iş yerini işgal etmeksizin ve greve gitmeksizin şımdı patronların verdiği tavizlerin elde edemeyeceklerini bilmekteler. Ve bu grev komitesi yönetiminin direnişin ardından yaptığı şu açıklamada da dile getirilmektedir: "Patronun bazı tavizler vermesini, iş yerinde birlikte hareket ederek ve Federal Almanya çapında ve diğer ülkelerden işçi arkadaşların desteğini de alarak mücadele etmemizden elde ettik."

İşyerindeki işçi temsilcilği başkanı Becker, Thomson-Brandt kapitalistlerinin tavizler vermesini şöyle yorumladı: "İlk olarak iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için sürdürülen mücadele tamamen haklı bir yasal imkân olarak kabul edildi."

Tüm grev süresince Videocolor emekçilerine 350000 DM'ı aşkın bağışta bulunuldu. Videocolorlu işçi arkadaşlar bu bağışlar için özel bir hesap numarasının açılmasını, paranın oraya yatırılmasını ve gelecekte iş yerinin kapatılmasına ve toptan çıkışlara karşı mücadele edecek olan işçilere verilmesini kararlaştırdılar.

Videocolor'un kapatılması ile böylece mart ayından başlayarak 1600 emekçi sokağa atılacak. Çünkü haziran ayında iş yeri tamamen kapatılacak.

Videocolor emekçilerinin mücadelesi, işyerlerinin kapatılması ve toptan çıkışlara gidilmesi durumunda, bunun grev ve iş yeri işgalleri ile gelecekte daha da mümkün olabileceğine işaret etmektedir.

(„Videocolor-Streik beendet")

Baden Württemberg'teki ağaç işçilerinin grevi sona erdi

Sadece 4,7 ücret artışı gerçek ücretlerin düşürülmesi demektir

STUTTGART. — GHK sendikası yönetimi insiyatife başvurarak geçen hafta çarşamba günü Güney Almanya ağaç işçilerinin grevini sona erdirdi. Yapılan bir genel oylama ile işçi arkadaşlar, ağaç sanayii patronlarının teklif ettiği yüzde 4,7 ücret artışını kabul ettiler.

Patronların daha önce toplu sözleşme kurulu tarafında iki etapta ücretlerin yüzde 4,9 yükseltilmesini öngören uzlaşma talebini reddetmelerinden sonra, Ağaç ve Plastik İşçileri Sendikası (GHK) süresiz bir grev örgütledi. 18 Ocak'ta başlayan greve 29 iş yerinden toplam 5500 emekçi katıldı.

Geçen hafta sonu patronların işçiler için yüzde 4,7 ücret artışını, büro emekçileri için ise yüzde 4,6 maaş artışını öngören bir teklifini sendika yönetimi kabul etti. Bunun üzerine sendika yönetimi bu hafta başında Baden Württemberg Eyaleti'nde çalışan toplam 20000 GHK sendikası üyesini patronların yaptığı bu teklifi oylamaya çağırdı ve teklifi kabul etmelerini önerdi. GHK üyesi işçi arkadaşların yüzde 58'nin patronun ücret artışı teklifini kabul etmeleri üzerine grev 27 Ocak günü sona erdi.

GHK sendikası yönetimi diğer eyaletlerde daha önce bundan daha düşük ücret artışı anlaşmalarını kabul etti. Onlar toplam 10000 emekçinin çalıştığı marangozlar branşında yılda ortalama olarak yüzde 4,18 oranında ücret artışını dile getiren bir anlaşmayı kabul ettiler. Ağaç işçileri böylesi düşük ücret artışı anlaşmaları ile kemerleri daha sıkmaya zorlanmaktadır. Son üç yıl zarfında yapılan ücret artışı anlaşmalarında bu, ağaç işçileri için üçüncü kez gerçek ücretlerinin düşürülmesi demektir.

(„Streik der schwäbischen Holzarbeiter abgebrochen")

Hamburg'ta

YABANCI DÜŞMANLIĞI PROTESTO EDİLDİ

HAMBURG. — Geçen hafta çumartesi günü Hamburg'ta Bonn Hükümeti'nin biz yabancı işçi ve emekçilere karşı aldığı aile bütünlüğünü bölen kararları, en temel haklarımıza yapılan saldırılar ve artan yabancı düşmanlığı düzenlenen bir yürüyüşle protesto edildi.

Türkiyeli, İspanyol, Portekizli, Şilili ve Alman çeşitli anti-faşist ve demokrat dernek, örgüt ve insiyatifler bir araya gelerek yabancılara yapılan baskıları ve onların aşağılanmalarını protesto etmek için ortaklaşa bir bildiri çıkardılar.

Yabancılara yapılan baskılar ve eyaletlerin aldıkları insanlık dışı kararları protesto etmek amacıyla 70'e yakın dernek, örgüt ve insiyatifin yer aldığı komite 23 Ocak'ta bir gece düzenledi. Gecenin ardından Hamburg'un şehir merkezinde yerli ve yabancı örgütlerden oluşan komite 30 Ocak günü bir yürüyüş düzenledi. Bu yürüyüşe 4000'e yakın yerli ve yabancı katılarak hükümetin ve eyalet yöneticilerinin aile bütünlüğünü bölen, yabancı düşmanlığını teşvik eden, yabancılara karşı aldıkları kararlar lanetlendi ve insanlık dışı bu kararların derhal geri alınması talep edildi.

(„Demonstration gegen die Ausländerfeindlichkeit")